Weltweiter Kampf gegen Imperialismus Seite 13

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 23 vom 5. Juni 1981 15. Jahrgang 1 DM





Angst vor antimilitaristischen Demonstrationen haben die Veranstalter von Bundeswehr-Jubelfeiern. Dieser Fackelträger beim „Großen Zapfenstreich" in Würzburg wird besonders gut bewacht, insgesamt waren an die 600 Polizisten im Einsatz bei dieser Aktion am 30.5., die den Abschluß einer „Woche der Militärmusik" bildete. F.J. Strauß nutzte die Gelegenheit zur Hetze gegen den „Gesinnungspazifismus", der den 3. Weltkrieg erst ermögliche. Trotz des massiven Polizeiaufgebots demonstrierten etwa 600 Menschen gegen Militarismus und Kriegsvorbereitungen.

Stoppt die Nazi-Mörder!

HAMBURG/KIEL. — Ein Toter, sechs Verletzte, sieben Schwerverletzte — Bilanz faschistischer Gewalttaten eines einzigen Wochenendes in Norddeutschland! Verbrechen von Menschen und Organisationen, die auch Politikern und Justizorganen seit langem durch skrupellose Gewalttaten bekannt sind.

In Barsbüttel wurde am 29.5. der junge Wachmann Johannes Bügner von dem Mitglied der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" (ANS), Friedhelm Enk, mit Hilfe von mindestens vier weiteren ANS-Faschisten, regelrecht geschlachtet. Mit 21 Messerstichen und zerschnittener Gurgel warfen ihn die Verbrecher in einen Straßengraben. Das Motiv: die angebliche Homosexualität von Bügner, der selbst Mitglied der Nazi-Bande war.

In Kiel protestierten etwa 150 Antifaschisten gegen eine Versammlung der türkischen Faschistenorganisation Graue Wölfe. Sie versperrten das Haupttor einer Schule, die den Terroristen als Versammlungsort dienen sollte. Daraufhin fuhr der Kieler Chef der Grauen Wölfe, Ahmet Güner, mit hoher Geschwindigkeit mit seinem Wagen in die Menge. Ergebnis dieses Mordanschlags und einer anschließenden Schlägerei: 13 zum Teil schwerverletzte Menschen, die vor allem komplizierte Knochenbrüche davontrugen! Die herbeigeholten Polizisten aber konzentrierten sich auf die Verfolgung der Antifaschisten. Allerdings holten sich auch die Faschistenschläger blutige Köpfe (näheres im nächsten „Roten Morgen").

Lange bekannt sind die verbrecherischen, mörderischen Untaten der Grauen Wölfe. Lange bekannt ist die schrankenlose Kriminalität der ANS, deren Führer Michael Kühnen zwar inzwischen inhaftiert ist, die aber immer noch legal existieren kann. Bekannt sind auch früher bereits geplante Fememorde gegen „Verräter", bekannt sind Waffendiebstähle, Sprengstoffanschläge, geplante Giftmorde von Mitgliedern dieser Truppe. Nur in seltenen Ausnahmen passiert den Überführten etwas.

Nach der Inhaftierung von Kühnen und der Verurteilung einiger anderer ANSler tat man in Justizkreisen so, als sei damit das Problem der ANS weitgehend erledigt. Die übrigen Mitglieder dieser Bande erhielten Zeit und Spielraum, um die Reihen wieder auszurichten und sich für neue Gewalttaten zu rüsten. Friedhelm Enk hatte dabei den Auftrag erhalten, den Wiederaufbau der ANS zu leiten.

Die Justiz erließ fünf Haftbefehle gegen ANS-Mitglieder. Von Maßnahmen gegen die Grauen Wölfe in Kiel ist bisher nichts bekannt.

Nachdrücklicher denn je stellt sich allen Antifaschisten die Aufgabe, Verbot und die Zerschlagung aller Faschistenorganisationen in unserem Land zu erkämpfen. Ohne unseren Druck wird der Staat nichts unternehmen, werden noch viele unschuldige Menschen sterben müssen. Den Faschisten muß bei ihren Treffen massiv entgegengetreten werden, und die Erfahrung lehrt uns eindringlich, daß dabei Schutzmaßnahmen und Vorbereitungen auf gewalttätige Überfälle unumgänglich sind.

Dem Geist deutscher Justiz, ihr ganzer Zynismus und der Kredit, den Nazi-Mörder bei ihr haben, offenbart sich in einem Urteil aus München vom 29.5. Eine Trauerfeier für die Opfer des Massakers auf dem Oktoberfest mit anschließender Demonstration hatten Münchner Antifaschisten angemeldet. Weil sie während der Trauerfeier spontan eine Plakattafel und ein Transparent mit der Aufschrift „Wir trauern um die Opfer der faschistischen Mörderbande" in die Hand nahmen, deren „Einsatz" erst für die Demonstration genehmigt war, wurden zwei Antifaschisten zu jeweils 800 Mark Geldstrafe verurteilt!

Stahlkrise spitzt sich weiter zu

Klöckner-Bosse drohen mit Massenentlassungen

BREMEN. — Die Krise und der Konkurrenzkampf in der Stahlindustrie spitzen sich weiter zu. Im Zusammenhang mit den Verhandlungen der westeuropäischen Stahlkonzerne um ein neues Krisenkartell (Eurofer II) versucht der Klöckner-Konzern jetzt mit der Androhung von Massenentlassungen Druck auszuüben. Die in der Belegschaft der Klöcknerhütte entstandene Unruhe hat bereits zu ersten Protestaktionen auf der Klöckner-Hütte geführt.

Nach den Behauptungen der Konzernspitze wird Klöckner durch die sich abzeichnende Quotenregelung des Krisenkartells gezwungen sein, einen der beiden Hochöfen auf der Bremer Hütte stillzulegen und mehr als 2000 Beschäftigte zu entlassen. Im „Weserkurier" drohte Vorstandsmitglied v. Bogdandy gar: „Wenn die Pläne der EG-Kommission sich realisieren, wäre der Tod der Hütte Bremen programmiert".

Am Mittwoch letzter Woche kam es zu ersten Protestkundgebungen vor dem Bremer Hüttenwerk. Für den Freitag dieser Woche ist eine außerordentliche Belegschaftsversammlung mit anschließender Demonstration angesetzt.

Die Konzernbosse und eine Clique rechter SPD-Leute im Vertrauenskörper der IGM und im Betriebsrat versuchen, den Protest der Stahlwerker in eine sozialpartnerschaftliche Sackgasse zu lenken. Motto: Klöckner wird ungerecht behandelt, sollen doch an Rhein, Ruhr und in anderen EG-Ländern mehr Stahlwerker entlassen werden...

Die fortschrittlichen Metaller und die RGO treten demgegenüber dafür ein, daß die Klöckner-Belegschaft gemeinsam mit den Kollegen, von Hoesch, Krupp, Mannesmann und Thyssen für die Erhaltung aller Arbeitsplätze kämpft. Dabei spielt die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche und die Herabsetzung des Rentenalters auf 55 Jahre eine wichtige Rolle.

Nachrichtensperre aus Spanien

Massensterben geht weiter

21 Tote und 2 400 Kranke

MADRID. — Die seit längerer Zeit in Spanien umgehende Epidemie wütet weiter unter der Bevölkerung des Landes — jetzt wurden schon 2 400 Erkrankungen und 21 Todesopfer öffentlich eingestanden. Dabei wird mit polizeilichen und juristischen Drohungen gegen all jene vorgegangen, die andere Meinungen über die Ursachen dieser Seuche vertreten, als die Behörden dies darstellen.

Vor allem richten sich diese Maßnahmen gegen jene Presseorgane, die immer wieder neue Beweise dafür anführen, daß der Ursprung der tödlichen Krankheit im US-amerikanischen Stützpunkt Torrejon zu suchen sei. Spanische Kollegen berichteten dem Roten Morgen, daß kaum noch jemand über die Hintergründe der Krankheit zu sprechen wagt, da er sich dadurch sofort Verfolgungen aussetze.

Die Behörden beharren darauf, es handle sich um irgendeinen atypischen Verlauf von Lugenentzündung. Es gäbe kein neues Virus, und jeder, der dies behaupte, sei ein Verleumder — so die offizielle Stellungnahme.

Nach wie vor wird dabei aber alles verweigert und untersagt, was einer Überprüfung der Behauptung, die Quelle sei eine amerikanische Bakterienbombe, dienen könnte. Dieses Wort „Bakterienbombe" darf öffentlich nicht benutzt werden. Dabei kann inzwischen gar nicht mehr geleugnet werden, daß unmittelbar nach Ausbruch der Seuche amerikanische Spezialisten eingeflogen wurden — zur Behandlung der Soldaten auf dem Stützpunkt.

Aber das spanische Regime macht sich auch hier ein weiteres Mal zum Komplizen des amerikanischen Imperialismus gegen das eigene Volk!

Spannung in Polen wird geschürt

Hilferuf an Moskau wird vorbereitet

Das „Forum" — Zusammenschluß der Ultras

KATOWICE. — Großes Aufsehen erregte am Wochenende eine Erklärung des sogenannten „Forums von Katowice", eines informellen Treffs beim Parteisekretariat der Wojwodschaft (Region), in dem ausführlich auf die Erfahrungen der Bruderländer mit der Konterrevolution hingewiesen wird. Der Revisionismus, so die Autoren des Forum-Briefs, zu denen offensichtlich auch zwei Mitglieder des Politbüros gehören, breite sich immer mehr aus, jetzt müsse gehandelt werden.

Diese offene Kampfansage an die Parteiführung, die der parteifeindlichen Haltung der eigenen Presse tatenlos zusehe, steht im engen Zusammenhang mit einer in den letzten Tagen in allen revisionistischen Ländern Osteuropas verstärkt geführten Kampagne.

Revisionismus, Rechtsopportunismus und Sabotage breiteten sich ungehemmt aus und es sei höchste Zeit, dagegen etwas zu unternehmen, ebenso gegen den immer stärkeren Antisowjetismus. Bezeichnenderweise erwähnen die Forum-Leute in ihrem Brief die offen reaktionäre Rolle des hohen Klerus mit keinem Wort.

Das einen Tag zuvor bekanntgegebene „politische Testament" des Kardinals Wyszynski, ein offenes Plädoyer gegen den Sozialismus, wird von diesen Leuten nicht angegriffen. Ihr Angriff gilt denn auch genausowenig den nationalistischen Parolen, die in Polen immer mehr verbreitet werden — im Kern haben sie nur einen Gegner: die Arbeiterbewegung und deren gewerkschaftliche Organisierung.

Denn es handelt sich bei den Forum-Leuten keinesfalls um wirkliche Antirevisionisten, sondern um Leute, die jahrzehntelang den volksfeindlichen Gierek- und Gomulka-Kurs mitgetragen haben und die jetzt, treu dem tschechischen Muster, den ersten Schritt zu einem „Hilferuf" an die Freunde aus Moskau gemacht haben!



Streikende polnische Arbeiter — ihnen gilt die Feindschaft des Forums von Katowice

Kommentar der Woche

Wir, so lernt man es schon in der Schule, leben in einer Demokratie — und wehe, Du glaubst es nicht. Und in einer Demokratie wie der Unseren, da ist es nun einmal so: die politischen Parteien treten mit ihren Programmen vor den Wähler und der sucht sich aus, was er will. So weit — so gut.

Nur kann es einem passieren, daß innerhalb einiger Tage dermaßen viele Dinge passieren, die diesem Bild widersprechen, daß man ins Grübeln kommen könnte.

Da gibt es den Bürgermeister Klose, der die Hamburger Elektrizitätswerke vollends verstaatlichen wollte, um die Abkoppelung Hamburgs vom AKW Brokdorf zu sichern. Dabei stellte er die Frage, wer denn eigentlich in diesem Staat politische Entscheidungen zu fällen habe — die Antwort darauf war drastisch und deutlich. Jene Kräfte, die sozusagen im zweiten Glied stehen und dort die Machtpositionen innehaben, gaben sie ihm, und zwangen ihn zum Rücktritt.

Lehrstücke

Merke: Daß der Wähler ihn mit absoluter Mehrheit gewählt hatte — uninteressant!

Da gibt es weiter die FDP in Westberlin. Ein Landesparteitag dieser Partei hat eine ganz klare Entscheidung getroffen — keine Unterstützung der CDU, in welcher Form auch immer. So trat man auch vor den Wähler. Und heute gibt es in der FDP eine Reihe von Mitgliedern und Funktionären, die nichts anderes tun wollen, als diesen mehrheitlich getroffenen Beschluß einzuhalten. Ein Vorgehen, das zugegebenermaßen gerade in der FDP nicht alltäglich ist. Aber doch ein Vorgehen, das eigentlich normal sein sollte. Das Echo: eine wüste Beschimpfungskampagne — aus der eigenen Partei.

Merke: wenn jemand Wahlversprechungen verwirklichen will, ist er ein Zerstörer dieser Demokratie!

Da gibt es auch die Inflation an Rücktrittsdrohungen: Schmidt, Genscher, Börner, die FDP-Vorständler in Westberlin und in nächster Zeit bestimmt noch andere mehr. Da wird gepokert mit dem eigenen Einfluß, da wird gedroht, dem politischen Konkurrenten das Feld zu überlassen, da wird heute das als gefährlich bezeichnet, was man früher selbst gesagt hat.

So sollen Aufrüstung, soziale Demontage und Startbahn West durchgesetzt werden, so soll Westberlin eine CDU-Regierung bekommen, darum geht es. Bezeichnenderweise geht es also bei all diesen Ereignissen, ob Hamburg, Bonn, Frankfurt oder Westberlin, um Interessen des Kapitals, der Banken und der großen Konzerne und Monopole, der Rüstungsgewinnler.

Um diese Interessen durchzusetzen brechen diese Herren, brechen die Führer dieser Parteien, die mächtigen Bürokratenmafias im Dunkeln, die eigenen Spielregeln, sei es im Parlament, sei es in der Partei.

Merke also: wenn es um die Interessen des Kapitals geht, läßt man selbst den Anschein von Demokratie fallen, herrschen nur noch Druck, Erpressung und Lüge.

Das ist das Eine, Grundlegende, was sich an diesen Vorgängen zeigt. Das ist das, weshalb die KPD in ihrem Parteiprogramm sagt, daß hinter dem Rauchvorhang der bürgerlichen Demokratie, hinter dem Parlamentarismus in Wirklichkeit eine politische Diktatur der kapitalistischen Klasse steckt, die ihre Ziele um jeden Preis durchsetzt und sich dazu ihrer staatlichen Mittel bedient.

Es gibt aber auch noch ein Zweites, was aus diesen Lehrstücken zu erkennen ist: nämlich wie das im einzelnen Fall abläuft, daß da nicht nur anonyme Apparate sind, sondern, daß dies von Menschen gemacht wird.

Das sind doch jene Hamburger SPD-Senatoren, die in Aufsichtsräten festsitzen oder jene aus dem Landesvorstand, die ihre Karriere über die staatliche Bürokratie gemacht haben! Das sind doch jene FDP-Funktionäre in Westberlin, die ihre Hände in allen schmutzigen Geschäften drin hatten und — haben, und nur zu gerne bereit sind, dem Programm der sozialen Demontage eines Weizsäckers begeistert zu folgen. Das ist doch der in der Fraktion als Verteidigungsexperte hochgediente Schmidt, der erklärt, er stehe und falle mit der Aufrüstung, oder ein Genscher, der dieselbe Versprechung macht.

So wie es in Italien die Geheimbünde gibt, in denen die Richtlinien der Politik ausgearbeitet werden, so gibt es hier die Gesprächsrunden, die Beiräte, die Ausschüsse — da wird bestimmt.

Ein konzentriertes Stück Anschauungsbeispiel, auch das sind diese Ereignisse, und das muß unsere Partei den Werktätigen klarmachen.

Helmut Weiss

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bezugsdauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

„Bloße Kürzungen reichen nicht mehr aus"

Der Bundeshaushalt 82 soll die große Wende bringen

Einigkeit aller Bonner Parteien

BONN. — Die Haushaltsdebatte, die in diesen Tagen in Bonn läuft und vorbereitet wurde, geht bruchlos vom diesjährigen Haushalt zu dem für nächstes Jahr über. Dabei stellten die Sprecher aller im Bundestag vertretenen Parteien gemeinsam fest, daß im nächsten Jahr selbst mit noch stärkeren Kürzungen allein nichts auszurichten sei.

Während der SPD-Haushaltssprecher Walther vor allem ein neues Gesetz zum Abbau von Subventionen forderte, erklärte der FDP-Sprecher Hoppe, dies sei zwar richtig, reiche aber nicht aus. Er forderte ein Haushaltsstrukturgesetz, ein Gesetz also, mit dem die Schwerpunkte der Bundesfinanzen neu geregelt werden sollen.

Darüber scheint man sich im Kern in beiden Regierungsparteien einig zu sein. In einer gemeinsamen Erklärung der Mitglieder des Bundestagsausschusses für Haushalt der SPD und FDP wurde gefordert, die Bundesregierung müsse „substantielle Haushaltsoperationen" vornehmen.

In diese Kerbe schlug dann auch Stoltenberg als Sprecher der CDU. Er unterstrich, daß heute die Regierungsparteien eben jene Positionen vertreten würden, die vor neun Monaten, im Wahlkampf die CDU und CSU vertreten hatten: daß nämlich entscheidende Eingriffe nötig seien, um die finanzielle Lage des Staates zu verbessern. In diesem Zusammenhang ging er noch einen Schritt weiter als die Sprecher der Regierungsparteien und forderte ein Haushaltssicherstellungsgesetz, also eine Art Notstandsgesetz für die Finanzpolitik, das es dem Bund erlauben würde, Sozialgesetzgebung ohne weitere Debatten außer Kraft zu setzen.

Und natürlich hatte er auch konkrete Vorschläge zu machen, dieselben nämlich, die Franz Josef Strauß im Wahlkampf machte. Reform der Wohnungspolitik mit dem Ziel, Kapitalanlagen in diesem Bereich wieder rentabler zu machen, die beschleunigte Verwirklichung des atomaren Energieprogramms, die breite Anwendung neuer Technik beim Fernsehen und den ewigen CDU-Hit, den Abbau investitionshemmender Vorschriften, die vor allem grünes Licht für den Abbau von Schutzvorschriften und für dunkle Geschäfte. Gekürzt werden sollen nach dem Willen der CDU: die Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit, mit anderen Worten das Arbeitslosengeld, die Sozialhilfe ganz im allgemeinen und die von Stoltenberg entdeckte Überversorgung der Rentenbezieher aus dem öffentlichen Dienst, womit er natürlich keinesfalls die Spitzenbürokraten meinte, klagte er doch gleichzeitig über die „Nivellierung der Einkommen".

Genschers Rede auf dem FDP-Parteitag hat gerade jetzt in aller Deutlichkeit unterstrichen, daß die FDP diesen Kurs voll mitträgt. Seine offene Forderung, das Arbeitslosengeld von 68 auf 60 Prozent zu reduzieren, ist die bisher massivste und offenste Ankündigung sozialen Demontagewillens der Bonner Parteien. Die verschiedenen parteiinternen Diskussionen und Papiere der FDP, die bisher bekannt wurden, zeigen, daß hier ein ganz schroffer Kurs gegen die Werktätigen dieses Landes geführt werden soll. Gerade aus dem Arbeitslosen 900 Millionen Mark genommen werden — eine Summe, die man bereit ist, innerhalb einer Woche für den Rüstungshaushalt nachzubezahlen. Keine Spur also von Einsparung, sondern direkte Umschichtung zugunsten der Rüstungsmonopole. Um soche Maßnahmen aber auf breiter Front verwirklichen zu können, braucht man eben die anfänglich genannten neuen Gesetze zur Haushaltspolitik, da die Kürzungen ja gesetzlich nur bis zu einem bestimmten Punkt möglich sind. Mit neuen Gesetzen, sei es zur Haushaltsstruktur oder gar einem Sicherungsgesetz wäre es den Boner Parteien möglich, im Grundsatz sogar ganze Posten zu streichen.

Was nun die SPD betrifft, so ist ja schon deutlich geworden, daß man hier bereit ist, soziale und kulturelle Kürzungen zugunsten der Rüstung vorzunehmen, was ja schon geschah. Auch die Weigerung, ein staatliches Beschäftigungsprogramm zu beschließen, paßt in diese neue Route.

In Nordrhein-Westfalen, wo es ja eine SPD-Alleinregierung gibt, und wo die Arbeiten für den Haushalt von 1982 bereits öffentlich begonnen haben, exerziert man jetzt vor, daß man durchaus bereit ist, den Weg der großen Wende zu gehen, auch hier nicht mehr nur allein mit Kürzungen zu arbeiten, sondern strukturelle Veränderungen durchzuführen. Weiterbildungsmaßnahmen sollen eingeschränkt, Schultransporte abgeschafft, das Versprechen kostenloser Kindergärten ab 1982 soll gebrochen werden und so weiter. Aber auch hier die Betonung: „das allein reicht noch nicht aus", Pläne neuer Belastungen für die Städte, neuer Landessteuern.

Und auch hier trifft es sich mit Bonner Plänen zur weiteren Erhöhung der Mehrwertsteuer und anderer Verbrauchssteuern.

Unter dem Motto des „solidarischen Opfers aller Bevölkerungsschichten" — wobei bezeichnenderweise noch nicht einmal zu Propagandazwecken von irgendwelchen Opfern der Reichen, der Kapitalisten gesprochen wird — soll so die Politik der sozialen Demontage, die im Jahr 1981 zu bestimmte Schichten der Werktätigen konkret betraf, auf die gesamte werktätige Bevölkerung ausgedehnt werden und für alle spürbar werden.

Wenn im September dieses Jahres die Beratungen über die Haushaltspläne für 1982 in die entscheidende Phase treten, wird es darum gehen, den unsozialsten, arbeiterfeindlichsten Haushalt der letzten 15 Jahre durchzusetzen. Bis dahin kann man sich auf eine große Propagandakampagne gefaßt machen, die die Betroffenen „weichklopfen" soll.

Bonner Aufrüstungsdebatte

Bundestag unterstützt Reagans Kriegskurs

Linke SPD-Abgeordnete stimmten gegen Koalitionsantrag



Die ersten Sattelschlepper für den Abschluß der neuen Mittelstreckenraketen

BONN. — Nägel mit Köpfen wollte Kanzler Schmidt nach seiner USA-Reise im Bundestag machen. In einer gemeinsamen Erklärung der beiden Regierungsparteien wurde der aggressive Kurs der Regierung Reagan und die Bonner Nibelungentreue bekräftigt, in der entscheidenden Passage mit den Stimmen der CDU/CSU-Opposition. Einige Abgeordnete des linken SPD-Flügels stimmten als einzige gegen diese Entschließung, wobei der von einem Ausschlußverfahren bedrohte Abgeordnete Hansen seine grundsätzliche Opposition anmeldete.

Die gesamte Entschließung wurde getrennt abgestimmt von jener Passage, die die Unterstützung des sogenannten Nachrüstungsbeschlusses beinhaltet. Diese Passage wurde mit sechs Neinstimmen und vier Enthaltungen, also mit den Stimmen der Opposition, angenommen. Der Entschließung insgesamt verweigerte die CDU ihre Zustimmung, weil durch sie, so Parteichef Kohl, die Politik der Entspannungsillusionen früherer Jahre gerechtfertigt werde. Fünf SPD-Abgeordnete stimmten insgesamt gegen die Entschließung, sechs enthielten sich der Stimme.

Neben Schmidt, der sich in Lobpreisungen der US-Regierung und des christlichen Abendlandes erging, machten sich auch Brandt und Ehmke für die NATO-Aufrüstung stark. Das sei eben das einzig Realistische, anders könne man keine Verhandlungen in Gang setzen — ihre Beiträge waren ganz offensichtlich davon geprägt, die Position der SPD als Partei der Entspannung wenigstens teilweise zu retten, in den Augen jener, die den NATO-Kurs kritisieren.

Die gemeinsame Erklärung, die Schmidt und Reagan in Washington abfaßten, macht aber in aller Deutlichkeit klar, daß dies eine Lüge ist, und daß auch jeder in Bonn das weiß. „Der Bundeskanzler und der Präsident stimmen darin überein, daß die Modernisierung der nuklearen Mittelstreckenwaffen für die Sicherheit des Bündnisses und als Grundlage für gleichzeitige Verhandlungen wesentlich ist, die zu konkreten Ergebnissen über die Begrenzung nuklearer Mittelstreckenwaffen führen soll."

Deutlicher kann man es kaum noch aussprechen: die Aufrüstung, hier beschönigend Modernisierung genannt, ist Grundlage für Verhandlungen, deren Ziele nirgends genannt werden.

Dem hielt der Abgeordnete Hansen gegenüber: „Schon der sogenannte Doppelbeschluß war also ein Aufrüstungsbeschluß mit Fußnote."

Hansen sagte in seiner Rede, die das konzentrierte Mißfallen der Parteifraktionen erregte, weiter:

„Die Aufstellung dieser Waffen bedeutet die Abkehr von der bisherigen Strategie der Kriegsverhütung. Sie sind Teil eines neuen Konzepts einer Strategie, die nicht nur einen Krieg mit Atomwaffen für denkbar und damit auch führbar hält. Eine solche Kriegsführungsstrategie nimmt Europa zur Geisel gegenüber der Sowjetunion, um den USA mehr Handlungsfreiheit in der übrigen Welt zu verschaffen, das heißt Vorteile in dem sich verschärfenden und militärisch abgesicherten weltweiten Handels- und Rohstoffkrieg."

Abschließend betonte der Abgeordnete der SPD, eingehend auf die vorherigen Auseinandersetzungen, bei denen Schmidt US-Minister Haig gegen den SPD-Abgeordneten Schöfberger verteidigt hatte:

„Denn gerade für uns Europäer, und dies wiederhole ich bewußt, gibt es keine wichtigeren Dinge, als bloß Frieden zu haben..."

Während einige als links geltende SPD-Abgeordnete sich für die NATO-Aufrüstung aussprachen, ist es das Verdienst dieser Handvoll in der Presse bereits als „Abweichler" bezeichneten Parlamentarier, daß es Schmidt und Co. nicht gelang, die ganze Opposition in der SPD wieder unter seine Fuchtel zu bringen. Ihr Auftreten hat dazu geführt, daß es wenigstens eine Debatte um die Aufrüstung gegeben hat. Denn die Auseinandersetzung zwischen den anderen Fraktionen im Bundestag ging einmal mehr darum, nachzuweisen, daß man selbst der treueste Amerikafreund ist und über den sich ausbreitenden Antiamerikanismus zu jammern.

Die Ereignisse vor, während und nach dem Schmidt-Besuch in Washington, vor allem eben diese Bundestagsdebatte, zeigen deutlich, wie wenig realistisch solche Positionen in der heutigen Friedensbewegung sind, die zum Ziel haben „der Regierung gegenüber den USA den Rücken zu stärken".

Eine Friedensbewegung, die in diese Richtung marschiert, das zeigen die Verhaltensweisen all der Schmidts und Brandts, wird logischerweise in der Sackgasse allgemeiner Beteuerungen enden. Denn die Bekräftigung, die da in Bonn ausgesprochen wurde, die gilt dem Kriegskurs Reagans, die gilt dem Plan, Deutschland in ein Schlachtfeld zu verwandeln.

FDP-Parteitag

Raketen statt „sozialer Hängematte"

Herausforderung an die Werktätigen und ihre Organisationen

KÖLN. — Kompromißlosigkeit in Fragen der atomaren Aufrüstung und der weiteren Zerstörung des Systems der Sozialleistungen in der Bundesrepublik — diesen Kurs steckte die FDP-Führung, insbesondere ihr Parteivorsitzender und Außenminister Genscher, zu Beginn des FDP-Parteitages am 29. Mai ab. Sie setzte alles daran, diese Partei gegen vereinzelten Widerstand vollständig auf ein Programm der äußersten Reaktion einzuschwören.

Kein Zweifel, daß dieses Ziel weitgehend erreicht wurde. Allerdings wird der Ton, den Genscher, Lambsdorff und Co. auf diesem Parteitag eingeschlagen haben, manchem ehrlichen Mitglied der FDP und besonders der Jungdemokraten noch deutlicher gezeigt haben, was für einer Partei, was für einer Politik es bisher noch seine Unterstützung gewährt. Es ist zu hoffen, daß daraus die richtigen Schlüsse gezogen werden.

Mit aller Deutlichkeit machte Genscher klar, daß für ihn die NATO-Atomrüstung, die Stationierung von Atomraketen in unserem Land beschlossene Sache ist und daß jedes FDP-Mitglied, das dagegen aufmuckt, in Zukunft nichts mehr zu lachen haben wird. Er wolle niemanden darüber im Zweifel lassen, daß er um die Durchsetzung dieser Position kämpfen werde, betonte er, und er ging so weit, für den Fall einer Niederlage — an die er selber natürlich nicht glaubt — mit seinem Rücktritt zu drohen.

Sicher wird er dabei, wie sein Vorbild Schmidt in der SPD, die halbherzigen Oppositionellen in seiner Partei einschüchtern können. Aber jeder, der es in der FDP ernst meint mit seinem „Nein" oder auch nur seinen Bedenken gegen den von der Bundesregierung verfolgten Rüstungskurs, der kann doch nur sagen: recht so! Mit solchen Leuten läßt sich ein Ausbrechen aus der NATO-Strategie sowieso nicht durchsetzen! Und der sollte sich aktiv dafür einsetzen, daß eine solche Symbolfigur der Unterwerfung unter NATO-Interessen an der Spitze seiner Partei verschwindet.

Immerhin haben sich im Vorfeld des Parteitages drei Landesverbände der FDP gegen den Nachrüstungsbeschluß ausgesprochen. Und auf dem Kongreß erhob besonders William Borm seine Stimme gegen die Gefolgschaft gegenüber Reagan. Borm wies darauf hin, daß die USA mit ihrem Stationierungsprogramm die Risiken des Atomkrieges auf Europa verlagern wollen. Wie in der SPD, wird sich auch in der FDP zu zeigen haben, wer den Mut und das nötige Maß an demokratischem Geist besitzt, um angesichts der unverhohlenen Drohungen seiner Parteiführung nicht umzufallen.

Eine direkte Kampfansage an die Werktätigen beinhalten die Überlegungen zum Sozialprogramm der Bundesregierung, die in Köln angestellt wurden. Wie immer besonders offen: der Graf Lambsdorff. Genscher hatte bereits gehetzt, das „soziale Netz" dürfe nicht zur „sozialen Hängematte", die „Leistungsgesellschaft" nicht zur „Sozialleistungsgesellschaft" verkommen — und das im Angesicht der Massenarbeitslosigkeit in unserem Land. Von „Beseitigung des Mißbrauchs der Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung" sprach der adelige Wirtschaftsminister. Er kündigte auch erhöhte Opfer für mittelständische und kleine Unternehmen an, gab mit größter Selbstverständlichkeit zu, daß „untere und mittlere Einkommen" größere Opfer zu bringen hätten als die hohen und konkretisierte die Summen, die besonders aus den Werktätigen herausgepreßt werden sollen: „einige Hundert Millionen" durch die angesprochene „Mißbrauchsbeseitigung" würden nicht ausreichen; „es geht im nächsten Jahr um Milliardenbeträge".

Und noch etwas liegt der FDP-Spitze am Herzen: in Fragen des Waffenexports möge der Parteitag der Regierung doch nicht allzu sehr die Hände binden, bat Genscher. (Als ob ausgerechnet er sich um Beschlüsse schert, die ihm nicht passen.) Der Export von Kriegsgerät müsse auch in Länder außerhalb der NATO möglich sein.

Somit bekräftigte auch der FDP-Parteitag, daß eine Politik, die unserem Lande wenigstens für einen gewissen längeren Zeitraum den Frieden und das Überleben sichert, die nicht die Menschen zugunsten der Rüstung ausnimmt und ausbluten läßt, mit Genscher und Schmidt ebensowenig möglich ist wie unter einer CDU-Regierung. Entschlossener Widerstand der Arbeiterschaft und aller demokratischen Kräfte tut Not!

Hamburger SPD in der Krise

Rechte Mafia stürzt Bürgermeister Klose

HAMBURG. — Mit Bestürzung hat die Parteibasis der Hamburger SPD auf den Rücktritt des Bürgermeisters Klose reagiert. Denn für sie stand von vorneherein fest, daß Klose nicht aus eigenem Antrieb zurückgetreten, sondern ein Opfer der rechten Mafia in der Hamburger SPD-Führung geworden war.

Der Bürgermeister hatte seinen Rücktrittsentschluß im wesentlichen mit mangelnder Unterstützung für seine Position in der Brokdorf-Frage begründet. Wie der RM mehrmals berichtete, trat Klose entschieden für einen Ausstieg des zu 72 Prozent senatseigenen Hamburger Elektrizitätskonzerns HEW aus dem Brokdorf-Projekt ein. Anfang des Jahres hatte er dafür eine deutliche Mehrheit auf dem SPD-Parteitag bekommen. Im Senat, der Hamburger Landesregierung, konnte er sich dagegen nur knapp durchsetzen: Nach heftigen Auseinandersetzungen sprach sich der Senat mit nur einer Stimme Mehrheit für den Ausstieg aus.

In seiner Rücktrittserklärung warf Klose jetzt eine Reihe von Fragen auf, etwa: „Entscheiden wir blind oder bewußt? Und: Wer entscheidet?" Die letzte Frage zumindest ist durch Kloses Sturz beantwortet worden. Entschieden über Brokdorf hat nicht der Parteitag der regierenden SPD. Und auch der erwähnte Senatsbeschluß war schließlich nur Makulatur. Denn die HEW-Bosse haben sich — unterstützt vom Aufsichtsrat, in dem vor allem der Siemens-Konzern das Sagen hat — geweigert, das Brokdorf-Projekt fallen zu lassen. Wobei es nicht nur um Brokdorf selbst ging. Vertreter der Energie- und Elektromonopole haben selbst wiederholt öffentlich erklärt, daß ein Hamburger Ausstieg Signalwirkung für die ganze Bundesrepublik haben und das Atomprogramm nachhaltig gefährden würde.

Unterstützung haben die Bosse bei der rechten Fraktion in der Hamburger SPD-Führung gefunden. Dem Rücktritt Kloses war eine Sitzung des SPD-Landesvorstandes vorausgegangen, auf der Fraktionschef Hartmann, der Landesvorsitzende Staak und der Bürgerschaftspräsident Schulz deutlich machten, sie würden im Hamburger Parlament gegen Kloses Brokdorf-Politik stimmen. Damit war der Sturz des Bürgermeisters eingeleitet. Die Hamburger Jusos demonstrierten denn auch anderntags gegen die rechte Mafia mit Parolen wie „Hartmann und Staak — euch klebt noch das Blut am Messer".

Nach Kloses Rücktritt versammelte sich der SPD-Landesvorstand zu einer als „äußerst turbulent" bezeichneten Sitzung. Für Verwirrung sorgte Staak, der nach der Sitzung vor der Presse erklärte, die Politik Kloses würde weitergeführt und alle Parteitagsbeschlüsse würden eingehalten. Was ja eigentlich nichts anderes heißen kann, als daß der neue Regierungschef ebenfalls den Brokdorf-Ausstieg betreiben müßte. Diese eigenartige Vorstandserklärung zeigt, daß innerhalb der Hamburger SPD-Führung auch nach Kloses Rücktritt heftige Kämpfe toben und daß die rechte Mafia zunächst einmal auf Zeitgewinn spielen will.

Die CDU versucht jetzt, die Regierungskrise für ihre eigenen reaktionären Ziele auszunutzen, indem sie lautstark nach Neuwahlen schreit. Sie wird dabei von der FDP unterstützt, und sicher wird bald auch die in Hamburg marktbeherrschende Springer-Presse in diesen Chor einfallen. So haben Hartmann, Staak und Co. mit dem Sturz Kloses nicht zuletzt auch der CDU in die Hände gespielt und einem möglichen weiteren Vormarsch der reaktionärsten Kräfte den Weg geebnet. Das gilt jedoch nicht nur für sie allein, sondern auch für die Bonner SPD-Führung. Schmidt und seine Leute haben sich ja stets als rückhaltlose Verfechter des Atomprogramms der Monopole erwiesen. Und so, wie sie in Schleswig-Holstein den SPD-Oppositionsführer Matthiessen zu Fall gebracht haben, ließen sie auch nichts unversucht, um Kloses Position in Hamburg zu untergraben.

FDP-Spitze an Berliner Fraktion:

Aufforderung zum Wahlbetrug

WESTBERLIN. — Ein Lehrbeispiel in Sachen parlamentarischer Demokratie liefern zur Zeit die Vorfälle in und um die Westberliner FDP. Mit allen Mitteln versucht die Bonner Parteiführung, Hand in Hand mit den Berliner Rechten um den Fraktionsvorsitzenden Vetter, die Abgeordneten der FDP zum Bruch eines Parteitagsbeschlusses und Wahlversprechens zu bewegen, um CDU-Weizsäcker das Regieren zu ermöglichen.

Völlig baff war Generalsekretär Verheugen, vom Vorstand nach Berlin entsandt, um den widerborstigen „Parteifreunden" auf die Finger zu klopfen, als seine Anwesenheit, seine Drohungen nichts nutzten: Mit 134 zu 93 Stimmen bekräftigten die FDP-Delegierten ihr „Nein" zur Tolerierung eines CDU-Senats. „Kollektiver Selbstmord!" tobte Verheugen und antwortete etwas vorschnell auf die Frage eines Journalisten, ob man den Berliner Landesverband nicht besser gleich auflösen sollte: „Leider ist dies satzungsgemäß nicht möglich". Das „leider" nahm er dann schnell zurück, obwohl er es mit Sicherheit genauso gemeint hat.

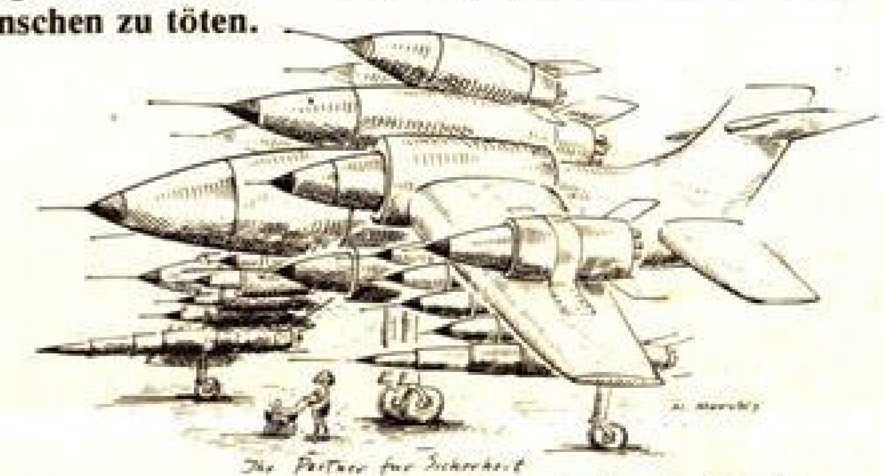
Die übelsten Beschimpfungen müssen die Abgeordneten über sich ergehen lassen, die sich an den Beschluß des Parteitages gebunden fühlen, auch der Landesvorsitzende Kunze, der selber für eine Duldung Weizsäckers plädiert hatte, dann aber doch Parteitagsbeschluß und Wahlversprechen höher stellte. Der Ton dieser Schmähungen gleicht sich von Bonn bis München. Strauß meinte, daß „große Teile der FDP jede staatspolitische Verantwortung verloren" hätten. Vetter saw der Berliner FDP fühlt seine Fraktion in ihrer Handlungsweise „beinahe widerrechtlich eingeschränkt", die Handlungsmöglichkeit der Abgeordneten „unzulässig eingeengt".

Auf solche Leute hofft Weizsäcker, um bei der bevorstehenden Senatsbildung doch noch das politische Heft in die Hand zu bekommen. Dies könnte ihm auch dadurch erleichtert werden, daß FDP und SPD die Bildung eines Minderheitssenats, der sich auf die Duldung durch die Abgeordneten der Alternativen Liste stützt, rundheraus ablehnen.

Biologische und chemische Kampfstoffe bedrohen Millionen Deutsche

USA wollen neue B- und C-Waffen in der BRD lagern

BONN/WASHINGTON. — In der Bundesrepublik sollen neue Lager mit biologischen und chemischen „Kampfstoffen" durch die USA angelegt werden. Bereits die bislang in der BRD von den amerikanischen Völkermord-Strategen gelagerten B- und C-Waffen reichen aus, um Milliarden Menschen zu töten.



Nicht nur in ein atomares, auch in ein Schlachtfeld des biologischen und chemischen Massenmords verwandeln die Generale des Pentagon immer hemmungsloser unser Land. Und auch dazu gibt die Bonner Regierung, gibt Helmut Schmidt seinen „Freunden in Washington" freie Hand. Dies, obwohl es bei den biologischen und chemischen Massenvernichtungsmitteln noch unabweisbarer ist als bei den Atomraketen, daß ihre Anwendung im „Ernstfall" vor allem die eigene Bevölkerung treffen würde.

In der vergangenen Woche hat der amerikanische Senat 20 Millionen Dollar zur Produktion von Nervengas bereitgestellt. Dieser Beschluß ist Teil eines Programms für die Herstellung chemischer Massenvernichtungswaffen, das auf einen finanziellen Umfang von bis zu vier Milliarden Dollar projektiert ist. Ein Teil dieser neuen Massenvernichtungsmittel soll auf dem Boden der Bundesrepublik stationiert werden.

Bereits jetzt lagern in der Bundesrepublik in Depots der amerikanischen Besatzungstruppen große Mengen biologischer und chemischer „Kampfstoffe". Verschiedentlich wurde auch schon der Einsatz solcher „Waffen" bei Übungen der US-Besatzertruppen bekannt. So im August 1978 in Kennath im Landkreis Amberg-Sulzbach (Oberpfalz). Damals operierten die US-Truppen mit dem auch in Vietnam eingesetzten chemischen Kampfstoff „Agent Orange". Eine Giftgaswolke ließ damals die Pflanzen verdorren und rief bei den Bewohnern der Ortschaft Atemnot, Übelkeit und Kopfschmerzen hervor. Für ein Gebiet von 15 Quadratkilometer verhängten die Behörden ein Ernteverbot.

Vor kurzem befaßte sich eine „Monitor"-Sendung im Fernsehen unter dem Titel „Schlummernder Tod" mit den amerikanischen Giftgasdepots in der Bundesrepublik. Die Sendung machte deutlich, daß die US-Army völlig unkontrolliert von deutschen Behörden mit Tonnen von Giftgas durch unsere Straßen und Städte kutschiert und daß die Behörden offiziell auch nicht darüber informiert sind, an welchen Orten die Massenvernichtungsmittel gelagert sind.

Nach den Recherchen von Monitor befindet sich das Hauptlager für amerikanische Nervengasmunition in Fischbach in der Nähe von Pirmasens. Der Landrat des Kreises Pirmasens, Hans-Jörg Duppré, erklärte in der „Monitor"-Sendung, er wisse nichts darüber, wo und was die Amerikaner im Kreis Pirmasens an B- und C-Kampfstoffen lagern, da diese Dinge der Geheimhaltung unterlägen. Nach den Untersuchungen von „Monitor" lagern vor allem im Ballungsgebiet Rhein-Main mehr als 2000 Tonnen Nervengas. Das ist eine Menge, die ausreicht, um Milliarden Menschen zu töten.

Allein schon die langfristige Lagerung der Massenvernichtungsmittel ist eine schwere Bedrohung für die Bevölkerung. Einer US-Studie zufolge sind die seit Jahrzehnten in der Bundesrepublik gelagerten Giftbehälter teilweise bereits defekt.

Nach amerikanischen Presseberichten wird im Kriegsfall von den US-Generalen nicht die geringste Rücksicht auf die Zivilbevölkerung genommen. Es bestehen Pläne, die Bundesrepublik zu „entlauben", wie dies auch in Vietnam geschah.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18.

4630 **BOCHUM**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mi-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/832328, geöffnet: Mo., Mi., Fr., 17 - 19 Uhr.

4100 **DUISBURG** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203/443014.

4000 **DÜSSELDORF** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent: Fr. 17 - 19 Uhr, Sa. 10 - 12 Uhr.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/771200, geöffeht: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen" Schulterblatt 98, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511/445162, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30-19.30 Uhr.

7500 **KARLSRUHE** 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve", Goethestraße 25b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr. Tel.: 0721/848408.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/567702, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18 Sa 10-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37a, Tel.: 0221/554956, geöffnet: Di. und Fr 17-18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621/523966

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/438043, geöffnet: Mi. - Fr. 16 - 18 Uhr, Sa. 11 - 13 Uhr.

4500 **OSNABRÜCK**, Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstraße 5

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/432388, geöffnet: Mi 17-19 Uhr, Sa 10-12 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo-Fr 16-18, Sa 11-13 Uhr

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 und 433692.

Konflikt im DGB weitet sich aus

Auch ÖTV-Hauptvorstand für Atomraketen

Maulkorb für Nachrüstungsgegner / ÖTV-Jugend forderte Großdemonstration gegen Nachrüstung

DÜSSELDORF. — Der Konflikt innerhalb des DGB um den sogenannten „Nachrüstungsbeschluß" der NATO weitet sich aus. Nach den Führungen der IG Bergbau und Energie und der Gewerkschaft Textil und Bekleidung hat jetzt auch der Hauptvorstand der ÖTV-Gewerkschaft das Feuer auf die Gewerkschafter eröffnet, die sich gegen die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen wenden.

Am 16. Mai faßte der Hauptvorstand der ÖTV-Gewerkschaft einen Beschluß, der den ÖTV-Mitgliedern und Funktionären einen Maulkorb in Sachen NATO-Nachrüstungsbeschluß umhängt: kein Mitglied und keine Untergliederung der ÖTV sei berechtigt — so der Inhalt des Beschlusses — im Namen der Gewerkschaft Aufrufe oder Aktionen gegen den NATO-Raketenbeschluß zu unterstützen.

Als Feigenblatt für diesen Angriff auf das Engagement vieler Mitglieder und Funktionäre der ÖTV für den Frieden und gegen das Wettrüsten hat der Hauptvorstand gleichzeitig einen heuchlerischen „Friedensappell" verabschiedet, der scheinheilig eine „ausgewogene und kontrollierte Abrüstung in Ost und West" fordert, um jedoch den Nachrüstungsgegnern im gleichen Atemzug zu unterstellen, sie seien nur für eine Abrüstung der NATO, nicht aber auch des Warschauer Pakts.

Es ist keine Frage, daß es Kluncker und Konsorten nicht etwa darum geht, falsche Positionen innerhalb der Friedensbewegung zu bekämpfen, wie sie etwa durch die DKP vertreten werden, sondern darum, diese Bewegung unterschwellig als „moskaugesteuert" abzustempeln und den Widerstand gegen die mörderische Bestükkung der Bundesrepublik und Westeuropas mit amerikanischen Atomraketen zu verteufeln. Die Kluncker, Mertens und Co. stehen voll hinter ihrem Freund Helmut Schmidt, der momentan mit allen Mitteln der Erpressung und Demagogie, mit Parteiausschlußverfahren und üble Hetze bemüht ist, den Widerstand innerhalb der SPD gegen seine USA-hörige Aufrüstungspolitik niederzumachen.



Der Hauptvostand der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr versucht das Engagement seiner Mitglieder gegen den mörderischen Rüstungswettlauf und für Frieden und Entspannung zu unterdrücken. Klunker und Komplizen wollen ihrem Freund Helmut Schmidt helfen, den Widerstand gegen die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen im Lande niederzubügeln. Unser Foto zeigt ÖTV-Gewerkschafter auf dem Friedensmarsch der Atomraketen-Gegner in Dortmund am Ostersonntag.

Der Maulkorbbeschluß der ÖTV-Führung ist im übrigen ein weiterer Schritt zur Unterdrükkung der innergewerkschaftlichen Demokratie und zur politischen Reglementierung der Gewerkschaftsmitglieder. Es soll an dieser Stelle nicht der Hinweis darauf versäumt werden, daß dieser neuerliche Angriff auf fortschrittliche Gewerkschaftspolitik im Grunde schon zu Anfang dieses Jahres gestartet wurde, als der Hauptvorstand der ÖTV eine Ausschlußkampagne gegen ÖTV-Mitglieder eröffnete, die der VOLKSFRONT gegen Reaktion, Faschismus und Krieg angehören. Die VOLKSFRONT setzt sich sehr aktiv für die Aufkündigung des „Nachrüstungsbeschlusses" ein!

Bereits im November 1980 hatte der DGB-Bundesvorstand beschlossen, daß die berüchtigten Unvereinbarkeitsbeschlüsse auch auf die VOLKSFRONT ausgedehnt werden sollen. Am 28./29. Januar beschloß dann der ÖTV-Hauptvorstand, diese Ausdehnung in der ÖTV umgehend in die Praxis umzusetzen. Ein entsprechendes Rundschreiben wurde an die Bezirksvorstände geschickt. Damit begann in der ÖTV eine Welle von Ausschlußverfahren gegen Mitglieder der VOLKSFRONT, von der unter anderem mehrere Betriebsratsvorsitzende, eine Vertrauenskörpervorsitzende und ein Tarifkommissionsmitglied betroffen sind.

Der Ausschlußterror gegen VOLKSFRONT-Mitglieder entlarvt im übrigen das demagogische Argument der ÖTV-Führung, es ginge ihr bei ihren Angriffen auf die Friedensbewegung darum, der Verharmlosung der sowjetischen Aufrüstungspolitik entgegenzutreten und um eine „ausgewogene Abrüstung in Ost und West" anstelle einer „einseitigen Abrüstung" der NATO.

Gerade die VOLKSFRONT verteidigt keineswegs — wie die DKP dies tut — die aggressive Politik der imperialistischen Sowjetunion. Wenn die DGB-Bonzen nun gerade gegen VOLKSFRONT-Mitglieder am schärfsten vorgehen, so deshalb, weil sie in den Gewerkschaften alle Kräfte mundtot machen wollen, die wirklich konsequent gegen das Wettrüsten auf den Austritt der BRD aus der NATO und auf die Neutralisierung Deutschlands orientieren als einzig realistischen Weg zur Abrüstung und Friedenssicherung.

Die Friedens- und Entspannungsphraseologie der DGB-Führung ist lediglich der Deckmantel, unter dem sie versucht, den DGB auf den Bonner Aufrüstungskurs zu zwingen. Man spricht von „ausgewogener Abrüstung in Ost und West" und meint die Unterstützung der von Helmut Schmidt betriebenen „Sicherheitspolitik", die darin besteht, die amerikanischen Kriegstreiber unser Land in eine einzige Abschußrampe für ihre „Strategie des vernichtenden Erstschlages" gegen die sowjetische Supermacht ausbauen zu lassen: eine Politik, die Deutschland zum Zentrum eines atomaren Schlagabtausches zwischen den beiden Militärblöcken werden läßt.

Die Vetter, Loderer, Kluncker, Hauenschild, Döding, Keller und Konsorten sind, wie ihre Freunde in Bonn, der Meinung, daß das deutsche Volk gegebenenfalls die Ehre haben soll, als Kanonenfutter herzuhalten, wenn die USA die Stunde gekommen sehen, mit ihren Atomsprengköpfen die „Freiheit" (neuerdings ist auch wieder von der „abendländischen Kultur" die Rede) zu „verteidigen". Während die oben genannten Herren dies allerdings nicht offen auszusprechen wagen, nehmen die Führer der IG Bergbau und Energie, die Adolf Schmidt, Horst Niggemeyer und Co. da kein Blatt vor den Mund.

So gibt es außer Springers „Bild" kaum eine Zeitung in diesem Land, die derartig hemmungslos und haßerfüllt gegen die Friedensbewegung hetzt, wie die Mitgliederzeitung der IG Bergbau „einheit". In der Ausgabe vom 15. Mai 81 schreibt da zum Beispiel ein gewisser Norbert Römer: *„Die in dieser politisch einseitigen ‚Friedensbewegung' auch durchschimmernde Scheuklappenparole ‚lieber rot als tot' kann deshalb von auf ihre Freiheit und Unabhängigkeit bedachten Gewerkschaften nicht akzeptiert werden, weil die daraus resultierende Konsequenz letztendlich ihre Lebensgrundlage zerstören würde."*

Neben diesen Zynikern gibt es jedoch auch DGB-Führer, die diesen mörderischen Scharfmacherkurs nicht mitmachen und offen gegen den NATO-Raketenbeschluß Stellung nehmen. Zu ihnen gehören Detlev Hensche, Mitglied des Hauptvorstandes der IG Druck und Papier. Hensche veröffentlichte vor kurzem in der Mitgliederzeitung der IG Druck „druck und papier" einen Kommentar, in dem er die geplante Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen in eine „Strategie des vernichtenden Erstschlages" einordnet, bei der Europa der atomaren Zerstörung preisgegeben würde.

Hensche verurteilte klar den NATO-Raketenbeschluß. Unter anderem schreibt er: *„Und unsere eigene Lage bebietet, den Nachrüstungsbeschluß aufzukündigen; im Interesse der Entspannungspolitik und im Interesse des Friedens; im Interesse Europas und im Interesse der Menschen in beiden deutschen Staaten. Die Nachrüstung sichert nicht den Frieden, sondern sie vergrößert umgekehrt die Gefahr der sicheren Vernichtung."*

Solche Stellungnahmen sind in den Kreisen hoher Gewerkschaftsfunktionäre allerdings seltene Ausnahmen. Um so mehr ist es notwendig, daß wir Kommunisten an der Gewerkschaftsbasis über den „Nachrüstungsbeschluß" und die ungeheuerlichen Gefahren der NATO-Strategie eine intensive Aufklärung betreiben. Denn die Friedensbewegung wird nicht die Kraft finden, den Lieber-tot-als-rot-Strategen in den Arm zu fallen, so lange sie nicht fest in der Mitgliederbasis des DGB verankert ist. Auch rückt der Antikriegstag 1981 immer näher.

In diesem Zusammenhang verdient folgender Hinweis unsere Aufmerksamkeit, der in einer Meldung der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ) über den Maulkorbbeschluß der ÖTV-Führung enthalten ist:

„Der Schritt des ÖTV-Hauptvorstandes ist auch vor dem Hintergrund der Aktivitäten der eigenen Jugendorganisation zu sehen. Der Bundesjugendausschuß der ÖTV hat vor einiger Zeit den DGB-Bundesjugendausschuß aufgefordert, einen zentralen Protestmarsch der Gewerkschaftsjugend für die Aufhebung des NATO-Doppelbeschlusses vorzubereiten."

Es sollte das Anliegen aller fortschrittlichen Gewerkschafter sein, sich nachdrücklich dafür einzusetzen, daß ein solcher zentraler Protestmarsch der Gewerkschaftsjugend möglichst bald stattfinden kann!

Entschließung der Vertrauensleute bei Bosch/Reutlingen

Nein zur Nachrüstung!

Wir dokumentieren nachstehend eine Entschließung, die der Vertrauensleutekörper der IG Metall bei Bosch in Reutlingen/Rommelsbach am 28. April dieses Jahres zum Thema „Rüstung und Waffenverkäufe" verabschiedet hat. Es sei angemerkt, daß wir an dieser insgesamt klaren und begrüßenswerten Stellungnahme die am Schluß angestellte Überlegung bezüglich der „Konkurrenz auf dem Weltmarkt" für unangebracht halten. Die Konkurrenz auf dem Weltmarkt gehört zum kapitalistischen System und ausbaden muß sie stets der Arbeiter. Man denke etwa an die „Erkenntnisse" des Grafen Lambsdorff über die „japanische Konkurrenz".

Entschließung

Der Vertrauenskörper der IG Metall bei der Firma Bosch/Reutlingen-Rommelsbach hat sich in seiner Sitzung, am 27./28.4.1981, mit dem Thema „Rüstung und Waffenverkäufe" befaßt und folgende Entschließung dazu verabschiedet:

Mit Sorge und Empörung verfolgen wir das Wettrüsten in der Welt.

An das Märchen, durch Nach-, Hoch- oder Aufrüsten könnte der Frieden gesichert werden, kann auf Grund der gemachten Erfahrungen aus der Geschichte keiner von uns glauben.

Im Gegenteil, wir wissen aus der Geschichte, daß hergestellte Waffen noch immer auch angewandt wurden. Früher oder später.

Wir fordern deshalb alle Verantwortlichen in den Parteien und Gewerkschaften, aber besonders die Bundesregierung auf, sich gegen den Rüstungswettlauf mit aller Kraft einzusetzen.

Dazu gehören auch, daß alle Waffenverkäufe an Saudi-Arabien, Chile oder andere faschistisch, diktatorisch regierte Länder und Spannungsgebiete unterbleiben müssen.

Als überzeugte Gewerkschafter und Funktionäre der IG Metall weisen wir auf die Beschlüsse des ordentlichen 13. Gewerkschaftstages der IG Metall in Berlin und das Grundsatzprogramm des 4. außerordentlichen DGB-Kongresses hin, in denen die Bundesregierung aufgefordert wird, alles zu tun, was den Frieden sichert und eine kontrollierte Abrüstung ermöglicht.

In der E 3 des IG-Metall-Gewerkschaftstages und P 26 des DGB-Grundsatzprogrammes wird dazu die Bundesregierung aufgefordert, keine Waffen und sonstige Massenvernichtungsmittel in Spannungsgebiete zu liefern.

Es gibt für uns auch kein Argument in Richtung Arbeitsplatzsicherung, was für Rüstung und Rüstungsverkäufe sprechen könnte. Abgesehen davon, daß Rüstung langfristig eher nachteilig für die Beschäftigungspolitik ist und uns in der Konkurrenz auf dem Weltmarkt nur belasten würde.

Es ist unserer Meinung nach immer noch besser arbeitslos zu sein und dafür Frieden zu haben, als für den Krieg, fürs Morden zu arbeiten.

Deshalb:

Keine Waffenverkäufe nach Saudi-Arabien!
Keine weitere Rüstung sondern Abrüstung!

Chemie-Tarifrunde

Verhandlungen nun auch in Hessen gescheitert

FRANKFURT. — Inzwischen sind die Tarifverhandlungen in der Chemie-Industrie auch in Hessen von der Tarifkommission der IG Chemie für gescheitert erklärt worden. Vorher waren die Verhandlungen schon in den Bezirken Nordrhein und Rheinland Pfalz gescheitert.

Allerdings besteht in der Chemie-Industrie ein Schlichtungsabkommen zwischen der Gewerkschaft und den Unternehmern, das beim Scheitern der Verhandlungen automatisch ein Schlichtungsverfahren vorsieht. Erst nach dem Scheitern der Schlichtung erlischt dann in dem jeweiligen Tarifbezirk die Friedenspflicht.

Die Schlichtungstermine für die drei Tarifbezirke sind: für Rheinland-Pfalz am 11.6. in Hannover, für Nordrhein am 13.6. in Wiesbaden und für Hessen am 14.6. in Wiesbaden.

Auf einer Versammlung der rund 450 Mitglieder aller Bezirks-Tarifkommissionen der IG Chemie in Worms haben die IG-Chemie-Führer inzwischen bereits öffentlich ihre Absicht erklärt, nicht auf der IG-Chemie-Forderung von 7,5 Prozent bestehen zu wollen. Zum Ziel wird stattdessen ein 4,9-Prozent-Abschluß wie in der Metallindustrie proklamiert.

Wozu — so fragt man sich — stellt man dann eigentlich noch Forderungen auf, wenn sie ohnedies von vornherein nicht ernstgenommen werden?

Ferner kündigten die IG-Chemie-Führer jetzt schon an, bei einem Scheitern der Schlichtung sei nicht an einen konsequent geführten Streik gedacht! Man wolle bei einem Scheitern der Schlichtung in einem Bezirk dort nicht sofort mit einem Streik beginnen. Erst dann, wenn die Verhandlungen in allen Bezirken gescheitert seien, soll überhaupt gestreikt werden. Selbst dann aber wolle man nur einzelne Betriebe punktuell bestreiken.

Eine äußerst seltsame „Logik" legten die IG-Chemie-Führer an den Tag, als sie ihre Verzögerungstaktik folgendermaßen zu begründen versuchten: Die Zeit arbeite nur für die IG Chemie; durch das Hinauszögern eines Streiks falle dieser dann in die Ferienzeit; und da seien die Belegschaften dann ohnedies stark ausgedünnt...

Wer in solchen Voraussetzungen eine günstige Bedingung für die Durchführung eines Streiks sieht, muß wohl ein ausgemachter Abwiegler und Spalter der Arbeiter sein!

DGB-Unterschriften-Richtlinie stößt auf Protest

„Maulkorb für die Gewerkschaftsbasis"

Entschließung eines GHK-Bezirkstages

MAINZ. — Die DGB-Führung erließ vor einigen Wochen eine Richtlinie, die es den Mitgliedern und Funktionären der DGB-Gewerkschaften künftig verbieten soll Aufrufe und Resolutionen in ihrer Eigenschaft als Gewerkschafter zu unterschreiben, die nicht vom DGB selbst stammen (siehe RM 20/81). Aktueller Anlaß dieser Maulkorbrichtlinie: die Unterzeichnung der Aufrufe gegen den „Nachrüstungsbeschluß" der NATO und des „alternativen Wirtschaftsmemorandums" linker Wirtschaftsforscher durch zahlreiche Mitglieder und Funktionäre der DGB-Gewerkschaften.

Vor kurzem hat der Bezirkstag Rheinland-Pfalz der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) eine Protestentschließung gegen diese Richtlinie der DGB-Führung verabschiedet. In dieser Entschließung heißt es unter anderem:

„Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff erklärt, daß sie keinerlei Verständnis für den in der Presse bekanntgewordenen Versuch des DGB-Bundesvorstandes hat, die Unterschriftensammlung unter politische Initiativen durch eine ‚Richtlinie' zu reglementieren. Vor allem die Ausdehnung der ‚Richtlinie' auf ehrenamtliche Funktionäre muß als Versuch gewertet werden, der Gewerkschaftsbasis einen ‚Maulkorb' zu verpassen. Die genannte ‚Richtlinie' offenbart unseres Erachtens ein gestörtes Verständnis der grundgesetzlich garantierten Meinungsfreiheit und dient nicht der Förderung einer freien innergewerkschaftlichen Diskussion."

Protestaktion gegen Stillegung von AEG-Werk in Westberlin



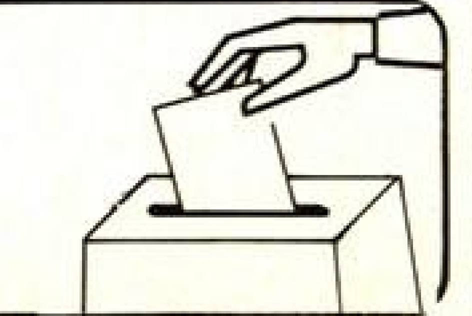
Im letzten „Roten Morgen“ berichteten wir über den Plan der AEG-Konzern-Bosse, das Westberliner Telefunken-Werk in der Schwedenstraße mit 1200 Beschäftigten stillzulegen. 350 Entlassungen wurden bereits ausgesprochen. Noch in diesem Jahr sollen weitere 350 Entlassungen folgen. Am 26. Mai kam es zu einer Protestdemonstration von Belegschaftsmitgliedern gegen die Stillegung vor das Rathaus Wedding. Etwa 100 Kolleginnen und Kollegen beteiligten sich an der Aktion. Telfunken beschäftigt überwiegend Frauen. Die Demonstratanten überreichten dem Referenten des Bürgermeisters eine Protestresolution. Der Bürgermeister selbst soll verhindert gewesen sein. Die Initiative für die Protestaktion war von den beiden RGO-Betriebsrätinnen bei Telefunken-Schwedenstraße ausgegangen.

Bayer • Leverkusen

Vier Sitze für die oppositionelle Liste

Zehn Kandidaten droht der Gewerkschaftsausschluß

LEVERKUSEN. — Im Chemiegroßbetrieb Bayer in Leverkusen gab es einen großen Listenwirrwarr bei der Betriebsratswahl. Allein die IG Chemie war mit jeweils zwei verschiedenen Listen bei den Arbeitern und Angestellten angetreten. Insgesamt standen 14 Listen zur Wahl. Die einzig klare Alternative zu der extrem sozialpartnerschaftlichen Politik der IG-Chemie-Bonzen und ihren vier Listen bildete die Liste „Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit“.



Die „Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit“ kandidierten sowohl in der Arbeiter- als auch in der Angestelltengruppe. Insgesamt stellten sie elf Kandidaten auf. In beiden Bereichen erreichten sie jeweils zwei Betriebsratssitze. Der Stimmenanteil der oppositionellen Liste liegt bei ca. acht Prozent.

Bei der letzten Betriebsratswahl vor drei Jahren hatte sich erstmalig eine größere oppositionelle Gruppierung gegen die Clique der rechten IG-Chemie-Vertreter bei Bayer Leverkusen gebildet, die mit der Liste „Gewerkschafter für einen besseren Betriebsrat“ zehn Sitze und rund 20 Prozent der Stimmen erreichen konnte. Diese Gruppe bestand jedoch zum Teil aus Kollegen, die keinen konsequenten, grundsätzlichen Standpunkt gegen die Sozialpartnerschaftspolitik der herrschenden Kräfte in der IG Chemie einnahmen.

Inzwischen hat die Mehrheit dieser Gruppe den Weg des oppositionellen Kampfes wieder verlassen. Diese Kollegen sprachen sich vor der diesjährigen Betriebsratswahl gegen die erneute Aufstellung einer oppositionellen Liste aus. Als Begründung für diesen Schritt weisen die Kollegen unter anderem darauf hin, daß der Betriebsratsvorsitzende nicht mehr derselbe ist. Der bisherige Betriebsratsvorsitzende Weber „wechselte“ inzwischen auf den Posten des Chefs der Betriebskrankenkasse. Daraus folgt aber nun keineswegs, daß sich am Charakter der etablierten Clique der IG-Chemie-Betriebsräte Wesentliches geändert hätte.

Ein Teil der abgesprungenen ehemaligen Oppositionellen kandidierte nun auf der IG-Chemie-Liste. Aber nur einer von ihnen erhielt einen relativ aussichtsreichen Listenplatz, so daß er jetzt wieder in den Betriebsrat einziehen kann. Durch die Spaltung der oppositionellen Gruppe und das Umfallen der Mehrheit ihrer früheren Mitglieder hatte sich von vorneherein für die neue oppositionelle Liste abgezeichnet, daß sie mit einem starken Rückgang der oppositionellen Stimmen bei dieser Wahl rechnen mußte.

Die IG-Chemie-Listen erhielten tatsächlich in diesem Jahr gegenüber der letzten Betriebsratswahl erheblich mehr Stimmen. Waren es vor drei Jahren 10 237 Stimmen, so sind es diesesmal 11 848. Während die alte oppositionelle Liste 1978 auf 3 548 Stimmen gekommen war, schaffte die neue Opposition diesmal „nur“ 1 482 Stimmen.

Trotzdem kann man das Abschneiden der „durchschaubaren“ Liste nicht als schlecht betrachten. Denn die Opposition stand in gewisser Weise an einem Neubeginn. Wenn die Kollegen der oppositonellen Liste jetzt entschlossen für eine konsequente Durchsetzung der in ihrem Arbeitsprogramm klar formulierten Belegschaftsinteressen kämpfen, wenn sie der „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ der IG-Chemie-Bonzen und ihrer Gefolgsleute im Betriebsrat mit den Bayer-Kapitalisten eine klassenkämpferische Politik entgegensetzen, werden sie ihren Einfluß mit Sicherheit festigen und ausweiten können.

Zur Wahl der Liste „Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit“ hatte auch die Betriebszeitung der KPD **„Klassenkampf“** aufgerufen. In dem Aufruf hatten die Genossen unserer Betriebszelle unter anderem geschrieben: „Daß sich auf dieser Liste aktive Kolleginnen und Kollegen zusammengefunden haben, die nicht auf die Sozialpartnerschaft setzen, sondern sich ausschließlich an den Interessen der Belegschaft orientieren, halten wir für äußerst begrüßenswert“.

Gegen zehn der elf Kandidaten der oppositionellen Liste haben die IG-Chemie-Bonzen schon vor der Wahl ein Gewerkschaftsausschlußverfahren eingeleitet (der elfte Kollege war bereits ausgeschlossen). Auch bei der letzten Betriebsratswahl war gegen alle Kandidaten der oppositionellen Liste ein Ausschlußverfahren eingeleitet und dann auch vom Hauptvorstand der IG Chemie bestätigt worden. Damals hatte jedoch der Beschwerdeausschuß der IG Chemie die Ausschlüsse rückgängig gemacht. Darauf können die Kollegen jetzt nicht mehr hoffen. Denn durch die Niederlage der Opposition um Ferdinand Patschkowski und Paul Plumeyer auf dem letzten Gewerkschaftstag der IG Chemie haben sich die Voraussetzungen in dieser Hinsicht negativ verändert.

Brutale Willkür gegen streikende Arbeiter

53 Kollegen fristlos entlassen und ausgesperrt!

Koalitionsfreiheit von Konzernleitung mit Füßen getreten

ZWEIBRÜCKEN. — Nicht nur, daß die Bosse des DLW-Konzerns den Arbeitern der Teppichbodenfabrik Allfloor die Koalitionsfreiheit verweigern, - als die Kollegen für ihr Recht in den Streik traten, schlugen die Konzernbosse mit rücksichtsloser Brutalität zu: Alle Streikenden erhielten die fristlose Entlassung und wurden damit ausgesperrt.

Die Teppichbodenfabrik Allfloor in Zweibrücken gehört zum DLW-Konzern (Deutsche Linoleum-Werke). Seit Jahren fordern die Arbeiter (der Betrieb hat 144 Beschäftigte, davon 90 in der Produktion) des Werkes und die IG Chemie, daß in dem Betrieb die tariflichen Regelungen der chemischen Industrei eingeführt werden.

Obgleich alle organisierten Arbeiter bei Allfloor der IG Chemie angehören, trat die Geschäftsleitung dem Textil-Unternehmerverband bei. Der Grund ist einfach: in der Textilindustrie liegen die Tariflöhne erheblich niedriger als bei Chemie! Der DLW-Konzern wollte allerdings nicht nur die Löhne der Allfloor-Belegschaft niedrig halten.

Die Regelung in dem Teppichbodenwerk Allfloor, das in der strukturschwachen Westpfalz gelegen ist, wollte man dann auch auf die DLW-Betriebe in Delmenhorst und Bietigheim übertragen, in denen die Arbeiter nach dem Chemie-Tarif entlohnt werden. Der Kampf, den die Allfloor-Kollegen in Zweibrücken für ihre Forderung nach dem Anschluß an die Chemie-Tarife führen, ist also zugleich ein Kampf gegen Angriffe auf den Lohn in anderen Konzernbetrieben von DLW. Faktisch geht es dabei auch um das Koalitionsrecht der Arbeiter.

Nachdem die DLW-Bosse jahrelang stur geblieben waren, organisierte die IG Chemie nun unter den organisierten Belegschaftsmitgliedern eine Urabstimmung und in der vorletzten Woche dann den Streik, der auf drei Tage befristet wurde. Die brutale Reaktion war dann die fristlose Entlassung der Kollegen. Als die Kollegen am Montag letzter Woche wieder ihre Arbeitskraft anboten, wurden sie ausgesperrt. Die IG Chemie beschloß daraufhin die unbefristete Verlängerung des Streiks.

Der zynischen Machtdemonstration der DLW-Kapitalisten muß die tatkräftige Solidarität der gesamten Gewerkschaftsbewegung für die Allfloor-Arbeiter entgegengesetzt werden! Sofortige Zurücknahme der fristlosen Entlassung und der Aussperrung! Anerkennung der Chemie-Tarife bei Allfloor!

IG Metall enthüllt Schnüffelpraktiken

Unternehmerverbände lassen Betriebsräte bespitzeln

Schnüffeleien müssen verboten werden!

STUTTGART. — Die Bezirksleitung der IG Metall in Stuttgart hat jetzt Beweise dafür vorgelegt, daß die Unternehmerverbände eine systematische politische Bespitzelung der Betriebsräte betreiben. IGM-Bezirksleiter Steinkühler sprach von „einem unglaublichen Vorgang, der an Unverfrorenheit nicht mehr zu überbieten ist“.

Steinkühler legte als Beweis für die Schnüffeltätigkeit einen siebenseitigen Fragebogen vor, den der „Arbeitgeberverband der badischen Eisen- und Metallindustrie“ mit einem Begleitschreiben an alle seine Mitgliedsfirmen geschickt hat. Es handelt sich, wie von den Urhebern des Fragebogens zugegeben wurde, um eine bundesweite Aktion, die von den Arbeitgeberverbänden der Metallindustrie in Zusammenarbeit mit dem Kölner „Institut der Deutschen Wirtschaft“ durchgeführt wird.

Die Fragebogen dienen dazu, die neugewählten Betriebsräte politisch „zu durchleuchten“ und die politische Gesinnung und Parteizugehörigkeit der Betriebsräte, speziell der Betriebsratsvorsitzende, zu ermitteln. Unter anderem soll auf dem mit 29 Fragenkomplexen versehenen Fragebogen angegeben werden, wieviele „Linksextremisten“ in den Betriebsrat gewählt worden sind.

Beispielsweise soll angekreuzt werden, ob der Betriebsratsvorsitzende der CDU, SPD, FDP oder aber der DKP oder der KPD/ML angehört. Auch über die Gewerkschaftszugehörigkeit werden detaillierte Angaben gefordert. Steinkühler geißelt die Schnüffelaktion als „erkennungsdienstliche Maßnahmen zur politischen Durchleuchtung der Betriebsräte“ und forderte, daß die Aktion sofort eingestellt wird.

Unverfroren erklärte ein Sprecher des Kölner „Wirtschaftsforschungsinstituts“ zu den Vorwürfen, wozu man sich denn überhaupt derartig aufrege, solche „empirischen Untersuchungen“ seien schließlich auch bei früheren Betriebsratswahlen durchgeführt worden. Die Arbeitgeberverbände seien auf sie angewiesen, da sie nicht allein auf die Angaben des DGB zurückgreifen wollten.

In den letzten Jahren war mehrfach aufgedeckt worden, daß der Verfassungsschutz eine systematische Bespitzelung der Betriebsräte betreibt. Besonders im letzten Jahr hatte es dagegen eine Flut von Protesten in den Gewerkschaften gegeben. Unter diesem Druck versicherte Bundesinnenminister Baum noch vor Beginn der diesjährigen Betriebsratswahl, der Verfassungsschutz werde aus den Betrieben zurückgezogen.

Diese Beteuerungen Baums sind allerdings nicht glaubwürdig. Selbst wenn der Bundesinnenminister tatsächlich ernsthaft die Absicht hätte, die Spitzelpraktiken des Verfassungsschutzes in den Betrieben zu unterbinden, könnte er die Einhaltung derartiger Anweisung gar nicht kontrollieren. Eher kontrolliert der Verfassungsschutz Baum als dieser den Verfassungsschutz!

Doch dessen ungeachtet ist es notwendig, zu fordern, daß jegliche Bespitzelung und politische Überwachung der Arbeiterbewegung und gewerkschaftlicher Organe streng verboten wird, sei es durch den Verfassungsschutz, die Unternehmerverbände oder durch wen auch immer. Auf keinen Fall kann geduldet werden, daß die politische Bespitzelung der Arbeiter und ihrer gewerkschaftlichen Organe den Stempel eines legalen, verfassungsmäßigen Vorgehens erhält.

Skandalöse Bespitzelung

Betriebsrat mit Detektiven und „Wanze“ überwacht

HANNOVER. — Die Bosse der Landesgenossenschaftsbank AG in Hannover ließen ein Betriebsratsmitglied durch eine Privatdetektei und durch eine in das Diensttelefon des Kollegen installierte „Wanze“ auf Schritt und Tritt bespitzeln.

Dieser skandalöse Fall wurde jetzt durch den Bericht des DGB in Hannover über seine Rechtsschutztätigkeit im vergangenen Jahr bekannt. In dem Prozeß, den der bespitzelte Betriebsrat gegen seine Firma anstrengte, wurde diese zu einer lächerlichen Geldstrafe von 4000 Mark verurteilt.

Die Bank-Bosse hatten auch das Privatleben des Betriebsrates durch angeheuerte Privatdetektive ständig überwachen lassen. Die Begründung für diese ungeheuerliche Maßnahme: der Betriebsratsangehörige habe „Zweifel an Vorstandsentscheidungen“ gehabt und „einseitig“ die Interessen der Belegschaft vertreten.

Aktionen gegen Nazi-Treffen

2000 Antifaschisten — 800 Polizisten — 100 Neonazis

Schönau. — Das sind die „technischen Daten" des „Schlageter-Treffens" von alten und neuen Nazis in Schönau am 24. Mai.

Mit einer Kranzniederlegung und einer Gedenkfeier, in der unter anderem der Kriegsverbrecher Heß als „Vorbild der Jugend" gefeiert wurde, bekundeten die Faschisten ihre Bereitschaft, weiter im Geiste des Völkerhasses und der Kriegshetze tätig zu werden. Diese gespenstische Feier war von der Stadt ausdrücklich genehmigt worden; Bürgermeister Böhler verwahrte sich gegen das Ansinnen, dem Aftreten der Nazis Widerstand entgegenzusetzen, und ein Vertreter des Landratsamtes nannte so etwas gar ein „rechtsstaatswidriges Ansinnen" — die Versammlungfreiheit in der Bundesrepublik müsse unter allen Umständen gewahrt bleiben!

Solche Töne hat man bei Demonstrationen fortschrittlicher Menschen noch nie gehört ...

2000 Antifaschisten allerdings stellten klar, daß Versammlungsfreiheit für Faschisten kein Bestandteil demokratischer Ordnung, sondern der Tod der Demokratie ist. Viele Gewerkschafter nahmen an der Demonstration teil, die im Anschluß an eine antifaschistische Kundgebung zum Friedhof zog, wo die Nazis sich versammelt hatten. 800 Polizisten stellten sich ihnen entgegen, um die braunen Verbrecher zu schützen.

Hinterher waren Polizeiführung und auch reaktionäre Politiker voll des Lobes über diesen Polizeieinsatz — nur dadurch, so hieß es, seien Auseinandersetzungen verhindert worden. Eine derartige „wirksame Abschreckung" solle in Zukunft in solchen Fällen immer betrieben werden. Wenn man bedenkt, daß die Polizisten zum Teil mit Maschinenpistolen bewaffnet waren, heißt das nichts anderes, als daß diese „Ordnungshüter" notfalls auch bereit sind, zum Schutz der Faschisten ein Blutbad anzurichten! Die Antwort der Antifaschisten: Den Widerstand verstärken! Es wurde dazu aufgerufen, in Zukunft mit noch größerem Einsatz „für die Einheit von Antifaschisten unterschiedlichster politischer Richtungen in den Betrieben zu kämpfen", um Faschismus und Militarismus das Wasser abzugraben.

Tagung der Paneuropa-Union

Kiel. — Mit einer Presseerklärung protestierte der Kieler Arbeitskreis Ascheprozeß gegen die Europatagung der „Paneuropa-Union" (PEU), die vom 30.4. bis 3.5. in Kiel stattfand. Darin heißt es:

„**Diese Organisation ist als Sammelbecken rechtskonservativer, revanchistischer Kreise bis weit hinein in die rechtsradikale Szenerie zu begreifen. Das geht von Otto von Habsburg mit seinen lauthals propagierten Diktatorplänen über den ‚furchtbaren Juristen' Dr. Filbinger bis hin zu bekannten Nazis wie Peter Dehoust. (...)**

Diese Organisation (...), die vom Kaiserenkel geführt wird, der sich bester Kontakte zum internationalen Faschismus rühmen kann und schon immer gerne Gast war, wo Diktatoren herrschen konnte (Franco/Spanien; Almirante/Italien), wird nicht nur vom CDU-Regierungschef Stoltenberg und CDU-Landtagspräsidenten Lembke begrüßt.

Was uns besonders empört, ist die Tatsache, daß auch SPD-Stadtpräsident Johannig, der erst kürzlich eine antifaschistische Filmveranstaltung und zwei ebensolche Ausstellungen eröffnete, dieser Organisation Erfolg wünscht für ihren Kongreß. In einem gemeinsamen Grußwort von (...) Johannig, SPD-Oberbürgermeister K.-H. Luckhardt und CDU-Stadtrat Stegemann werden diese ‚Europatage' in eine Reihe gestellt mit der Kieler Woche. (...)"

Viele Antifaschisten schlossen sich der Aufforderung des Arbeitskreises zum gemeinsamen Protest an, während die SPD-Spitzen der Forderung nach Distanzierung von den Faschisten nicht nachkamen. Auch die Kieler Jusos protestierten aufgrund der Informationen des Arbeitskreises bei der SPD und bezeichneten es als „eine Verhöhung der Opfer des Nationalsozialismus", wenn SPD-Größen mal antifaschistische und mal faschistische Treffen begrüßen.

Die PEU bekräftigte übrigens auf ihrem Treffen ihren strammen Antikommunismus und ihre Kriegshetze. „Als Partner der USA" in ihrem Konfrontationskurs gegen den Rivalen UdSSR wollen sie ganz Europa zusammenschließen. „Aufgabe jeder Politik", so hieß es aus dem Munde der Ultrarechten, müsse „die Zurückdrängung des Kommunismus und revolutionärer Umtriebe" sein. Militaristen und Faschisten leiteten die Arbeitskreise des Treffens, Filbinger z.B. den mit dem Thema: „Freiheit und Gerechtigkeit — Grundlagen für Paneuropa".

Pfingsttreffen der Waffen-SS

Bad Hersfeld. — Ehemalige Angehörige der SS-Panzer-Divisionen „Leibstandarte Adolf Hitler" und „Hitlerjugend" wollen sich zu Pfingsten in Bad Hersfeld treffen.

Gegenüber einem Antifaschistischen Arbeitskreis versuchte Bürgermeister Böhmer (CDU), das Treffen zu verheimlichen — von einer Veranstaltung der genannten SS-Verbände sei ihm nichts bekannt, die Stadthalle sei zu dem in Frage kommenden Termin bereits vermietet. Was er nicht sagen mochte: Sie ist vermietet an das „1. Panzerkorps der Waffen-SS", dem die beiden Divisionen angehören!

Das wurde trotz aller Kumpanei des CDU-Mannes mit den Faschisten bekannt. Mit der feiertäglichen Ruhe für die Nazis dürfte es vorbei sein.

Waffenlager bei Jung-Nazis

Ein MG 42, Flakgranaten und Pistolen, Stahlhelme der Nazi-Wehrmacht, Naziorden und Gasmasken — das sind einige der Gegenstände, die die Schwabacher Polizei bei drei jugendlichen Neonazis in den Gemeinden Altdorf und Schwarzenbruck fand. Antifaschistische Bürger hatten die Jugendlichen bei Aufmärschen in Kampfanzügen beobachtet und die Polizei informiert. Eine Festnahme der Nazis erfolgte nicht.

MAJDANEK

KEIN EINZIGER KZ-MÖRDER DARF FREIGESPROCHEN WERDEN!

„Die Angeklagten müssen bestraft werden, den Angeklagten zur Sühne, den Lebenden zur Mahnung und den Ermordeten zum Gedächtnis.

Kein einziger KZ-Mörder darf freigesprochen werden!"

Diese Forderung stellt die antifaschistische Presse-Initiative Majdanek-Prozeß im Rahmen einer Erklärung, die darauf hinweist, daß es in der Presse um den Düsseldorfer Majdanek-Prozeß befremdlich still geworden ist. Die Initiative ruft im Rahmen einer Unterschriftensammlung zur Unterstützung ihrer Forderungen auf.

Wir haben erleben müssen, wie sich die unmenschlichen Massenmörder in den letzten Tagen und Wochen als harmlose Menschen, die zwar Schuld auf sich geladen hätten, aber doch keine Mörder seien, hinzustellen versuchten. Es besteht die Gefahr, daß es zu milden Urteilen und sogar zu Freisprüchen kommt. Erheben wir dagegen unsere Stimme des Protestes!

Die Presse-Initiative ist erreichbar über die „Alarm"-Redaktion, Olaf Müller, Suitbertus-Str. 6, 4000 Düsseldorf 1, Tel. 314546.

„Alarm" ist ein antifaschistisches Nachrichtenblatt. Einer Sondernummer zum Majdanek-Prozeß entnahmen wir sowohl den Aufruf als auch die obenstehende Grafik.

In der genannten Ausgabe von „Alarm" ist auch ein Bericht über die „Stikle Hilfe", eine Nazi-Hilfsorganisation mit weitreichenden Verbindungen bis hinein ins Justizministerium. **Und einem Mitglied dieser Organisation von Gesinnungsfreunden der Massenmörder, Frau Jürgens, hat Alt-Nazi Bundespräsident Carstens kürzlich das Bundesverdienstkreuz angeheftet!**

Berliner Wissenschaftler verurteilen neue Polizeiwaffen

Todesschüsse sind vorprogrammiert

Breiter Widerstand ist notwendig

WESTBERLIN. — Der Berliner Projektverbund der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung, in dem hauptsächlich SPD-Wissenschafler und Hochschullehrer tätig sind, ist mit einer Untersuchung über die auch für Westdeutschland vorgesehenen neuen Polizeiwaffen an die Öffentlichkeit getreten. Die in Frage kommenden Waffen werden darin eingehend beschrieben. Den Versuch, diese neuen Waffen der Polizei zur Verfügung zu stellen, um die vielbeschworene „Lücke zwischen Schlagstock und Schußwaffe" zu schließen, verurteilen die Mitarbeiter des Projektverbundes als einen schädlichen Versuch, „technologische Lösungen für politische Konflikte" anzubieten, woraus eine Gefahr für die Demokratie entstehen müsse.



Zürich 1981: Ein junges Mädchen, schwer verletzt durch ein Gummigeschoß, liegt am Boden. Der mit einem Spezialgewehr bewaffnete Polizist steht bereit zu neuen Gewalttaten.

In ihrer Stellungnahme heben die Wissenschaftler hervor, daß die Bezeichnung „unschädliche Waffen" irreführend und falsch ist; es ist lediglich eine geringere Tötungswahrscheinlichkeit gegeben als etwa beim Einsatz von Pistolen. Damit bestätigen auch bürgerlich-demokratische Persönlichkeiten die Bewertung der neuen Polizeiwaffen, die der „Rote Morgen" z.B. in der Nummer 20 dieses Jahres anläßlich der letzten Innenminsterkonferenz vorgenommen hat.

Wie dort berichtet, wird für die Bundesrepublik nach der Verwendung von CN (Chloracetophenon) nun der Einsatz von CS (Chlorbenzylidenmalodinitril) erwogen. Es sei ungefährlich, verlautete dazu aus Polizeikreisen; „noch ungefährlicher" als das CN in der „Chemischen Keule".



Die Polizei — heute schon bewaffnet bis an die Zähne

In dem Berliner Untersuchungsbericht heißt es dazu: „CN bewirkt bei einer Konzentration von 10 mg/cbm eine starke Reizung der Haut — insbesondere der Schleimhäute in Mund, Nase und Augen. Dies führt zu Husten, Augentränen und dem Gefühl des Erstickens. (...) Die Wirkung von CS, das in der Literatur als das wirksamere Mittel beschrieben wird, ist im „Lehrbuch der Militärchemie" in den Worten geschildert: ‚Als Aerosol übt es eine starke reizwirkung auf die Augen und die oberen Atmungsorgane aus. Innerhalb weniger Sekunden entsteht an den Augen eine schwere Bindehautentzündung ... Bei stärkerer Vergiftung tritt Angst auf, die die Gesamtsymptomatik verstärkt und den Betroffenen daran hindert, aus- oder einzuatmen.'

Von CS reicht bereits eine Dosis von 4 mg/cbm aus, um die hier beschriebene Wirkung zu erzeugen. Durch die zeitweilige Erblindung in Zusammenhang mit Hustenkrämpfen und Übelkeit werden die dem CS ausgesetzten Personen vollkommen hilflos und handlungsunfähig.

Massiv wurde CS bisher in Nordirland eingesetzt. Ebenso verfügen die französische und die amerikanische Polizei über CS. Während des Vietnamkrieges wurde CS von den Amerikanern in hohen, das heißt, auch tödlichen Dosen gegen Unterschlüpfe der Vietkong eingesetzt. (...)

In anderen Worten: CN, CS und CR (ein weiterer Giftkampfstoff — Red.) sind nur unter spezifischen Bedingungen nicht akut tödlich, so daß für diese chemischen Kampfstoffe der in der englischsprachigen Literatur gebräuchliche Begriff ‚gering tödlich' (low lethal) diese in der Werbung als ‚nicht-tödliche Waffen' — so Smith & Wesson — angepriesene Mittel präziser qualifiziert. **Todesfälle durch CN, CS und CR (...) sind bekannt. Langzeitschäden, die unter anderem zum Verlust des Augenlichtes führten, sind genauso nachgewiesen wie Hautschäden und Allergien. Zudem gibt es ernst zu nehmende Hinweise auf krebserregende Auswirkungen."**

Die Untersuchung weist weiter die Gefährlichkeit nicht nur der Gummi-, sondern auch der Plastikgeschosse nach, die unter anderem in Nordirland massiv zum Einsatz kommen. Und in der Tat: Zwei Tote und zwei lebensgefährlich verletzte Personen innerhalb eine Woche zwischen dem 17. und 24. Mai wurden erst vor wenigen Tagen real — sprechen eine deutliche Sprache!

Mit dem Versprechen der „Unschädlichkeit" wird der sorglose und ungehemmte Einsatz dieser gefährlichen Waffen durch die Polizei vorprogrammiert.

Die Berliner Wissenschaftler betonen: „Bei diesen ‚unschädlichen' Waffen handelt es sich um technologische Entwicklungen aus dem militärischen Bereich. (...) Gleichzeitig ist die diesen Technologien unterliegende Strategie- oder Repressionsphilosophie eine militärische." Diese Philosophie besteht darin, daß man sich bei durch soziale Ursachen hervorgerufenen politischen Konflikten mit dem Einsatz von Waffen unterhalb der Hemmschwelle von Pistole und Maschinengewehr um die Suche nach politischen Lösungen herumdrükken kann. Darin sehen die Mitarbeiter der Berghof-Stiftung eine große Gefahr für die Demokratie, auch, weil ein solches Vorgehen verstärkten Widerstand hervorruft, dem dann wiederum doch nur mit Maschinengewehren usw. begegnet werden wird.

Wenn es gelingt, bestimmte gesellschaftliche Gruppen zu isolieren und in einer solchen Situation mit bewußter Eskalation der Gewalt in eine aussichtslose gewaltsame Auseinandersetzung zu treiben, so vollziehen die Wissenschaftler den Gedankengang „mancher Politiker" nach, können jene dann „niedergekämpft" — das heißt auch: zusammengeschossen — werden, ohne daß deshalb das gesamte Volk gegen die Herrschenden aufsteht.

Das ist sicher richtig, siehe RAF. Versuchen wird der kapitalistische Staat ein solches Vorgehen aber auch gegen die kämpfende Arbeiterklasse und ihre Vorhut.

In der Untersuchung heißt es weiter: „Die Politiker bekommen Probleme, die sie der Polizei respektive dem Militär zur Lösung mit ‚unschädlichen' Waffen überantwortet haben, erneut in eskalierter Form zurück. **Die Gefahr des Einsatzes militärischer Vernichtungswaffen wird über die eskalierende Wirkung des Einsatzes ‚unschädlicher' Waffen erhöht — nicht verringert."**

Wir wissen als Kommunisten, daß die herrschende Klasse bei einer Zuspitzung der Klassenkämpfe, wenn ihre Herrschaft bedroht ist, weil die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen das ständig schwerer werdende Joch nicht mehr tragen wollen, zum rücksichtslosen Gebrauch schwerster Waffen bereit ist. Wir haben uns darauf vorzubereiten.

Der Vorbereitung der Herrschenden in Westdeutschland auf immer stärkeren Terror gegen die gesamte fortschrittliche Bewegung muß heute bereits mit aller Entschlossenheit Widerstand entgegengesetzt werden. Von den Bürgerkriegsplänen der Polizei ist jeder Antifaschist, jeder Demokrat betroffen. Und jeder Demokrat ist aufgerufen, seine Stimme zu erheben und gemeinsam mit allen anderen demokratisch gesinnten Menschen alles zu tun, um den Ausbau der Polizei zur Bürgerkriegstruppe zu stoppen!

Weg mit den neuen Polizeiwaffen!

Prozeßwelle gegen Nürnberger Jugendliche rollt an

Spitzel als Zeugen der Anklage

NÜRNBERG. — Die „Ermittlungen" der Staatsanwaltschaft und der Polizei gegen die im Rahmen der Gewaltaktion vom 5.3. festgenommenen 141 meist jugendlichen Personen sind inzwischen so weit gediehen, daß in den nächsten Wochen mit der Einleitung von Prozessen gerechnet werden muß. Gegen eine Mitarbeiterin des KOMM steht ein Prozeß wegen „Falschaussage" bevor.

Ein Blick in die Ermittlungsakten aus Nürnberg beweist, daß die Polizei im KOMM Spitzel eingesetzt hatte, sicher nicht nur, aber auch an diesem Tag, dem denkwürdigen 5. März. Einer dieser Spitzel soll die Anklage wegen „Falschaussage" stützen.

Aus der Aussage dieses Agenten ergibt sich erneut, daß die Polizei in Nürnberg ihren Schlag von langer Hand vorbereitet hat.

In einem Vermerk der Kriminalpolizeiinspektion Nürnberg vom 30.3.81 heißt es unter anderem: „Am 26.3.1981, gegen 10 Uhr, kam eine dem Sachbearbeiter bekannte Person zur hiesigen Dienststelle und teilte folgendes sinngemäß mit: (...)"

Es folgen Ausführungen über den angeblichen Verlauf der Filmvorführung über Hausbesetzungen in Holland und die anschließende Diskussion über die Brutalität der Staatsgewalt und eventuelle gewaltsame Gegenwehr sowie die anschließende Demonstration. An dieser Demonstration beteiligte sich auch die genannte „dem Sachbearbeiter bekannte Person".

Der Spitzel berichtet weiter über angeblich von ihm beobachtete Gewalttätigkeiten im Verlauf des Zuges, Scheibeneinschmeißen, Bravo-Rufe usw. Über seine eigene Beteiligung schweigt er sich wohlweislich aus.

Es muß an dieser Stelle nochmals hervorgehoben werden, daß vieles dafür spricht, daß gerade die Steinwürfe von solchen Spitzeln ausgeführt bzw. provoziert wurden.

Als angebliche Demonstrationsteilnehmer denunzierte der hier genannte Spitzel „aufgrund einer Lichtbildvorlage" (!) durch die Kripo 22 Personen.

Interessant an diesem Beispiel ist auch, daß die Aussage erst am 26.3., also drei Wochen nach den Vorfällen, gemacht wurde.

Die zitierte Aktennotiz schließt mit dem Vermerk:

„Der hier bekannte Mitteiler ist ein dem Bay. Stmdl. (Bayrisches Staatsministerium des Innern — Red.) unterstellter Beamter."

Gezielte Spitzeleien und Provokationen gehören ebenso zum Arsenal der Polizeiaktionen wie die brutale, offene Gewaltanwendung — das wurde in Nürnberg einmal mehr bestätigt. Und nicht nur das — sie dienen oft der Vorbereitung eben dieser Gewalttätigkeit, der Sicherung ihrer größtmöglichen Effektivität. Und anschließend tritt dann die Staatsanwaltschaft auf den Plan, um die Opfer auch noch juristisch fertigzumachen und einzusperren. Ein vorzügliches Beispiel westdeutscher Gewaltenteilung.

Angesichts der bevorstehenden Prozesse gegen die Nürnberger Jugendlichen gilt es, die Aufklärung über die wahren Hintergründe und Begleitumstände der Massenverhaftung vom 5. März, die Solidarität mit den Verfolgten zu verstärken und den Widerstand zu organisieren, damit das Nürnberger Polizeistaats-Modell nicht Schule macht.

Wir fordern die Einstellung aller Ermittlungs- und Strafverfahren!

Dokumentation der Ereignisse und Folgen

Nürnberg, 5. März 81

Das Ergebnis zweimonatiger Arbeit eines unabhängigen Nürnberger Untersuchungsausschusses liegt jetzt vor. Eine lesenswerte Broschüre für jeden Gegner des Polizeiterrors. Bestellungen richten an:

Die Bücherkiste
Jakobstraße 26
8500 Nürnberg 1

Der Bestellung einen Verrechnungsscheck über 5,50 DM beilegen (5 DM für die Dokumentation, 0,50 DM für Porto) oder einen Fünfmarkschein und eine 50-Pf-Briefmarke.

Eventuelle Überschüsse, die aus dem Gesamtverkaufserlös erzielt werden, gehen auf das Solidaritätskonto für die Inhaftierten.



Information und Diskussion über den Nürnberger Polizeiterror lassen sich nicht unterdrücken. Ein neuer Beitrag dazu ist die Dokumentation des Ermittlungsausschusses.



Spitzel sorgt für Verurteilung:

18 Monate wegen „Meineid"

NÜRNBERG. — Inzwischen ist der Prozeß gegen die im obigen Artikel erwähnte Frau schon beendet. Das Urteil: 18 Monate Gefängnis mit Bewährung wegen „Meineid"!

Seit dem 1. April wurde diese Frau in Untersuchungshaft gehalten. Sie hatte ausgesagt, zwei Personen im KOMM gesehen zu haben, die ein Polizeispitzel auf der Demonstration in der Innenstadt beobachtet haben will. Diese Aussage des Spitzels war der Staatsanwaltschaft übrigens bekannt, als sie die Angeschuldigte zum zweiten Male verhörte, ohne daß dieser die angeblichen Erkenntnisse mitgeteilt wurden. Die Behörde wollte ganz offensichtlich ein Meineid-Urteil provozieren.

Der V-Mann der Polizei brauchte nicht vor Gericht zu erscheinen. Das Gericht lehnte eine Ladung ab, nachdem das bayrische Innenministerium erklärt hatte, sein Auftreten würde „die Aufgabe der Verbrechensbekämpfung stören, zumindest nachhaltig beeinträchtigen".

Zwei Zeugen, die die Richtigkeit der Aussage der Angeklagten bestätigten, wurden vom Richter bedroht: „Seien Sie froh, daß ich sie nicht gleich verhaften lasse!"

Gerichtlicher Segen für Polizei-Provokateur

KARLSRUHE. — Die Anstiftung eines Menschen zur Begehung einer Straftat durch einen „agent provocateur", einen Lockspitzel der Polizei, stellt grundsätzlich weder eine strafbare Handlung noch ein Verfahrenshindernis dar. Diese Entscheidung traf der Zweite Strafsenat des Bundesgerichtshofs Mitte Mai.

Damit wurde einer gängigen Praxis der Polizei der gerichtliche Segen verliehen. In dem hier verhandelten Fall ging es um ein Rauschgiftdelikt, zu dem ein Kripo-Mann einen Türken angestiftet hatte, der bei Lieferung des „Stoffs" dann festgenommen wurde.

Lockspitzel gibt es allerdings nicht nur auf diesem Gebiet. Provokateure tummeln sich in zunehmendem Maße auch auf politischem Terrain, wenn es darum geht, eine Protestbewegung in die Irre zu führen, in Mißkredit zu bringen usw. Nürnberg (vgl. obenstehenden Artikel) ist da nur ein Beispiel, andere finden sich in der Beteiligung von Polizeiagenten an Sprengstoffaktionen neofaschistischer Gruppen und anderswo.

Der kriminellen Tätigkeit der Agenten wird stets eine „strafrataufklärerische Wirkung" unterschoben, um sie gerechtfertigt erscheinen zu lassen.

Der Einsatz von Provokateuren in und gegen politische Bewegungen gehört schon immer zu den Standardmaßnahmen der Reaktion. Ein wichtiges Ziel ist es oft, um ihre Rechte kämpfende Arbeiter in gewaltsame Auseinandersetzungen mit übermächtigen Polizei oder Militäreinheiten zu treiben. Beispiele dafür gibt es in der deutschen Geschichte genug; stets kam es zu schwerwiegenden Opfern auf Seiten der Arbeiterschaft. In dem Maße, wie sich die Auseinandersetzungen, der Klassenkampf zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse in Westdeutschland zuspitzen, wird sich auch die verbrecherische Tätigkeit der „agents provocateurs" verstärken. All das wird in dem Urteil des BGH ebenfalls für rechtmäßig erklärt — kein Wunder. Alle fortschrittlichen und revolutionären Menschen müssen stets wachsam sein, um solche Agenten der Reaktion zu isolieren und unschädlich zu machen!

Wenn in dem Karlsruher Urteil auch von gewissen „Grenzen" für das Verhalten der Lockspitzel die Rede ist, so dient das nur der Verschleierung der wahren Tatbestände. Wenn der Agent mit seinem Einsatz für die Begehung einer Straftat den „Beitrag des Täters in den Hintergrund" treten lasse, dann setze sich „der Staat dem Vorwurf des arglistigen Verhaltens" aus, heißt es in der schriftlichen Urteilsbegründung. Damit kann man nichts anfangen, einen Schutz bietet es schon gar nicht. Bestärkt durch eine höchstrichterliche Entscheidung werden die zivilen Verbrecher im Staatsdienst weiter ihrem Gewerbe nachgehen.

Der Sheriff von Kesselbrink

Unter diesem Titel bringt die „Bielefelder Zeitung" einen Kommentar zum Aufstieg des Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, Heinz Helmut Schirrmacher: Er soll Polizeipräsident von Bielefeld werden.

Die „Bielefelder Zeitung" ist eine neue Stadtzeitung der KPD, die in ansprechender Aufmachung zu aktuellen Fragen des Klassenkampfes in Bielefeld Stellung nimmt und die Politik unserer Partei erläutert. In der ersten Nummer finden sich unter anderem Berichte über die Bielefelder Friedenswoche, den 1. Mai in Bielefeld, die Bielefelder SEK-Terroristen (SEK = Sondereinsatzkommando der Polizei) usw.

Hier nun der volle Wortlaut des genannten Kommentars.

Die Katze ist also aus dem Sack. Aller Voraussicht nach wird Heinz Helmut Schirrmacher neuer Polizeipräsident von Bielefeld. Ein Grund zum Aufatmen dürfte dies allerdings nicht sein. Sicher, wir kennen Schirrmacher als Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, sofern man bei diesem Standesverein überhaupt von einer Gewerkschaft sprechen kann. Und in Polizeikreisen hat er einen „nicht zu überbietenden Ruf", was immer auch darunter zu verstehen ist.

Aus seiner Vergangenheit sind inzwischen folgende Punkte bekannt: Pilot der Nazi-Wehrmacht, Polizist seit 1947, „auffallende Führungsqualitäten", Kommandeur bei der kasernierten Bereitschaftspolizei und zuletzt Landespolizeidirektor im Lande des CDU-Rechten Albrecht. Somit dürfte ein großer Teil der Verantwortung für die brutalen Polizeieinsätze bei Gorleben auch auf Schirrmachers Schultern ruhen. Was ihn aber in erster Linie vom scheidenden Funk abhebt, ist, daß er von der Pike auf Polizist ist. Schon von daher dürfte sich die rauhbeinige Truppe vom Kesselbrink bereits jetzt auf ihren neuen Sheriff freuen.

Schlecht — das sei allerdings bemerkt — ist die Bielefelder Polizei mit Funk auch nicht gefahren. Was bislang nur Oetker und den Arminen gelang, nämlich den Ruf unserer Stadt weit über die Grenzen Ostwestfalens zu tragen, Funk schaffte dies auf seine ihm eigene Methode: Kaum ein Monat in den letzten Jahren verging, ohne daß die grüne Ordnungsmacht nicht irgendwo mit dem Gummiknüppel, mit Chemical Mace oder der Pistole den Eindruck hinterließ, wir lebten nicht in einer freundlichen Stadt am Teutoburger Wald, sondern irgendwo bei Dodge City im Wilden Westen.

Günter Gerke, Chefkommentator bei der „Neuen Westfälischen", versuchte darum schon beim Leser Geschehenes vergessen zu machen. Gerke als SPD-Mann muß wohl von der Berufung Schirrmachers früh gewußt haben, denn er setzte in seinem Kommentar alle Hoffnung „auf den neuen Mann". Ein Begrüßungsbonbon für den „Genossen Polizeipräsidenten" gewissermaßen... Gerkes Hoffnungen sind jedoch weder ehrlich gemeint noch berechtigt. Denn die Polizei ist nicht so gut oder so schlecht wie ihre Präsidenten. Sie ist der Ordnungsbüttel dieses Staates, eines Staates, mit dem sich immer weniger Menschen identifizieren. Eines Staates, der, von den Protesten seiner Bürger immer öfters in die Enge getrieben, seine Polizeimacht immer häufiger gegen die einsetzt, die er zu schützen vorgibt.

sme

Erste Spezialeinheiten für „Pershing II" in Westdeutschland eingetroffen

Sitzstreik vor dem Kasernentor

Atomraketengegner kündigen massive Aktionen an

ARSBECK (Volkskorrespondenz). — Arsbeck, das ist ein idyllisches, 2500 Einwohner zählendes Städtchen im Kreis Heinsberg, in der Nähe von Mönchengladbach.



Rund 800 Menschen beteiligten sich an der schnell organisierten Aktion

In der dortigen Raketen-Stellung, die dem Bundeswehr-Flugkörpergeschwader 2 in Geilenkirchen-Teveren untersteht, sind neun der 36 Pershing 1 A des Geschwaders unter Aufsicht von 290 US-Soldaten ständig einsatzbereit. Und hier sollen auch, nach Informationen von Oberst Basse (Flugkörpergeschwader 2), 36 Pershing II bis 1983 stationiert werden.

Am 27.5. wurde eine erste US-Spezialeinheit für die Pershing II nach Arsbeck verlegt. Dies erfuhren wir allerdings erst wenige Tage vorher.

Obwohl noch am 27.5. u.a. die „Rheinische Post" auf der ersten Seite ein Dementi der Bundeswehr veröffentlichte, hatten sich am Abend ca. 800 Demonstranten in Arsbeck eingefunden.

Völlig zu Recht, wie sich bald herausstellte, hatten sie dem Dementi der Bundeswehr keinen Glauben geschenkt. Denn ein Anwohner, der nur wenige hundert Meter von der Stellung entfernt wohnt, berichtete, daß er am gleichen Tag gegen 5 Uhr morgens einen „ungewöhnlich großen Militärkonvoi" in Richtung der Raketenstellung hatte fahren sehen...

Gegen 18.30 Uhr begann auf dem Marktplatz in Arsbeck die Kundgebung, auf der u.a. Bernhard Rehaag, Sprecher der vor drei Wochen gegründeten Bürgerinitiative "Grenzland für Abrüstung und Frieden" und der Bundesvorsitzende der DFG/VK sprachen. Erfreulich war die rege Beteiligung von Genossen der KPD, der KJD und der VOLKSFRONT. Wir verteilten viele Friedenspläne der Partei und konnten eine ganze Reihe „Roter Morgen" verkaufen.

Dann begann die Demonstration die B 221 entlang. Als wir allerdings an die Einfahrt zur Raketenstellung kamen, zogen wir nicht wie vorgesehen geradeaus weiter, sonder rechts rein, durch einen kleinen Wald vor das Tor der Stellung. Dort ließen wir uns zu einem einstündigen Sitzstreik nieder.

Wer hier allerdings ein großes Polizeiaufgebot erwartet hatte,wie man es z.B. von Anit-AKW-Demonstrationen her kennt, wurde zunächst „enttäuscht": Nur ca. 15 Polizisten standen zum Schutz vor dem Tor. Der Grund dafür wurde dann aber schnell klar. Direkt hinter dem Tor lag, geschützt durch einen Haufen Sandsäcke, ein Maschinengewehrschütze in Stellung, das MG auf die Demonstranten gerichtet.

Einige Vertreter des Kölner „Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" hielten nun kurze Reden. Dazwischen immer wieder Parolen: „Hopp,-hopp-hopp — Atomraketen stopp", „Keine Moneten für Atomraketen" und die Rufe „Ami go home", die den Älteren unter uns noch aus den 50er Jahren bekannt waren. Unter großem Beifall wurde die US-Flagge, Symbol der verhaßten Besatzerarmee, verbrannt.

Danach ging es gegen 21.00 Uhr wieder zurück nach Arsbeck. Besonders positiv war die Beteiligung vieler Arsbecker Bürger an der Demonstration. Auf dem Rückweg rief jemand aus dem Fenster: „Dann bis zum 27." Das war zum Abschluß das Motto: Am 27.6. treffen wir uns alle wieder in Arsbeck, aber dann besser vorbereitet und mit viel mehr Leuten.

Arsbeck am Niederrhein und Ramstein in der Pfalz, diese beiden Orte werden in den nächsten Monaten in unserem Land bekannt werden, als Symbole für den kampf der westdeutschen Friedensbewegung gegen die Stationierung der neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen.

Die Fahne der USA wurde aus Protest verbrannt

SOLDATENSEMINAR
der Kommunistischen Jugend Deutschlands
am Samstag den 20. Juni 1981 in Bielefeld



Folgende Themen werden dort besprochen:

- Antikriegstag — was könne wir Solaten dazu machen?
- Roter Marder — wie ist die erste Ausgabe bei den Soldaten angekommen? Was können wir verbessern?
- Erfahrungsaustausch über die Arbeit in den Kasernen
- Aktionsprogramm „Rührt euch" — Es soll überarbeitet werden, macht Vorschläge!

Das Seminar beginnt um 10 Uhr und dauert voraussichtlich bis 18 Uhr. Anschließend wird der Film gezeigt: Paul Jakobs und die Atombande (ein toffter Streifen!!!). Für Übernachtungsmöglichkeiten in Bielefeld ist gesorgt.

Eingeladen sind alle Soldaten, alle Reservisten, diejenigen, die demnächst zum Bund müssen und alle, die sich für die oben erwähnten Fragen interessieren — **auch Frauen!!!**

Anmeldung bei: Redaktion Roter Marder c/o KJD, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.

Neuerscheinung!



Bestellungen an: Verlag Roter Morgen, Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30

Liebe „Roter-Morgen"-Leser,

als kommunistische Zeitung erhält der „Rote Morgen" keinerlei Anzeigenaufträge der Wirtschaft. Er muß allein aus dem Verkauf und den Spenden seiner Leser finanziert werden. Die galoppierende Teuerung trifft uns hart. Nicht jeden Anstieg unserer Kosten können und wollen wir an unsere Leser weitergeben. Denn wir wollen, daß der „Rote Morgen" mehr und nicht weniger gelesen wird. Wir bitten Euch deshalb:

SPENDET FÜR DEN „ROTEN MORGEN"!

Spenden bitte überweisen auf folgende Konten:
KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30
PSchKto: PSchA Dortmund (BLZ 44010046)
Kto-Nr. 6420 — 467
Bank: Stadtsparkasse Dortmund
(BLZ 44050199) Kto.Nr. 321004547

Spenden für den „Roten Morgen" als Zentralorgan der KPD sind bei der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer steuerlich absetzbar. Höchstgrenzen: Ledige 1800,— DM im Jahr, Ehepaare 3600,— DM im Jahr. Auf Wunsch versenden wir an die Spender Spendenbescheinigungen.

Spenden für den Roten Morgen

Seit dem 10. April sind folgende Spenden für den Roten Morgen bei uns eingegangen:

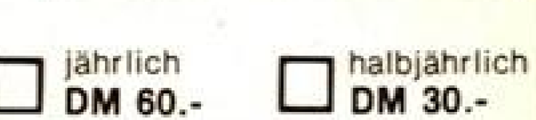
KPD Buxtehude	400,—
R.W., Wien	50,—
Bayer-Zelle, Leverkusen	120,—
W.K., Essen	60,—
A.J. München	100,—
KPD Hamburg-Unterelbe	220,—
1.-Mai-Veranstaltung Hamburg	465,—
KPD Bielefeld	166,35
KPD Bremen	41,66
S.L., Kiel	100,—
Zelle Köln-Mülheim	82,—
P.K., München	1.000,—
1.-Mai-Veranstaltung Westberlin	744,06
A.K., Essen	150,—
Zelle HH-Mümmelsmannsberg	200,—
über Buchladen RM, Westberlin	400,—
H.R., Westberlin	300,—
1.-Mai-Veranstaltung Düsseldorf	75,—
1.-Mai-Veranstaltung Bielefeld	75,—
A.K., Essen	50,—
KPD Tübingen	100,—
P.u.M., Tübingen	500,—
Bayer-Zelle, Leverkusen	330,—
KPD Singen	113,10
H.B., Bonn	100,—
H.J.K.	20,—
insgesamt	DM 5.962,17

Damit gingen seit Februar DM 15.396,82 an Spenden für den Roten Morgen bei uns ein. Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. ......

☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer



Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Andernfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... Unterschrift: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

Grundsätze der Kommunistischen Studenten

(Auszüge)

Wir studieren, weil wir Lehrer, Ärzte, Naturwissenschaftler, Ingenieure, Juristen werden wollen. Wir studieren, weil es uns wichtig ist, uns mit dem, was Menschen an Wissen, Erkenntnissen und Gesetzmäßigkeiten entdeckten und entwickelten, auseinanderzusetzen.

Diesem Interesse steht jedoch die Wirklichkeit an bundesdeutschen Hochschulen gegenüber.

Allein der äußere Rahmen, der Aufbau von Hochschule und Studium sind Hemmnisse: Numerus clausus, die verschiedensten Ausleseverfahren machen Chancengleichheit zu einem leeren Wort. Vorlesungen, in denen man kein Wort versteht, riesige Klausurdurchfallquoten in den naturwissenschaftlichen Fächern, oftmals völlig wirklichkeitsfremde Theorienlenerei und Abgehobenheit vom praktischen Leben oder stures Faktenlernen, Überfüllung von Seminaren, unsichere finanzielle Absicherung sind heutige Studienrealität.

Dazu kommt nach dem Studium drohende Arbeitslosigkeit. Aber gibt es wirklich zuviele von uns? Was ist zum Beispiel mit den übergroßen Schulklassen, was mit der oftmals ungenügenden medizinischen Versorgung der Bevölkerung?

Wissen ist Macht, aber Macht für wen?

Heute werden Milliarden für die Entwicklung der Rüstungstechnologie ausgegeben, andererseits gibt es Millionen hungernder Menschen.

Heute bietet die Computertechnik die Möglichkeit zur Befreiung von stupider Arbeit, führt aber unter kapitalistischen Verhältnissen zu größerer Eintönigkeit am Arbeitsplatz und Massenarbeitslosigkeit.

Es besteht also ein Widerspruch zwischen den Möglichkeiten, die der heutige Stand der Wissenschaft erlaubt und der Unfähigkeit der Bourgeoisie, diese Erkenntnisse zum Wohle der Menschheit zu nutzen.

Es gibt also keine Wissenschaft „an sich". (...)

Die herrschende Ideologie ist die Ideologie der Herrschenden

Notwendigerweise läuft unser Studium ähnlich ab. In dem, was wir vermittelt bekommen, in Methoden und Theorien, aber auch in dem, was wir nicht lernen, wirkt das kapitalistische Rentabilitätsprinzip. (...)

Es ist somit die Fortdauer der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die zu einer Fessel und schweren Schädigung der Entwicklung von Technik, Kunst, Wissenschaft, Kultur und Studium geworden ist.

Das drückt sich auch in den Verschärfungen der Studienbedingungen aus: So sind Bafög-Kürzungen nicht nur Sparmaßnahmen, sondern tragen auch dazu bei, Studenten aus Arbeiterfamilien, die auf das Bafög-Geld angewiesen sind, herauszusieben; Prüfungsverschärfungen sind nicht bloße Schikanen, sondern sollen die Beschäftigung mit gesellschaftlichen Zusammenhängen, die im Studium ohnehin nicht vorgesehen sind, auch für jeden einzelnen unmöglich machen, weil er keine Zeit mehr dafür hat, sich mit nicht „prüfungsrelevanten" Fragen auseinanderzusetzen. Chancenungleichheit in der Teilhabe am Studium, Selektion und Konkurrenzkampf im Studium, stumpfsinniges Auswendiglernen von Formeln, Praxisfremdheit, das alles hat seine Ursache in der kapitalistischen Proktion.

Auf welcher Seite stehst du?

Es ist eine sehr alte und doch hochaktuelle Frage — die Frage der Verantwortung derjenigen, die die Möglichkeit haben, in unserem Land an Wissen teilzunehmen.

Wollen wir uns als reibungslose Rädchen im Getriebe bürgerlicher Wissensfabrik Hochschule einfügen, indem wir uns ducken, Fragen nach den Ursachen verbieten lassen, uns einketten lassen in „Sachzwänge", die in Wahrheit Profitzwänge sind? Sollen wir zum nutzen und im Interesse einer Handvoll Schmarotzer akzeptieren, daß das oberste Gesetz für Wissenschaft das kapitalistische Rentabilitätsprinzip ist?

Sollen wir uns mit der uns zugedachten Funktion als spätere Akademiker identifizieren? (...)

Unsere Antwort — Sozialismus

Wir sind für sinnvolles Studium, für die breite Beteiligung des Volkes an Bildung, Ausbildung und Forschung, dafür, daß Studium kein Privileg mehr ist, bei dem die Masse ausgeschlossen bleibt.

Wir sind für eine Wissenschaft und ein Studium, in dem der Mensch im Mittelpunkt steht und die zum Nutzen und Wohlergehen für die übergroße Mehrheit des Volkes betrieben wird.

Doch das ist unter dem Kapitalismus unmöglich. Erst wenn die Macht des Kapitals gebrochen ist, das Privateigentum an den Produktionsmitteln vergesellschaftet ist, erst im Sozialismus können sich Hochschule, Studium, Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur zum Nutzen der Mehrheit frei entfalten.

Die Herrschenden treten nicht freiwillig ab. Sie haben Staatsapparat, Polizei, Armee und Justiz, um ihre Ausbeuterordnung bis zum letzten zu verteidigen. Deshalb werden wir unser Ziel ohne die sozialistische Revolution nicht erreichen.

Heute schon anpacken

Unser Ziel ist der Sozialismus und die klassenlose Gesellschaft, der Kommunismus.

Doch wir sind keine Seminarmarxisten, die sich an einem Fernziel berauschen, sondern wir packen konkret an.

Jede Maßnahme, die die ohnehin miserablen Studienbedingungen verschlechtert, greifen wir an. Versuche der inhaltlichen Gleichschaltung und Zensur im Studium bekämpfen wir. Wir sehen uns als Teil der fortschrittlichen und demokratischen Studentenbewegung, die ihre Rechte verteidigt.

Ebenso verstehen wir uns als Teil der antifaschistischen und demokratischen Bewegung in der BRD, die gegen die zunehmende Faschisierung, den Abbau demokratischer Rechte und die wachsende Kriegsgefahr kämpft. (...)

Wie Studenten leben

Auf dem 1. Kongreß der „Kommunistischen Studenten" hielt die Hochschulabteilung des Zentralkomitees der KPD ein Grundsatzreferat, in dem auch auf die Lage der Studenten heute eingegangen wird und dem Märchen der faulen, wohllebenden Studenten entgegengetreten wird. Wir veröffentlichen im folgenden eine kurze Zusammenfassung dieser Lagebeschreibung.

Student sein 1981, heißt

von Beginn des Studiums an Unsicherheit darüber, ob und was man studieren soll, denn wer weiß schon, ob er nach dem Examen eine Stelle bekommt, oder ob das jahrelange Studieren nicht für die Arbeitslosigkeit war. Besonders für Lehrer kommt in den nächsten Jahren eine Arbeitslosigkeit von Massenumfang auf uns zu: bis 1983 werden 23 000 Lehrerstellen laut Beschluß der Länder-Finanzminister gestrichen, die GEW schätzte sogar bis 1985 100 000 arbeitslose Lehrer.

Student sein 1981, heißt

durch die Aufsplitterung der Wissenschaften und die immer größere Spezialisierung der Lehrvermittlung die Sachen nicht zu verstehen, auch fachintern keinen Überblick zu bekommen. Ganz zu schweigen davon, daß gesellschaftliche Bezugspunkte, um das gelernte und eigene Fach einordnen zu können, völlig fehlen.

Steigende Klausurdurchfallquoten, in Ingenieur- und Naturwissenschaften nicht selten bis 50 Prozent und höher, sind harte Brocken und führen zu Studienfachwechsel, Studienabbruch, Bafög-Streichung in den ersten Semestern.

Die begonnenen Zentralisierungen von Prüfungsverfahren werden damit begründet, daß „die Zahl der Bewerber (...) in Zukunft (...) die Einstellungsmöglichkeiten übersteigen wird" — die Besten kommen durch, die anderen bleiben auf der Strecke.

Vielen Studenten erscheint die Wissenschaft als übermächtiges Monster, welches nur durch erhöhtes individuelles Pauken zu besiegen ist.

Student sein 1981, das heißt ebenfalls

kein ausreichendes Geld zum Leben. 39 Prozent aller Studenten arbeiten ganzjährig neben dem Studium, 49 Prozent jobben während der Semesterferien, jeder achte Student ist verschuldet.

Obwohl die Lebenshaltungskosten seit der letzten Bafög-Erhöhung offiziell um 11 Prozent gestiegen sind, will der Bund die für 1981 geplante Erhöhung auf 1982 verschieben und bis dahin sogar durch das Einfrieren des Bafög-Pottes auf 2,4 Mrd. den Kreis der Bafög-Empfänger einschränken. Seit 1973 sank ständig der Anteil von Studenten, die Bafög bekamen, allein seit 1976 um 5 Prozent, und das, obwohl seit dieser Zeit mehr Arbeiterkinder und Kinder kleiner Angestellter an die Hochschulen kamen.

Student sein 1981, heißt

keine Wohnung zu haben oder nur teure. Obwohl die Wohnheimplätze viel zu knapp sind, will der Bund sich schrittweise völlig aus der Subventionierung herausziehen. Besonders zum WS 81/82 werden die Studenten also, wie vor einem Jahr, im wahrsten Sinne auf der Straße stehen.

Aber nicht nur auf die soziale und materielle Lage drückt die rigorose Rotstiftpolitik:

220 Millionen Mark kürzt der Bund für den Hochschulausbau jährlich. Die Länder ziehen nach (Niedersachsen will 300 Mio. kürzen, NRW erklärte den Nullstellenplan und die Kürzung von 100 Mio. Studentenwerkssubventionen, Schleswig-Holstein will 2 Mio. an Sachmitteln kürzen, Hessen kürzt 22 Mio., Bremen 60 Prozent seiner bisherigen Haushaltsmittel usw.)

Das sind Zahlen, die bedeuten, daß in den nächsten Semestern die Überfüllung an den Hochschulen Ausmaße erreichen wird, wogegen die jetzigen Zustände paradiesisch sind. Und heute sind sie das auch schon nicht: Über 1 Million Studenten müssen sich 750 000 Studienplätze teilen. Allein die Uni Hamburg ist zu 50 Prozent überbelegt.

Wartelisten für Laborplätze, Exkursionen und Praktika, Losungen um Seminarplätze, Schlange stehen, um einen Schein machen zu können, Seminare nehmen müssen, die man noch bekommt, unabhängig welches Thema, oder in Seminaren und Übungen mit 100 und mehr Kommilitonen zu hocken, daß ist heute schon vielerorts Realität.

Mit dem WS 81/82, wenn statt 300 000 wie vor einem Jahr 500 000 Erstsemester an die Hochschulen kommen, werden solche Erscheinungen sich noch mal verbreiten, und das einzige, was als „Lösung" angeboten wird, ist die Wiedereinführung des NC. So plant Hamburg zum WS 81/82 den totalen NC, Baden-Württember will ein Drittel seiner Lehramtsstudienplätze streichen.

Student sein 1981, heißt nicht zuletzt

Verbot von Fachschaften und ASten mit politischem Mandat, Ordnungsrecht, Zensur, ungebrochene Berufsverbotepraxis. D.h. Gesetze, die das Studium ausdrücklich auf die Staatsloyalität, die FDGO, verpflichten. D.h. eine Studienreform, die die inhaltliche Gleichschaltung des Studiums vorantreibt.

Bundesweiter Streik der Medizinstudenten vom 4. - 8. Mai

Am Donnerstag, dem 7. Mai, demonstrierten wir — über 8000 Medizinstudenten aus allen Teilen der BRD — in Bonn. Diese Demonstration und ein bundesweiter Streik vom 4.-8. Mai bilden den vorläufigen Höhepunkt unseres Kampfes gegen Prüfungsverschärfungen!



Die große Demonstration der Medizinstudenten am 7. Mai

Im März hatten zwei von drei Studenten die erste zentrale Prüfung während des Studiums — das Physikum — nicht geschafft. Dieser Hammer der Bürokratie im Auftrag des Kapitals brachte das Faß zum Überschwappen. Schlag auf Schlag folgten Aktionen der Medizinstudenten: Besetzungen, sit ins vor Prüfungsämtern und Gesundheitsbehörden, Demonstrationen in Berlin, Mainz und Düsseldorf. Die Dachorganisation der Medizinstudenten, die VDS-Fachtagung Medizin, stellte ein Ultimatum, u.a. die 18-Prozent-Gleitklausel (18 Prozent unter dem Durchschnitt bestehen dann auch noch) als unsere wichtigste Forderung sofort wiedereinzuführen. Die Konferenz der Gesundheitsminister vom 28.4. vertagte die Entscheidung erst einmal auf den 13.5. nach dem Motto: reden, „verhandeln", nichtssagende Erklärungen abgeben und die Wogen glätten.

Als einzig richtige Antwort darauf wurde bundesweit eine Urabstimmung über einen einwöchigen Warnstreik durchgeführt. Vom 4. bis 8. Mai wurde in Aachen, Bochum, Bremen, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg ... in insgesamt 12 Städten gestreikt! An weiteren zehn Hochschulen wurden Aktionstage gegen den Prüfungsterror durchgeführt! Während der Streikwoche bildete die Demonstration in Bonn den vorläufigen Höhepunkt: 8 000 Medizinstudenten belagerten das zuständige Bundesministerium. Immer wieder forderten Sprechchöre, wie „Huber raus", die Bundesministerin zur Stellungnahme auf. Erst nach 45 Minuten kam sie — im Pulk von Leibwächtern — aus ihrer Polizeifestung. Wir hatten den Eindruck einer „Vorstellung" aus dem Kaiserreich: ein Minister läßt sich herab, zum Fußvolk zu sprechen. Sie erklärte sich bereit, mit einer Delegation zu verhandeln, war dann nach zehn Minuten jedoch zu Wilhelmine Lübkes Beerdigung entschwunden. Eine Sauerei, die wohl manchem Studenten die Augen öffnen wird über unseren Staat!

Wir kommunistischen Medizinstudenten verteilten in Bonn ein Flugblatt unseres neu gegründeten Studentenverbandes der KPD: „Schluß mit dem Prüfungsterror! Unsere Sofortforderungen durchsetzen! Wir (...) werden uns mit aller Kraft für eine starke antikapitalistische Einheit der Mehrheit der Studenten einsetzen, um machtvoll für unsere Interessen zu kämpfen."

Jeder kennt als Patient das stundenlange Warten in den Arztpraxen, die 2-Minuten-Visiten im Krankenhaus, die „Bettenberge" auf den Krankenhausfluren, die katastrophale ärztliche Versorgung auf dem Lande und in Arbeitervierteln. Allein 20 000 Krankenhausärzte fehlen! Dem gegenüber steht das Gerede der reaktionären Standesverbände von der drohenden „Ärzteschwemme", die Rotstiftpolitik à la Strauß der SPD/FDP-Regierung im Bildungs- und Sozialbereich.

Wir fortschrittlichen und kommunistischen Medizinstudenten werden gegen diese Angriffe der Herrschenden kämpfen! Wir sind gegen Prüfungsverschärfungen, gegen Computerprüfungen und Angriffe auf unsere soziale und finanzielle Lage!

Wir sind für sinnvolles Lernen, für eine Medizin im Dienste unseres Volkes, der werktätigen Bevölkerung!

Schluß mit dem Prüfungsterror!

Sofortige und rückwirkende Wiedereinführung der 18-Prozent-Gleitklausel!

Warum ein kommunistischer Studentenverband?

Bisher gab es im kommunistischen Jugendverband der KPD auch Studentengruppen. Warum nun die Gründung einer eigenen kommunistischen Studentenorganisation?

Die Tatsache, daß die Studenten bisher im kommunistischen Jugendverband organisiert waren, stellte sich in gewisser Weise als Belastung für die Arbeit dar. Gemeinsam organisiert sollten die Studenten deshalb mit den anderen Jugendlichen werden, weil man davon ausging, daß sie ein Teil der Jugend sind. Was richtig ist, insofern, als sie noch nicht im Berufsleben stehen, sondern sich noch in der Ausbildung befinden — und dort, zumindest teilweise, wie man gerade heute sehen kann, von denselben politischen Maßnahmen betroffen sind, wie etwa die Schüler.

Als Belastung für beide Teile des Verbandes erwies sich diese Vorgehensweise aber deshalb, weil trotz dieser Gemeinsamkeiten die Unterschiede zwischen den Studenten und der werktätigen Jugend und auch der Schuljugend doch größer sind als die Gemeinsamkeiten.

Und dies nicht nur etwa wegen des Alters, sondern wegen der gesamten politisch und wirtschaftlich unterschiedlichen Lage, wegen des gesamten Lebensunterschieds zwischen der Universitäten und den Schulen und Betrieben.

So mußten von ein und demselben Verband faktisch zwei weitgehend unterschiedliche Aufgaben gemeistert werden, was sich einfach als zu schwierig herausstellte, als eben die genannte Belastung für beide Teile.

Darunter litt die organisierte Arbeit, der Kampf der kommunistischen Studenten an den Universitäten. Und gerade jetzt, angesichts eines neuen Aufschwungs der Kämpfe der Studenten, erscheint es politisch um so wichtiger, dort einzugreifen, deshalb eine eigene kommunistische Studentenorganisation.

„Und wenn nur ein Todesurteil weniger vollstreckt wird, dann haben wir unser Ziel erreicht"

Streiflichter vom Europamarsch des Komitees „Freiheit für die Türkei"

Offenburger Holzhammermethoden

Samstag früh geht's mit dem Zug nach Offenburg. Hier findet am vormittag eine Demonstration durch die Innenstadt statt, nachmittags ein Folklorefest im Bürgerpark, abends Übernachtung in einer Sporthalle. Das Vorgeplänkel mit den Behörden ist das übliche. Nachmittags dürfen wir die Toiletten einer Schule benutzen. Kostenpunkt: 500,— Mark — Ja, wenn so viele Türken auf's Klo gehen, dann muß man schon zwei Frauen zehn Stunden beschäftigen ... Das Problem schaffen wir bald aus der Welt, „stellen Sie sich doch nur vor, wir würden auf die Benutzung dieses Klos ganz verzichten". Na ja, es geht also. Wir brauchen nur die reinen Unkosten zu tragen. Bei der Halle das gleiche Spielchen: 500,— Mark für eine Übernachtung. Hier müssen wir erst mit Hilfe der örtlichen Jusos den Oberbürgermeister aktivieren. Nein, einen Empfang gibt es nicht, aber dafür Preisermäßigung. Diese wohlwollende Behandlung der deutschen Behörden wird uns ewig in Erinnerung bleiben.

Die Krone setzen dann die örtlichen Polizisten auf: Sie haben die wahrlich großartige Idee, den Demonstrationszug nach Waffen durchsuchen zu lassen ... Außerdem sind einige zivile Fotografen unterwegs.

Ansonsten ist alles prima. Es ist mit ca. 250 Teilnehmern der größte Demonstrationszug in Offenburg seit je. Die örtliche Presse berichtet — wie in allen anderen Städten — sehr objektiv und wohlwollend. Am nächsten Tag werden eine ganze Reihe türkischer Antifaschisten mit uns nach Kehl marschieren.

Und wie schon in Bruchsal: der Hausmeister der Halle schließt auf eigene Initiative die Duschen auf. Die Stadt hatte dies nicht für nötig befunden. Er teilt uns außerdem mit, daß diese Halle im Volksmund die „Schweinehalle" heißt, wegen der Viehversteigerungen, die dort sonst stattfinden. Das bestärkt uns in dem Gedanken, die wir uns so im Verlauf des Marsches gemacht haben: über die Solidarität der großen Leute und über die Solidarität der kleinen Leute. Offenburger Antifaschisten besorgen noch etwa 20 Nachtquartiere für die, die keine Luftmatratze haben und nicht gut auf dem Betonboden schlafen können ...

Kehl: Die Ankunft

Ein strahlender Frühlingssonntag, wir marschieren durch die kleinen Ortschaften zu unserem letzten Ziel: nach Kehl. Eigentlich sollte es ja nach Straßburg gehen, aber die französischen Behörden verlangen von türkischen Staatsbürgern ein Visum. Also werden wir hier, einige hundert Meter von der Grenze entfernt, versuchen, auf die Entscheidung des Europarates Einfluß zu nehmen.

Eine Bombendrohung liegt auch vor. Die Einsatzleitung der Polizei ist etwas verwirrt; in ihren Sicherheitsvorkehrungen gehen sie soweit, daß sie den verantwortlichen türkischen Kollegen, die nach Kehl vorausgefahren waren, nun nicht mehr sagen wollen, wo sich der Zug befindet.

Wir nehmen diese Bombendrohung nicht so ernst. Wir glauben nicht, daß die Faschisten gerade diesen Zug, zu diesem Anlaß, angreifen werden. Das würde ja gerade ihr wahres Gesicht zeigen, würde bei der anstehenden Entscheidung im Europarat negative Auswirkungen haben.

Uns machen dabei andere Umstände Sorgen. Diese Bombendrohung wird wieder zu unserem „Schutz" herhalten, was Auflagen bedeutet. Aber noch mehr: Die öffentliche Meinung, wie sie von den deutschen Behörden gemacht wird. Da sind also die linken Türken, und da muß man eben mit Bomben rechnen. Und wenn die Rechten marschieren, dann betreiben sie das Gleiche, dann ist eben von unserer Seite mit Bomben zu rechnen. Diese scheinbare Ausgewogenheit, diese Mitte zwischen den Extremen, ist so verlogen und irreführend.

Als Beispiel dazu die Lokalberichterstattung der Kehler Zeitung. Da erscheint vor unserer Ankunft ein Artikel unter der Überschrift: „Kehler Türken gegen Europamarsch". Einmal davon abgesehen, daß wir uns darüber freuen, daß der Herr Lokalredakteur nun sein Herz für „seine" Türken entdeckt hat, das Ganze entpuppt sich als Windei: Zwei Personen sind zu ihm gekommen und haben sich gegen unseren Marsch ausgesprochen. Sie haben ihn aufgefordert, auch über ihr Anliegen — das der Militärjunta — zu berichten. Und er tat's, rührte ein wenig den Brei an und versuchte so die Kehler Bevölkerung vorbereitet: Über die Haltung zur Türkei kann man sich streiten, unsere hauseigenen Türken, die ja so gut arbeiten, sind dagegen, also Vorsicht! Nun, wir haben eine Woche Gelegenheit, um der Kehler Bevölkerung vorzustellen, sie kann sich selbst ein Urteil bilden!

Der Hungerstreik

Am Sonntag abend beschließt die Vollversammlung der Teilnehmer des Europamarsches, in den Hungerstreik zu treten. Durch diesen persönlichen Einsatz wollen wir die Öffentlichkeit nachhaltig auf die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei hinweisen. Unsere Forderung lautet: Ausschluß der Türkei aus dem Europarat! Unser konkretes Ziel ist es, daß eine Delegation von uns in Strassbourg empfangen wird.

Und dies wird ein richtiger Hungerstreik! Keiner mit Joghurt und anderen Flüssignahrungen. Alle halten durch. In den nächsten vier Tagen genießen wir einzig und allein die verschiedenen Kräuter- und Früchtetees, die so auf dem Markt sind. Bis zu drei Liter Flüssigkeit muß man am Tag zu sich nehmen. Aber nachträglich gesehen: das war keine schwere Sache. Du wirst beflügelt durch den gemeinsamen Willen und die gemeinsame Aktion. Das setzt ganz andere Kräfte frei als sie je bei einer individuellen Abmagerungskur für die schlanke Linie wach werden könnten. Es ist unser Kampf, für eine gerechte Sache.

Solidarität in Kehl

Wie gehabt: die Stadt unterstützt uns überhaupt nicht. Keine Matratze, kein Tisch, kein Stuhl. Ganz ängstlich vermeidet man alles, was irgendwie nach Parteinahme aussehen könnte.

Aber dafür kommen andere. Heiderose und Erwin von den Sozialdemokraten, Peter und die anderen Mitglieder der Grünen, Mitglieder der DFG, Jugendliche, die Schülerzeitung des örtlichen Gymnasiums und viele andere. Sie kommen nicht nur einmal, sondern Tag für Tag, unterstützen uns, bringen Geld, Matratzen und Decken, tauschen die neusten Stories über die Stadtverwaltung aus und erkundigen sich nach unserem Zustand. Es ist keine einseitige Solidarität, nein, auch wir machen ihnen Mut. Endlich, in Kehl tut sich was. Dieser gemeinsame Wunsch, daß die Unentschlossenen und Halbherzigen aufgerüttelt werden. Solidarität mit den türkischen Demokraten, das bedeutet Solidarität mit dem Kampf der deutschen Demokraten. Es ist die gleiche Sache und dazu bedarf es keiner theoretischen Abhandlung.

Erwin nimmt uns auf einen Ausländerarbeitskreis der SPD in Offenburg mit. Sie beschäftigen sich mit der Frage der Ausländerbeiräte.

Und sie sind ganz begeistert, nun mit engagierten Ausländern über dieses Thema zu sprechen. Diese Diskussion bringt den Genossen von der SPD schon einiges. Cafer und Yenap unterstützen ihre Bemühungen, wiesen gleichzeitig auf die beschränkten Rechte dieser Ausländerbeiräte hin und daß es darauf ankommt, konkrete Arbeit zu leisten.

Und uns bringt es viel. Sehen wir doch, daß unsere einmalige große Aktion gegen die Junta fortgesetzt werden wird und werden muß in den Tageskämpfen hier: gegen die Schulbücher der türkischen Junta, für eine gleichberechtigte Erziehung der ausländischen Jugendlichen, gegen die Tolerierung der Grauen Wölfe durch die Behörden.

Da tut es auch keinen Abbruch, wenn die anwesende SPD-Stadträtin in Bezug auf meine Person plötzlich ein Statement abgibt: mit Kommunisten gibt es keine Zusammenarbeit. Erwin antwortet nur: „Aber wenn sie so tolle Aktionen unterstützen." Nachher bekomme ich von den anderen Anwesenden noch Geld in die Hand gedrückt — für diese tolle Aktion!

Auch Norbert darf ich nicht vergessen. Norbert ist Arbeiter im Stahlwerk in Kehl. Er ist einer, dem die Knochenarbeit, der zähe Alltagstrott nicht das Gespür genommen hat für das Besondere, für die Aktion, die seiner Klasse dient. Er ist unser Nachbar und kommt jeden Tag. 100 Mark spendet er, das ist aber nicht das wichtigste. „Ich bin für Euch da", sagt er, „wenn ihr mich braucht."

Die Europa-Parlamentarier kommen

Zugegeben: etwas blauäugig haben wir unser Einwirken auf den Europarat schon vorbereitet. Die Türken kommen ohne Visum gar nicht nach Frankreich. Zur Durchführung einer Pressekonferenz ist es zu spät. In dieser Woche tagt schon die Vollversammlung, Delegationen werden gar nicht mehr angehört. Aber man lernt ja schließlich aus Fehlern! So fahren wir Deutschen nach Strassburg. Werden von der SPD-Delegation empfangen (sonst kommt man gar nicht ins Gebäude rein).

Es ist schon etwas grotesk, diese Diskussion mit den Parlamentariern der SPD. Sitzen doch am gleichen Tisch Leute zusammen, die die Rückkehr zur Demokratie der Junta anvertrauen und Leute, die dieser Junta gar nicht mehr über den Weg trauen. Aber eins wird deutlich: die nachhaltigen Aktionen der europäischen Öffentlichkeit haben bei den Unentschlossenen einen Sinneswandel herbeigeführt. Sie sehen sich von den türkischen Faschisten hinters Licht geführt. Keine einzige Verbesserung ist seit Januar eingetreten, im Gegenteil, neue, schlimmere Gesetze sind hinzugekommen. (So z.B. die Ausbürgerung von türkischen Demokraten, die im Ausland leben).

Und kurz entschlossen fahren drei deutsche Sozialdemokraten und ein belgischer Sozialist mit uns nach Kehl! Hier schlagen die Wogen hoch, die Europaparlamentarier versichern, daß sie für den Ausschluß der Junta stimmen werden. Belgisch, türkisch, deutsch — die Übersetzung klappt, aber auch ohne sie könnte man alles verstehen. Die Stimmung ist gut und steigert offensichtlich die Bereitschaft der Abgeordneten, sich für unsere Sache einzusetzen.

Am Donnerstag abend fällt dann die Entscheidung: der Europarat verabschiedet eine Resolution, die die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei anprangert. Die türkischen Parlamentarier werden bis zur nächsten Sitzung beurlaubt.

Die Türkei ist zwar nicht ausgeschlossen, aber ein wichtiger Teilschritt ist erreicht. Die Militärs verlassen nicht als Saubermänner die Bühne. Weitere Todesurteile zu vollstrecken, wird ihnen momentan schwerfallen. Die Diskussion über die Türkeihilfe — insbesonders in Deutschland — wird neuen Zündstoff erhalten.

Dies ist ein Erfolg von uns. Ganz spontan — ohne gründliche Analyse — begreifen das alle. In der alten Markthalle in Kehl wird getanzt und gelacht. Nein, es war nicht umsonst — 250 Kilometer zu Fuß, vier Tage Hungerstreik. Unsere Sache hat ganz tiefe Wurzeln geschlagen. Das waren wir natürlich nicht allein, da waren die Aktionen in anderen europäischen Ländern, da war der Bericht von amnesty. Aber wir gehören dazu, und wir haben einen Sieg errungen.

Abends — am Donnerstag — beschließen wir, den Hungerstreik abzubrechen. Ausführlich werden Erfolge und Fehler erörtert. Aber unter dem Strich bleibt der Erfolg der Aktion.

Abschied

Freitag abend werden wir zum Abschluß ein großes internationales Fest durchführen. Und vorher am Nachmittag noch eine Abschlußkundgebung auf dem Marktplatz.

Und dazu muß man — ein allerletzten Mal — noch etwas von den Kehler Behörden erzählen.

So z.B. die Geschichte vom Klopapier. Als wir am ersten Tag um Unterstützung baten, da war nichts drin. Der Bürgermeister warf uns schlechte Organisation vor, die Stadt würde sich da in nichts weiteres einmischen. Wir stellten verschiedene Forderungen, als wir nachmittags kamen, erfüllte die Stadt eine: sie gab uns einige Rollen Klopapier und einige Stücke Seife.

Ganz im Sinne unserer Aktion und besser als es jeder wortreiche Protest getan hätte, faßte Cafer unsere Gedanken zusammen: „Wir haben auf unserem Marsch viele Menschen kennengelernt, böse und gute..." Damit konnte der Herr vom Ordnungsamt sehr wenig anfangen; aber nachträglich haben wir erfahren, daß er sehr erbost war: hatten wir doch behauptet, die Stadt Kehl hätte uns als Almosen vier Rollen Klopapier geschenkt. Und er versteifte sich darauf, daß es zwölf Rollen gewesen wären...

Sah sich die Stadt also außerstande, uns einigermaßen zu betreuen, so beauftragte sie aber ihren Herrn Schneider, Chef der Kripo, uns unermüdlich zu bewachen, sich um uns zu sorgen. Ich muß ehrlich sagen, mir ging das auf die Nerven, aber hätte ich ihn vom Gegenteil überzeugen können? Ewig war er auf der Suche nach den Kommunisten, behauptete steif und fest, diese Aktion wäre kommunistisch unterwandert... Auch hier war es wieder Cafer, der die Fronten aufbrach. Stets, wenn Schneider kam, begrüßte er ihn freundlich, umarmte ihn und sagte: „Du beschützt uns gut, wir freuen uns."

So kam es, daß Schneider beide Augen zudrückte, als wir rechtswidrige Handlungen begingen: benutzten wir doch zum Kochen anstatt des von der Stadt gestellten Elektroherdes offenes Gas. Aber das nahm er auf seine Kappe. So wird der Herr Schneider noch warten müssen, bis ihm irgendwelche übergeordneten Stellen das wirkliche Ausmaß der kommunistischen Unterwanderung mitteilen. Aber sicherlich wird er sich oft und ein wenig irritiert an Cafer zurückerinnern, den Türken, der ihn, den deutschen Beamten, zu einer Ordnungswidrigkeit brachte...

Doch zurück zu unserer Abschlußkundgebung. Morgens hatte die kommunale Spitze noch zu einer Versammlung einberufen, Polizei, Ordnungsamt, Bürgermeister. Diese Kundgebung wäre so nicht durchzuführen, fände sie doch an einem belebten Platz mit fließendem Übergang zu den Passanten und an einer Bushaltestelle statt. Das waren schwerwiegende Bedenken. Und so sperrte die Stadt ab Mittag einen gesicherten Platz zwischen parkenden Autos, fernab aller Menschen, ab. Das war natürlich nicht in unserem Sinne, und wir teilten dies dem Bürgermeister mit. Für die Entscheidung waren noch einige Spitzengespräche erforderlich. Während unser Folkloretrupp schon auf dem Marktplatz aufgebaut war, während ein Genosse über Megafon für unser Fest warb, während fast alle Teilnehmer des Europamarsches auf Bänken oder anderen Sitzgelegenheiten versammelt waren, diskutierte die örtliche Polizeispitze über die Möglichkeit, hier eine Kundgebung durchzuführen!

Der Polizeichef Mossmann prüft eingehend den Busfahrplan. Wieviel Busse kommen eigentlich an, bricht denn nicht alles zusammen? Während er noch guckt, kommt der eine oder andere Bus, die Leute schauen interessiert oder verlieren sich in der Menge.

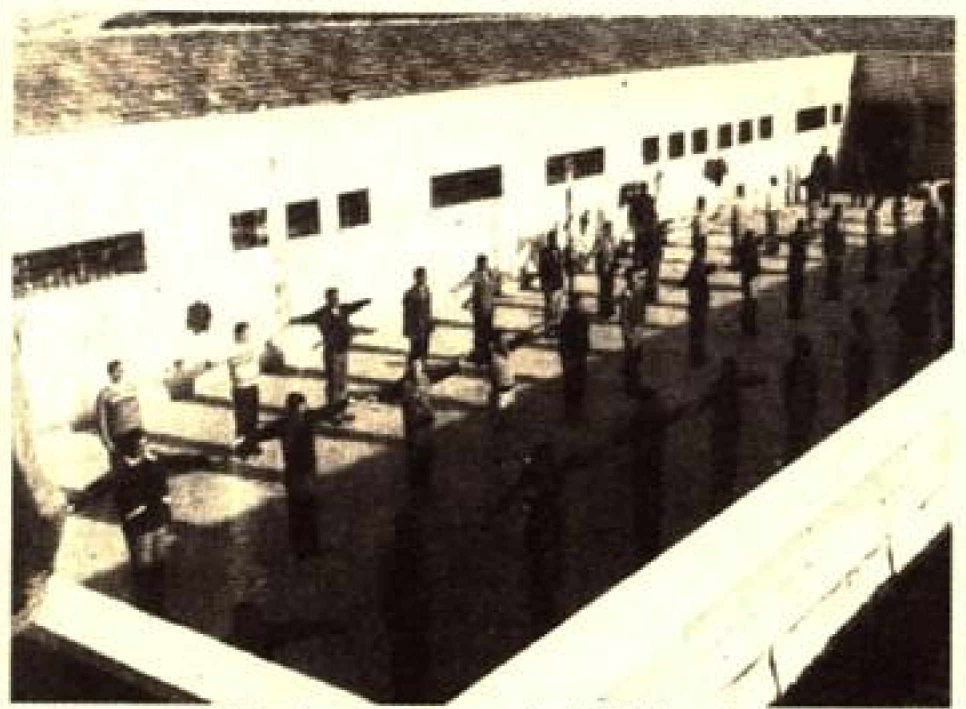
Schließlich noch die letzte Auflage: „Ja, wo sind denn eigentlich die Ordnerbinden?" Wir gucken erstaunt. Von Köln bis hierher, nahezu drei Wochen, haben wir diese Binden nicht gebraucht, aber jetzt in Kehl! Der Polizeichef belehrt uns, daß das gegen die Gesetze sei, und so holen wir schließlich die Binden. Nun kann die Kundgebung öffentlich beginnen, die eigentlich schon seit einer Stunde im Gange ist. Die Passanten bleiben stehen, die Jugendlichen setzen sich um uns, die Türken tanzen, die Sonne scheint — so geht die entscheidende Stunde der Kehler Polizei ganz friedlich vorbei.

Am Abend kommen sie alle, unsere Freunde aus Kehl. Sie essen Pudding um die Wette, machen Ringkampf im Schlafsack, singen antifaschistische Lieder und bejubeln die türkischen Volkstänze.

Ein praktisches Kapitel der Völkerfreundschaft ist abgeschlossen. Linke Türken haben demonstriert — und sie haben sich alle Herzen erobert. Über diesen konkreten Kampf hinaus bleibt einiges, was dauerhaft ist: Mut brauchen wir, und Mut machen wir — dann werden wir noch stärker.

Sonntag fahren wir mit dem Zug nach Stuttgart zurück. Wir können erst in Offenburg fahren, weil in Kehl an der Grenze noch Pässe kontrolliert werden. Ich fahre mit Ahmed und Assis nach Stuttgart. Ahmed hat keinen Paß, er ist ihm abgenommen worden von der Polizei, als die ihn abschieben wollten, ist er aus dem Auto abgehauen. Seitdem lebt er illegal in Deutschland. Bei wem? Bei Assis. In einem Ausländerwohnheim. Wenn's rauskommt, riskiert Assis seine Arbeitsstelle.

Noch einmal wird alles deutlich: eine Solidarität, die über spektakuläre Aktionen hinausgeht. Eine Solidarität, die sich entwickeln, die nichts zu verlieren haben. Und Aufgaben, die vor uns stehen.



Politische Gefangene im KZ Mamak

Freimaurerloge als Geheimregierung!

Forlani konnte seine Freunde nicht mehr schützen

„P 2" —eine reaktionäre Verschwörung

ROM/MAILAND. — Immer höher schlagen die Wellen des Skandals um die Freimaurerloge „P 2" in Italien. Und obwohl nahezu alle öffentlich der Mitgliedschaft in diesem Geheimbund bezichtigten Prominenten lauthals dementieren, hat kein einziger von ihnen die Möglichkeit gerichtlicher Schritte genutzt. Ministerpräsident Forlani (DC), der bis zum Schluß versucht hatte, alles zu vertuschen, mußte zurücktreten.

Schon zweimal war in den letzten 15 Jahren in Italien bekanntgeworden, daß Geheimorganisationen der politischen und wirtschaftlichen Größen des Landes bestanden, die in Richtung auf eine faschistische Machtübernahme arbeiteten. Das erste Mal bei der sogenannten „NATO-Verschwörung" der italienischen Generalität in Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Geheimdienst CIA, einige Jahre später bei der Entlassung des Geheimdienstchefs Micelli.

Nun war schon seit längerem das Gerücht im Umlauf, es gäbe einen neuen, größeren und wichtigeren Zusammenschluß dieser Art. Vor allem im Zusammenhang mit den Finanzskandalen der beiden letzten Jahre und verschiedenen terroristischen Aktivitäten war davon gesprochen worden. Und solch ein Finanzskandal, die Verhaftung von sieben Mailänder Großbankiers, führte nun auch zur Beschlagnahmung der Akten des Logenmeisters Licio Gelli, einschließlich seiner Mitgliedskartei. Wochenlang wurde mit allen Mitteln von Regierungsseite aus versucht, ihre Veröffentlichung zu verhindern.

Denn diese Mitgliedskartei des Geheimbundes ist wahrhaft brisant: dazu gehören vier Minister, ein Dutzend Staatssekretäre, 17 Generäle, acht Admirale, neun Generäle der Carabinieri, vier Generäle der Finanzpolizei, 43 Abgeordnete, zwei Generalsekretäre von großen Parteien, die Privatsekretäre von sechs der bekanntesten christdemokratischen Politiker und fast zwei Dutzend Mailänder Finanzmagnaten, darunter auch verschiedene Agnelli-Mitarbeiter.

Das politische Ziel dieser Organisation war es erklärtermaßen, in Italien, „zur Wiedergewinnung der politischen Stabilität" eine sogenannte Präsidialregierung zu schaffen, ohne Parlament, mit Zensur und Notstandsgesetzen.

Mitglieder dieser Loge waren dabei der oberste „Terroristenjäger" General Dalla Chiesa ebenso wie bekannte Faschisten der MSI, der Milliardenpleitier Sindona und seine Gesinnungsbrüder wie Calvi ebenso wie ihr Ankläger von der nationalen Direktion der Finanzpolizei, aber auch Vertreter wichtiger Flügel der sozialistischen und der sozialdemokratischen Partei, neben der DC-Prominenz.

Neben dieser politischen Geheimbündelei, diesen offensichtlichen — längerfristigen — Putschvorbereitungen, wird der Loge als Gesamtheit vorgeworfen, an der Vertuschung von drei Finanzskandalen mit einem Wert von rund zehn Milliarden Mark beteiligt gewesen zu sein, und vor allem an der Ermordung eines Journalisten und zweier Untersuchungsrichter, die der „P 2" auf der Spur waren.

In der italienischen Presse wird heute ganz offen davon geschrieben, daß zahlreiche Regierungsmaßnahmen direkt auf Empfehlung bzw. auf die Vorarbeit dieser Loge hin durchgeführt wurden, daß dieser Geheimbund der Bourgeoisie in den Zeiten der ständigen Regierungswechsel ein Faktor der Stabilität und der laufenden Arbeit gewesen sei.

Während aber dort darüber spekuliert wird, wie es wohl möglich sei, daß sich die politische, militärische und wirtschaftliche Führungsschicht des Landes von einem kleinen Provinzkapitalisten, wie es Gelli einer ist, habe kommandieren lassen, so sieht doch die Wirklichkeit ganz anders aus. Die zahlreichen Vertreter des Finanzkapitals und der faschistischen Generalität haben seit langem nach einem Weg gesucht, den ihnen immer unsicherer erscheinenden italienischen Parlamentarismus zu beseitigen, insbesondere eine Regierungsbeteiligung der revisionistischen Kommunistischen Partei Italiens zu verhindern.

Die italienische Verfassung, in der nach dem Sieg über den Faschismus eine Reihe von Zugeständnissen an die Werktätigen gemacht wurde, unter anderem auch eine gesetzlich scharfe Überwachung von Finanzgeschäften, verbietet Geheimbündelei jeder Art strengstens. So wird denn jetzt auch von verschiedenen Seiten zu Recht gefordert, die Mitglieder der Loge „P 2" wegen Verfassungsbruchs anzuklagen und diesen „Logenbrüdern" einen politischen Prozeß zu machen.



Als die italienischen Fischer im letzten Jahr gegen die Verteuerung der Ölprodukte demonstrierten, wußten sie noch nicht, daß sie damit auch gegen Absprachen kämpften, die in der „P-2"-Loge getroffen worden waren

Wahlen in den Niederlanden

Bisherige Regierung verlor Mehrheit

Linksliberale mit den größten Stimmgewinnen

DEN HAAG. — Die Wahlen der vergangenen Woche in den Niederlanden standen vor allem im Zeichen der Stimmung gegenüber den NATO-Aufrüstungsplänen. Daneben waren das AKW-Programm und die wirtschaftliche Krise Hauptthemen der politischen Auseinandersetzung. Obwohl das genaue Ergebnis noch nicht vorliegt, ist schon heute klar, daß die bisherige Regierung ihre Mehrheit verlor.

Während die Katholische Volkspartei (KVP) des bisherigen Ministerpräsidenten van Agt leichte Verluste hinnehmen mußte, wie auch der Koalitionspartner VVD, war die Sozialdemokratische Partei, die rund 5 Prozent der Stimmen und neun Sitze verlor, der große Verlierer der Wahl, sie büßte ihre Stellung als stärkste Partei ein. Die Linksliberalen Demokraten 66 konnten ihren Stimmenanteil auf über 11 Prozent verdoppeln und sind der größte Gewinner der Wahlen.

Während die anderen linken und liberalen Parteien, einschließlich eines Flügels der KVP, eine klare Position gegen die NATO-Aufrüstung bezogen, verdankt die sozialdemokratische PvdA ihre Stimmenverluste vor allem einem erpresserischen Manöver der rechten Parteispitze, die eine klare Ablehnung der neuen Raketen innerhalb der Partei verhinderte mit allen möglichen Manövern, wie sie auch aus der SPD bekannt sind.

Während die gegenwärtigen Kommentare ausführlich darüber spekulieren, welche Regierung nun gebildet werden wird, ist es eine Tatsache, daß das Wahlergebnis insgesamt eine Bekräftigung des Friedenswillens des niederländischen Volkes darstellt, denn alle pro-NATO-Kräfte, die sich ausdrücklich erklärt hatten, mußten Verluste hinnehmen.



Den Uyls Erpressungsmanöver schadeten der PvdA

Geiselnahme in der Zentralbank von Barcelona

Nieder mit dem spanischen Faschismus!

Regierung verhindert erneut Aufklärung und Bestrafung der Schuldigen

MADRID. — Kein spanischer Minister soll in der nächsten Zeit die Hauptstadt verlassen, die Polizeieinheiten sind in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt, hinter den Kasernentoren vollzieht sich hektische Aktivität. Die Lage in Spanien nach dem faschistischen Überfall auf die Bank in Barcelona ist aufs Äußerste gespannt.

Denn bereits heute ist klar, daß alle Behauptungen und Erklärungen, die während und nach der Geiselnahme von offiziellen Stellen abgegeben wurden, einmal mehr Lügen waren.

Hieß es zunächst, die Geiselnehmer seien Anarchisten, später, sie seien von Faschisten gekaufte Kriminelle, so mußte jetzt eingestanden werden, daß es sich bei ihrem Anführer um einen Polizeispitzel handelt, der in anarchistischen Gruppen arbeitet.

Hieß es zunächst, es seien keinerlei Verbindungen zum Putsch vom 23. Februar zu erkennen, so wurde inzwischen das Gegenteil bekannt: Teilnehmer an der Geiselnahme war unter anderen der Capitano Sanchez Valiente, der nach dem Scheitern des Putsches nach London geflohen war und von dort aus die Beteiligung des Königs an den damaligen Putschvorbereitungen dokumentiert hatte.

Und wurde schließlich behauptet, bekannte Faschisten hätten sich nicht an dieser verbrecherischen Aktion beteiligt, so wurde zunächst einmal deutlich, daß 14 der ursprünglich 24 Geiselnehmer nicht festgenommen worden waren, sondern trotz Umzingelung fliehen konnten, und daß es — laut den Aussagen von Geiseln — eben jene waren, die Befehle im Stile der Guardia Civil gegeben haben.

So wird bereits jetzt — ohne Untersuchung, die von der Regierung verweigert wird — deutlich, daß es sich bei diesem skandalösen Vorgang um einen weiteren Versuch der spanischen Faschisten handelt, die Lage im Lande zu destabilisieren, um einen neuen Putsch erfolgreich durchführen zu können.

Nach der Mordwelle der Polizei in den letzten Wochen und den umfangreichen Zensurmaßnahmen sowie nach der offensichtlichen Schonung der Putschisten vom 23. Februar werden die faschistischen Provokationen immer frecher. Und während immer mehr Anzeichen darauf hindeuten, daß das Land erneut kurz vor dem Abgrund einer abermaligen faschistischen Diktatur steht, deren Hauptkraft die Guardia Civil und die speziellen Armeeeinheiten sein werden, bleibt die Regierung der UCD unter Leitung Calvo Sotelos nicht nur untätig, sondern beschwört die angebliche Verfassungstreue der Guardia Civil — und wird darin auch von den Führern der Sozialistischen Partei unterstützt, während Carillos revisionistische KP Spaniens sich totstellt, nichts äußert, ihre Führung nichts unternimmt, wirklich zum Kampf gegen die faschistische Putschgefahr aufzurufen.

Und während es ansonsten bei ähnlichen Aktionen mit Solidaritätsbekundungen mit der jeweiligen Regierung nur so hagelt, blieb dieses Mal das gesamte offizielle Ausland stumm. In Anbetracht der Tatsache, daß in der Folge des Februar-Putschversuchs bereits die Verwicklung der amerikanischen Botschaft angeprangert worden war, keine Überraschung.

Der Hungerstreik geht weiter

Straßenschlachten gegen britische Besatzer

Nordirischer Freiheitskampf ungebrochen

BELFAST. — Auch nachdem der brutale reaktionäre Kurs Maggie Thatchers das vierte Todesopfer unter den hungerstreikenden politischen Gefangenen im Maze-Gefängnis gefordert hat, geht der Kampf der Häftlinge um die Anerkennung ihres politischen Status weiter. Nach diesem neuen Todesfall ist es zu den bisher schwersten Straßenschlachten gegen die Besatzer gekommen.



Die Beerdigung des IRA-Kämpfers Hughes war, wie auch jene von Bobby Sands, eine eindrucksvolle Massendemonstration für die Freiheit Nordirlands.

Vor allem in Londonderry kam es zu nächtelangen Kämpfen zwischen der britischen Besatzerarmee und der von ihr kommandierten Polizei auf der einen Seite und Anhänger der IRA auf der anderen. Dabei wurden mehrere Panzerfahrzeuge der Besatzerarmee in Brand gesetzt und vernichtet. Auch in Belfast kam es zu längeren Straßenkämpfen, in deren Verlauf die imperialistischen britischen Truppen Verluste hinnehmen mußten.

Im Straßenkampf gehen die reaktionären Kräfte dabei immer mehr dazu über, neben den Maschinenwaffen der britischen Armee auch die Plastikgeschosse der Polizei einzusetzen. Eben eine jener Waffen, die auch in der Bundesrepublik zur „Schließung der Bewaffnungslücke" diskutiert werden. Bisher starben dabei zwei Demonstranten, darunter ein 12jähriges Mädchen, zwei weitere kämpfen mit dem Tode.

Diese vier Opfer innerhalb nur einer Woche zeigen nicht nur den wahren Charakter dieser angeblich „humanen Waffe", sie zeigen auch die immer brutalere Vorgehensweise des reaktionären britischen Besatzerregimes: denn alle vier Opfer erlitten ihre Verletzungen (neben rund drei Dutzend anderer, die leichter verletzt wurden) auf friedlichen Demonstrationen, auf politischen Kundgebungen, die „aufgelöst" werden sollten.

Auf der anderen Seite wird es immer offensichtlicher, daß die Besatzertruppen weitere Hilfskräfte aus den Reihen der UDA-Gruppen des Faschisten Ian Paisley rekrutieren, der aus Anlaß der Bezirksratswahlen erneut provozierend betonte, Nordirland dürfte sich niemals von Großbritannien loslösen, und alles tut, um aus dem Freiheitskampf einen Religionskrieg zu machen.

Bei diesen Wahlen unter den Bajonetten der Briten erreichte die neugegründete Irische Unabhängigkeitspartei 21 Abgeordnete, die Sozialdemokratische Partei 104 Sitze. Unter den Protestanten wurde Paisleys Partei mit 142 Sitzen fast die stärkste Partei, was darauf hindeutet, daß sich die Auseinandersetzungen weiter verschärfen.

Für die Erfüllung der gerechten Forderungen der Gefangenen nach politischem Status!

Britische Besatzer raus aus Nordirland!



Aufgelesen

Heiland im Plastikhelm

In der Ausgabe vom 26. April 1981 schreibt das „Würzburger katholische Sonntagsblatt, Kirchenzeitung der Diözese Würzburg" unter der Überschrift „Das Ostern der Polizei" folgendes:

„Am Dienstag der Passionswoche zogen die vier Hundertschaften unserer Würzburger Bereitschaftspolizei von ihrer Kaserne zur benachbarten Hl.-Kreuz-Kirche, um ihren traditionellen Ostergottesdienst zu feiern. Der Polizeiseelsorger von Bayern, Kapuzinerpater Petrus Niedermeier, der sich immer ausgezeichnet mit seinen Männern versteht, war eigens dazu von München gekommen. Unter den Polizisten befand sich auch die Hundertschaft, die kurz vorher in Brokdorf eingesetzt war und mit 34 Verletzten zurückkam; einem jungen Polizeibeamten hatten die Rowdys den Kiefer zertrümmert und sieben Zähne eingeschlagen.

Es war ein eindrucksvolles Bild, eine Kirche voll junger Männer zu sehen, die andächtig die heilige Messe mitfeierten und zum großen Teil auch zur heiligen Kommunion gingen; die Beichtgelegenheit vor dem Gottesdienst wurde eifrig genutzt. Junge Polizisten ministrierten und übernahmen die Lesungen. Eine Bläsergruppe der 12. Hundertschaft begleitete die Lieder.

Stadtpfarrer Paul Nützel von Heiligkreuz, der zusammen mit Pater Niedermeier und dem BGS-Oberpfarrer Keil den Gottesdienst konzelebrierte, stellte eingangs in seiner Ansprache die Frage, warum man sich gegen die Polizei und die Kirche stelle: weil beide auf der Ordnung und dem Gewissen beharren. In Brokdorf hätten sich die Polizisten dem Terror gestellt, weil sie die Ordnung unter den Menschen aufrechterhalten wollten, wurden aber niedergeschlagen, ähnlich wie es Christus ergangen sei. Trotzdem aber müßten wir ein Ja zum Menschen sagen, wie Christus, der dem Schächer vergeben hat..."

Soweit das „Sonntagsblatt". Wie also kann sich der Würzburger Diözesanchrist nun die Gestalt Christi ins Zeitgemäße übersetzen? — Den Kopf, statt mit Dornenkrone, mit einem Plastikhelm bedeckt; in Händen, statt des Ölzweigs, Gummiknüppel, Plastikschild und Tränengaspistole; über und hinter sich (statt nur Gottvater) Landesväter und Kirchenoberen, Staatsanwälte und Polizeiseelsorger. Und diese modernen Heilande, diese uniformierten Erlöser, treten in gleichsam göttlicher Mission den Rotten der Atomkraftgegner entgegen, dem 100000-köpfigen Brokdorfer „Terror", den „Rowdies" und den „Schächern", den „bösen Juden" der heutigen Zeit.

Der Verfasser des Artikels ist übrigens Chefredakteur Monsignore Helmut Holzapfel, bundesweit bekannt geworden durch antisemitische Hetzartikel (Siehe „Roter Morgen" 29/80 — „Monsignore Holocaust".)

Endlich: Die Wahrheit über F. J. Strauß

Hitlers größter Feind

MÖNCHENGLADBACH. — Endlich ist die Vergangenheit des Franz Josef Strauß lückenlos aufgeklärt. FJS selber vertraute sie dem Mönchengladbacher Jugendschöffengericht an, das sich nach München bemüht hatte, um sich mit ihm zu unterhalten. Der jugendliche Nichtsnutz Michael Strauß nämlich (nicht verwandt oder verschwägert mit dem ehrenwerten bayrischen Landesvater!), Mitglied der Falken (oh Gott!) hatte in einer Zeitung seiner Organisation die Abbildung einer Zeichnung zugelassen, die Franz Josef Strauß in SS-Uniform mit Hakenkreuzbinde als Lehrer mit dem Buch „Mein Kampf" in der Hand zeigte.

Nachdem er jahrzehntelang bescheiden geschwiegen hatte, um das ohnehin strahlende Bild seiner Persönlichkeit nicht von sich aus noch blendender zu machen, gestand Strauß jetzt ein, was jeder empfindsame Deutsche längst geahnt hatte: Er war schon immer ein aktiver antifaschistischer Widerstandskämpfer!

„Im Verborgenen", so offenbarte er, war er tätig. Wie schwer das diesem so offenherzigen Menschen gefallen sein muß — man kann es nur ahnen, kaum ermessen. „Ich war seit dem Winter 1943/44 Mitglied des Kreises 20. Juli. (...) Ich war in dieser Eigenschaft über den geplanten Anschlag informiert, ohne über Ort und Zeit Bescheid zu wissen." Hat etwa gar mangeldes Vertrauen in diesen großartigen Mann das Scheitern des Unternehmens herbeigeführt?

Dem Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps (NSKK) ist er zwar beigetreten — aber nur zähneknirschend, blutenden Herzens sozusagen, weit davon entfernt, in seinem unerbittlichen Kampf gegen das Regime nachlassen zu wollen. Im Gegenteil: Mit diesem raffinierten Schritt ermöglichte er sich erst eine weitere Fortsetzung seines selbstlosen Kampfes! Denn: „Durch regimefeindliche Äußerungen" hatte er sich „stark gefährdet"; so mußte er denn „ein Zeichen setzen". Und wie gut er sich getarnt hat! Wievielen jungen Menschen erteilte dieser Meister der Konspiration als „nationalsozialistischer Führungsoffizier" ihre staatsbürgerlichen Instruktionen, ohne daß sie ahnten, welchem gefährlichen Regimegegner sie gegenüberstanden!

Aber als völlig böswillig muß die Behauptung kommunistischer Dokumentenfälscher angesehen werden, der bayrische Ministerpräsident sei auch Mitglied im Nationalsozialistischen Studentenbund gewesen. Denn daran konnte er sich beim besten Willen selbst nicht erinnern. Und das gute Gedächtnis des Herrn Strauß ist doch wohl bekannt.

Mögen alle Verleumder des Herrn Strauß angesichts dieser Enthüllungen vor Scham in den Boden versinken!

Innenminister: „Keine kriminelle Vereinigung"

Ku-Klux-Klan-Terroristen in der Eifel

MAINZ. — Einen schockierenden Bericht über die Tätigkeit der rassistischen, faschistischen Mörderbande Ku-Klux-Klan veröffentlichte der „Stern" in seiner Ausgabe vom 27.5.1981. Beste Verbindungen zur militanten westdeutschen Nazi-Szene von Wehrsport-Hoffmann bis zur NPD zeichnen die Klan-Faschisten aus, die ihren Hauptsitz in der Eifel haben.

Inzwischen stellte sich heraus, daß verantwortliche westdeutsche Politiker, Verfassungsschutz und Polizei bereits seit langem über die Tätigkeit des Klan auf deutschem Boden bestens informiert sind.



Ein geheimes Quartier in einer Wiesbadener Dachwohnung

Seit Herbst 1980, so die offizielle Auskunft vom rheinland-pfälzischen Innenminister Kurt Böckmann, beobachtete der Verfassungsschutz die Aktivitäten des Klan in der Eifel. Ihm liegen auch „Erkenntnisse über die Verbindung zu anderen rechtsextremen Gruppen in der Bundesrepublik" vor. Dennoch bestand weder bisher noch besteht für die Zukunft die Absicht, gegen die rassistischen Verbrecher, die in den USA Tausende Menschenleben auf dem Gewissen haben, vorzugehen.

Von der Bildung einer kriminellen Vereinigung, so verkündete Böckmann ungerührt, könne man zur Zeit nicht sprechen, deshalb kämen „strafrechtlich relevante" Maßnahmen auch nicht in Betracht.

Zu den Verantwortlichen des Klan in Deutschland zählen einflußreiche Offiziere der US-Armee. Mehrere hundert (mindestens!) deutsche Mitglieder wurden bereits geworben. „Unsere Feinde sind nicht nur die Nigger", verkündete einer der Klan-Führer gegenüber dem „Stern"-Reporter. „Gemeinsam mit den amerikanischen Kameraden kämpfen wir deutschen Patrioten gegen alles Fremdrassige. Gegen Russen, Türken und die ganzen Kanaken, die unser Land überfluten — und, wie schon Adolf Hitler, gegen das Weltjudentum, das hinter der systematischen Überfremdung Deutschlands steckt". Aussagen, die den Politikern bei uns gut bekannt sind, sie aber nicht im mindesten stören ...

Ebensowenig wie Gedenkfeiern für den Doppelmörder Frank Schubert oder die offenherzige Drohung eines gewissen Thomas Schwencke, eines vorbestraften Nazi-Propagandisten, er werde beim nächsten Deutschland-Treffen der NPD am 17. Juni auf Kommunisten schießen, falls diese versuchen sollten, die Nazi-Feier zu stören. Vielleicht betrachtet die Polizei, die stets zum Schutz der Nazis aufgeboten wird und auch schon mal mit Maschinenpistolen droht, ihn und seinesgleichen ja als eine willkommene Verstärkung.

Auf jeden Fall machen sich die westdeutschen Staatsorgane, speziell das Mainzer Innenministerium, durch ihre wohlwollende Haltung gegenüber diesen Terroristen mitschuldig an allen Verbrechen, die diese begangen haben und in Zukunft begehen werden.

Wir fordern sofortige Maßnahmen zur Zerschlagung der Klan-Organisationen in Westdeutschland! Nazi-Terroristen hinter Gitter!

Offener Brief an den Bundesminister für Arbeit

Sehr verehrter Herr Minister Ehrenberg!

Voller Reue muß ich bekennen, daß ich Sie bis vor kurzem für einen Verschwender hielt. Und das kam so: Im Mai vorigen Jahres wurde ich arbeitslos. Ich hatte 430,— Mark die Woche verdient, und Sie zahlten mir für's Nichtstun wöchentlich 220,20 Mark an Arbeitslosengeld. Ja, später stockten Sie diesen Betrag sogar auf, erst auf 220,80 Mark und dann sogar auf über 227,— Mark, im Schnitt immerhin 52 Prozent meines Lohnes. Das war entschieden zu großzügig, mein sehr verehrter Herr Minister. Umso größer war die Freude, als ich jetzt, nach Auslaufen meines Arbeitslosengeldes, den Bescheid über die Höhe der Arbeitslosenhilfe erhielt: 46,86 Mark die Woche. Das war ein wahres Freudenfest, und meine Befürchtungen, Sie könnten tatsächlich ein Verschwender sein, haben sich restlos in Luft aufgelöst.

Sie müssen nämlich wissen, Herr Minister, daß ich mir unheimliche Sorgen um die Verteidigung unserer Freien Welt mache. Da hat nun Ihr Kollege, der Herr Verteidigungsminister Apel, das Geld für seine 322 Tornados beisammen, er könnte sie fast schon bauen lassen, aber da fehlt noch rund eine Milliarde für die Nieten und Schrauben, die diese Flugzeuge zusammenhalten sollen. Was aber nützen ihm Flugzeuge, die von keinerlei Nieten oder Schrauben zusammengehalten werden? Daher meine Freude. Ich bekomme jetzt von Ihnen 180,— Mark weniger als früher, und ich bitte Sie inständigst, diesen Betrag Ihrem Kollegen, Herrn Apel, zu überweisen, damit er endlich mit der Vernietung und Verschraubung seiner Tornados beginnen kann.

Ja, Herr Minister, Sie haben mir eine wirklich große Freude gemacht mit diesem Bescheid. Nunmehr trage ich also mit 180,— Mark wöchentlich zur Verteidigung des Vaterlandes bei, und sagen Sie selbst, wer tut das sonst noch? Wir, meine Alte und ich, haben diesen Bescheid regelrecht gefeiert, von Ostern war noch eine Flasche Klarer übrig. Wir haben sogar Leute zu dieser Feier eingeladen, und denen habe ich Ihren Alhi-Bescheid voller Stolz gezeigt. Die waren aber ganz entsetzt, diese Idioten. „Da mußt du ja Schwarzarbeit machen oder betteln, wenn du überleben willst," hat einer von denen gesagt.

„Armleuchter!', habe ich mir da gedacht. Na und? Geh' ich eben betteln. Schließlich bettle ich dann für's Vaterland, wegen der Tornados, Sie wissen schon, Herr Minister. Das ist mir sogar eine besondere Ehre. Und dann, wenn ich Leute auf der Straße dazu bringe, daß sie mir was geben, damit ich überleben kann, dann geben die doch auch für das Vaterland. Es ist also sogar sehr verdienstvoll, wenn ich bettle.

Was das Betteln betrifft, verehrter Herr Minister, habe ich da einen Kumpel an der Hand, der ist Mitglied der Bettlerinnung bei uns in Bochum. Der hat mir versichert, 46,86 Mark bringe ich als Bettler leicht an einem Vormittag zusammen. Deshalb, Herr Minister, verzichte ich natürlich sofort auf die Arbeitslosenhilfe, schon um die großzügigen Sozialleistungen unseres Staates nicht zu mißbrauchen, vor allem aber, damit der Herr Apel noch mehr Nieten und Schrauben bekommt.

Einen Haken aber hat die Sache leider, weswegen ich mich an Sie mit der Bitte um Hilfe wende. Die Bettlerinnung verlangt nämlich 90,— Mark Aufnahmegebühr, und wer die nicht zahlt, darf nicht betteln. Ich bitte Sie deshalb, von der Alhi für die ersten zwei Wochen diesen Betrag an die Bettlerinnung Bochum, Schnorrerallee 27, 4630 Bochum 1, zu überweisen. Damit auch alles seine Richtigkeit hat. In tiefster Ergebenheit verbleibe ich hochachtungsvollst!

Ihr

Wilhelm, genannt „der Dicke"

P.S.: Den Differenzbetrag zwischen 90,— Mark und 93,72 Mark (Alhi für zwei Wochen) von 3,72 Mark wollen Sie bitte auch Herrn Apel überweisen und den Beleg dafür an meine Adresse senden.

Anmerkung der Redaktion: Dieser offene Brief wurde uns durch unseren Vertrauensmann beim Arbeitsministerium zugespielt. Sein Inhalt deckt sich keinesfalls mit den Ansichten der Redaktion. Dem Schreiber ist wirklich nicht mehr zu helfen, umso mehr, als daß die von ihm angegebenen Unterstützungssätze etc. zu 100 Prozent stimmen.

Gegenwärtige Fragen der nationaldemokratischen Revolution (II)

Weltweiter Kampf gegen Imperialismus und Reaktion

Im ersten Artikel unserer Reihe hatten wir die Grundlagen für die heutige Entwicklung des antiimperialistischen Kampfes dargestellt. Dabei war deutlich geworden, daß sich dieser Kampf heute gegen die neokoloniale Herrschaft richtet. Die Ursache für diese Entwicklung war die bittere Erfahrung der Völker, die erleben mußten, daß an die Stelle der alten Kolonialherren neue traten, die sie weiter und oftmals verschärft ausbeuteten. Wie entwickelt sich nun dieser Kampf im einzelnen, welche Rolle spielen dabei die Arbeiterklasse und ihre Kommunistische Partei?

Bittere Not

Mit diesen knappen Worten läßt sich die Lebenslage der werktätigen Massen in den neokolonial beherrschten Ländern beschreiben: in 42 Staaten Afrikas und Asiens, in denen ein Drittel der Weltbevölkerung lebt, liegt die durchschnittliche Lebenserwartung 25 Jahre unter der der Bewohner Europas und Nordamerikas; fast 400 Millionen Menschen dieser Erdteile und Lateinamerikas sind ohne Arbeit und Einkommen, sind Bettler, Entwurzelte, Versprengte. In Afrika stirbt jedes siebte Kind vor seinem ersten Geburtstag, in Asien jedes zehnte, in Lateinamerika jedes vierzehnte. Jedes Jahr verhungern ungezählte Millionen Menschen, letztes Jahr dabei fünf Millionen Kinder. Dutzende von Millionen werden von Seuchen hinweggerafft, weil es keine medizinischen Einrichtungen gibt, aber furchtbare Wohnverhältnisse und schlechtes Wasser.

Diese Lage hat sich seit dem Ende der Kolonialzeit nicht verbessert, im Gegenteil. Allein die Getreideproduktion der Welt liefert heute pro Kopf der Weltbevölkerung täglich 3 000 Kalorien — aber die Zahl derjenigen Länder, die sich selbst ernähren können, nimmt ab.

Denn: im neokolonialistischen System ist der Hunger endgültig zur Waffe geworden. Die fünf großen amerikanischen Nahrungsmittelmonopole, die unter anderem den Weizen des Mittelwestens der USA, Kanadas und Australiens beherrschen, haben daraus längst eine Waffe zur Erpressung, ein Mittel zur Ausplünderung gemacht.

Der Lack geht ab

Die allgemeine Entwicklung der ehemals kolonialen Staaten führte zur Herausbildung von kapitalistisch organisierten Gesellschaften, die einen unterschiedlichen Entwicklungsgrad aufweisen, in denen auch dementsprechend der Prozeß der Herausbildung verschiedener sozialer Klassen unterschiedlich ist.

Einem unvoreingenommenen Betrachter der politischen Landkarte wird zunächst einmal auffallen, daß es in Afrika und Asien Dutzende von Staaten gibt, die sich als sozialistische Staaten bezeichnen.

Ihre besonderen Startbedingungen machten es den neuen herrschenden Klassen oftmals nötig — oder möglich — solche Maßnahmen, die im Interesse der Kapitalisten lagen, dazu zu benutzen, ihre Staaten als sozialistisch, demokratisch, national zu bezeichnen.

Das geschah auf zwei Wegen: entweder die führende Klasse rief sie sofort nach der Unabhängigkeit aus, oder aber es wurden — vor allem vom Kleinbürgertum geführte — Putsche gegen solche Regimes organisiert, die bereits wieder verhaßt waren. Wobei in den meisten Fällen mittlere und höhere Offiziere die ausführenden Gruppen waren.

Auf diesem zweiten Weg entstanden der „arabische Sozialismus" des Gamal Abdel Nasser, der „islamische Sozialismus" der Baathisten im Irak, in Syrien oder auch der Ghaddafis in Libyen und der Militärsozialismus der peruanischen Generale und der birmesischen Unionisten. So entstand auch der „afrikanische Sozialismus" in Tansania und in Madagaskar, der „demokratische Sozialismus" Kaundas in Sambia und andere mehr.



Die Zentralbank von Nigeria in Lagos: kapitalkräftigste afrikanische Bank

Dabei bediente man sich in der Propaganda der an den westlichen Polithochschulen ausgearbeiteten Theorien der „Blockfreiheit", der „Drei Welten" und auch der revisionistischen These der „Nichtkapitalistischen Entwicklung" als Rechtfertigung.

Diese Demagogie hat ihre Grundlage in der Tatsache, daß in solchen Ländern teilweise der Außenhandel verstaatlicht wurde, vor allem aber daß dort staatseigene Betriebe errichtet wurden, die gemeinsam mit sehr begrenzten Landreformen als Beweis des sozialistischen Charakters der Politik herangezogen werden.

Diese staatseigenen Betriebe wurden aber nicht aus dem Grund errichtet, um die Ausbeutung der Arbeiter zu beseitigen. Der Grund war vielmehr, daß die einheimischen Kapitalisten oder Kapitalgruppen in der Regel im Vergleich zur ausländischen Konkurrenz zu schwach waren, private Betriebe im Alleingang zu errichten. So schlossen sie sich zusammen, regelten die Verfügung der Gewinne und der Macht über den Staatsapparat, dessen wichtigste Posten ihnen und ihren Sippen, Freunden und Gönnern vorbehalten waren.

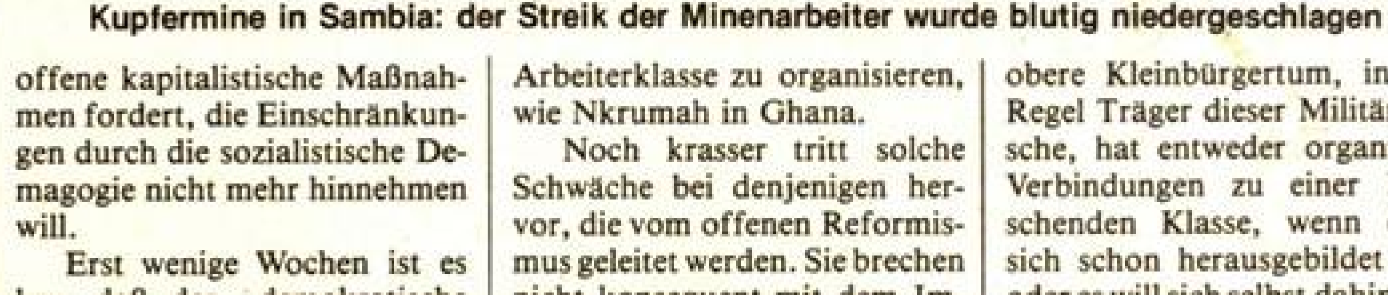
So entstanden beispielsweise in Kenia die „Wabenzis": jene rund 0,8 Prozent der Bevölkerung, die heute schon fast ein Fünftel aller Einkommen beziehen. Der Kapitalist Yomo Kenyatta war es, der seine eigene Sippe und die der Mungais zu den reichsten im Lande machte. Sie sind engstens mit einigen jener britischen Monopole verbunden, die in ganz Afrika ihre Geschäftsinteressen haben. Sie sind Aktienbesitzer und Vorstandsmitglieder sowohl der London-Rhodesia Company, der berüchtigten Lonrho, als auch der British-American Tobacco, in die sie die eigenen Tabakplantagen eingebracht haben.

Im reichsten Staat Schwarzafrikas, in Nigeria, wo die Ölwirtschaft angeblich verstaatlicht wurde, halten die amerikanischen Ölmonopole immer noch 30 Prozent des Ölkapitals, organisieren die Suchschürfungen und den Transport und bekommen deshalb 45 Prozent des nigerianischen Öls zu besonderen, billigeren Preisen. Bei der letzten Preisanhebung sorgten sie für eine Senkung der Förderung und organisierten einen Kaufboykott, so daß die Erhöhung zurückgenommen werden mußte. Stattdessen strich der neue Präsident Shagari die versprochenen Lohnerhöhungen für die Arbeiter und verlängerte das Verbot des Gewerkschaftsbundes Nigerian Labour Congress mit seinen 3 Millionen Mitgliedern. Nigeria ist heute ohne Zweifel der am weitesten entwickelte kapitalistische Staat in ganz Westafrika und übt in der ganzen Region wachsenden Einfluß aus. Die nigerianischen Kapitalisten verzichten auf die sozialistische Phrase und organisieren ihre Gesellschaft offen kapitalistisch, aber auch ihre nationale Demagogie erweist sich als verlogen. Die antibritische Politik, die zeitweise verfolgt wurde, wurde auf der Grundlage eines engeren Bündnisses mit den USA im Anschluß an die Niederwerfung des Separatstaates Biafra (dessen Abtrennung von Frankreich angestachelt wurde) durchgeführt. Jetzt erlebten die Kapitalisten 247 offizielle Streiks im zweiten Halbjahr 1980 und zahllose verbotene Streiks, die von der Polizei und der Armee niedergeworfen wurden.

Einen anderen Weg der kapitalistischen Vorherrschaft weisen Tanzania und Birma, jene Modelle des afrikanischen, bzw. asiatischen Sozialismus auf: sie stehen heute unter dem Diktat ihrer Gläubiger von der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds und den kontinentalen Entwicklungsbanken. Dort aber sind es die großen imperialistischen Mächte, die die Bedingungen für weitere Darlehen und für die Rückzahlung der Schulden diktieren, vor allem die USA, aber auch die EG-Staaten und Japan. Sie stehen im Würgegriff des Imperialismus, der von ihnen immer mehr offene kapitalistische Maßnahmen fordert, die Einschränkungen durch die sozialistische Demagogie nicht mehr hinnehmen will.

Erst wenige Wochen ist es her, daß der „demokratische Sozialist" und „Antiimperialist" Kenneth Kaunda den Streik der Minenarbeiter Sambias niederknüppeln ließ — keineswegs nur im eigenen Interesse. Die als staatseigen ausgegebenen „Nchanga Consolidated Copper Mines" gehören immer noch zu 49 Prozent der Anglo-American Company, die „Roan Consolidated Mines" zu 49 Prozent dem Roan Selection Trust.

Ebenso war es auch in Peru, wo die Militärs das Öl verstaatlichten, wo aber trotzdem, sei es durch Geheimverträge wie jetzt einige bekannt wurden oder durch die technischen Abhängigkeiten und den Transport der amerikanische Ölmulti EXXON die Verfügung behielt.



Kupfermine in Sambia: der Streik der Minenarbeiter wurde blutig niedergeschlagen

Die Kräfte sammeln sich

Aus all dem wird klar: es ist keine theoretische Spitzfindigkeit, sondern eine notwendige Schlußfolgerung aus den gemachten Erfahrungen, wenn gesagt wird, daß die Frage, welche Klasse die führende Rolle in der nationaldemokratischen, antiimperialistischen Revolution spielt, die entscheidende ist.

Von welchen weltanschaulichen und politischen Vorstellungen die Führung der Revolution geprägt ist, welche eigenen Klasseninteressen sie hat, welche gesellschaftliche Stärke sie hat und wie sie organisiert ist, das entscheidet das weitere Schicksal des Landes nach dem ersten Sieg.

Das zeigt sich gerade an den dramatischen Ereignissen in verschiedenen Ländern, in denen antiimperialistische Kräfte aus dem Kleinbürgertum die Führung in der Revolution innehatten. Sie wurden besiegt: Entweder weil sie bittere Illusionen hatten, wie Lumumba im Kongo oder Allende in Chile, oder weil es ihnen nicht gelang, die Arbeiterklasse zu organisieren, wie Nkrumah in Ghana.

Noch krasser tritt solche Schwäche bei denjenigen hervor, die vom offenen Reformismus geleitet werden. Sie brechen nicht konsequent mit dem Imperialismus, führen nur einige fortschrittliche Maßnahmen durch und belassen den internationalen Monopolen Machtstellungen im Lande, weil sie sich fürchten vor der anderen Seite eine revolutionäre Erhebung.

So werden sie in der Regel wirtschaftlich erdrosselt und vom Volk, das die Folgen tragen muß und sich enttäuscht sieht, isoliert. Das geschah erst kürzlich auf Jamaika mit Michael Manley. Dies, verbunden mit einer faschistischen Terrorkampagne, führte zu seiner extremen Wahlniederlage.

Komplizierter, vielfältiger liegen die Probleme dort, wo wahrhaft national gesinnte Militärkräfte putschen. Dies ist vor allem in Afrika und Asien der Fall gewesen, weniger in Lateinamerika, wo die hohen Militärs schon verwandschaftlich engstens mit der Reaktion verbunden sind.

Trotz aller anfänglichen — positiven — Maßnahmen, und vielleicht auch bester eigener Absichten und Reformvorstellungen, enden diese Putsche bisher alle mit der allmählichen offenen Machtergreifung des Kapitals, oder mit einem Gegenputsch, der zum selben Ergebnis führte.

Dies hat verschiedene Ursachen, die allesamt in der klassenmäßigen Basis dieser Putsche liegen. Ein Putsch, das konspirativ vorbereitete, gewaltsame Ablösen einer herrschenden Gruppe durch eine andere, kann in der Regel nicht von den niedersten Klassen getragen werden, da diese nicht an der Machtausübung beteiligt sind und von daher schon gar nicht die Möglichkeit haben, einen Putsch zu organisieren.

Als Geheimaktion kann ein Putsch auch keine breiten Massen in Bewegung setzen, geschweige denn ihr Denken und Handeln revolutionieren. Das obere Kleinbürgertum, in der Regel Träger dieser Militärputsche, hat entweder organische Verbindungen zu einer herrschenden Klasse, wenn diese sich schon herausgebildet hat, oder es will sich selbst dahin entwickeln, oder aber es erliegt den Erpressungen und Bestechungen des Imperialismus.

Die Kommunistischen Parteien dieser Länder unterstützen deshalb mit aller Kraft die nationalrevolutionären und demokratischen Programme solcher Revolutionäre oder Putschisten, wenn diese dem Willen und den Wünschen des Volkes entsprechen.

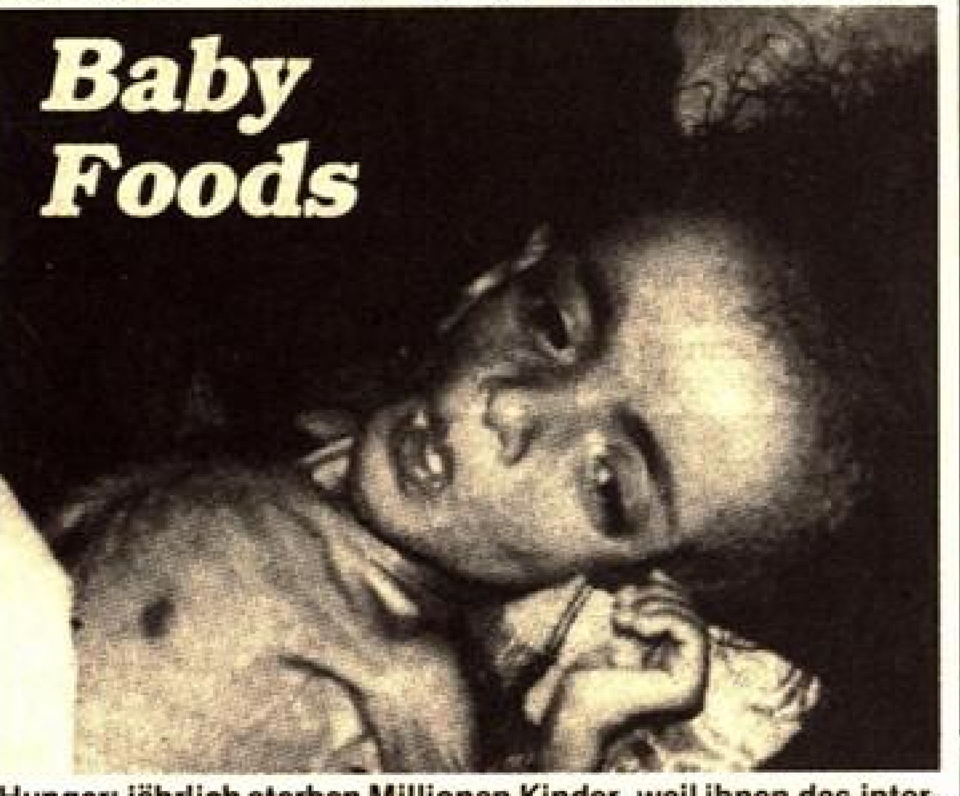
Dabei kritisieren und bekämpfen sie Abweichungen von diesen Versprechungen und organisieren den Kampf gegen den Verrat an ursprünglichen Erklärungen. Das taten und tun die Kommunisten Perus und Surinams, während sie sich, wie alle lateinamerikanischen Kommunistischen Parteien, bemühen, eine antiimperialistische demokratische Front zu organisieren, die sich gegen den Imperialismus und die eigene Oligarchie richtet.

In derselben Position befinden sich auch die Kommunisten Nicaraguas, die die Unabhängigkeit des Landes gegen den USA-Imperialismus verteidigen, jede dazu dienliche Maßnahme unterstützen und jedes Zurückweichen kritisieren.

Dieser Weg des Kampfes war für zahlreiche dieser Kommunistischen Parteien mit großen Schwierigkeiten belastet. Denn gerade in den neokolonial beherrschten Ländern hatte die maoistische Ideologie große und schwere Auswirkungen. Eine Reihe dieser Parteien war stärker als beispielsweise die neuen Kommunistischen Parteien in Westeuropa, aber ihr Einfluß beschränkte sich oftmals auf die Landgebiete, die Organisierung des Proletariats wurde vernachlässigt und der Guerrillakampf überbewertet.

Weiter wurden ja von den Maoisten Staaten wie Venezuela und Mexiko, in denen die Arbeiterklasse und die Kommunisten blutig verfolgt werden, als Vorbilder für ihre These von den gleichen Interessen aller Klassen in den ehemaligen Kolonialländern benutzt, und ihre kapitalistischen Herren gingen seit Beginn der 70er Jahre in Peking aus und ein.

Heute kämpfen die Kommunistischen Parteien dieser Länder offen und frontal gegen die Oligarchie (die stärker ist als jene in Uruguay oder Paraguay beispielsweise, da sie am Ölgeschäft beteiligt ist), deren Antiamerikanismus jenen Pinochets und Videlas nicht übertrifft, die auch einmal ihre Unzufriedenheit äußern dürfen.



Hunger: jährlich sterben Millionen Kinder, weil ihnen das internationale Großkapital vorhandene Nahrung verweigert.

Im nächsten RM:
Der Zusammenhang von nationaldemokratischer Revolution und Agrarreform

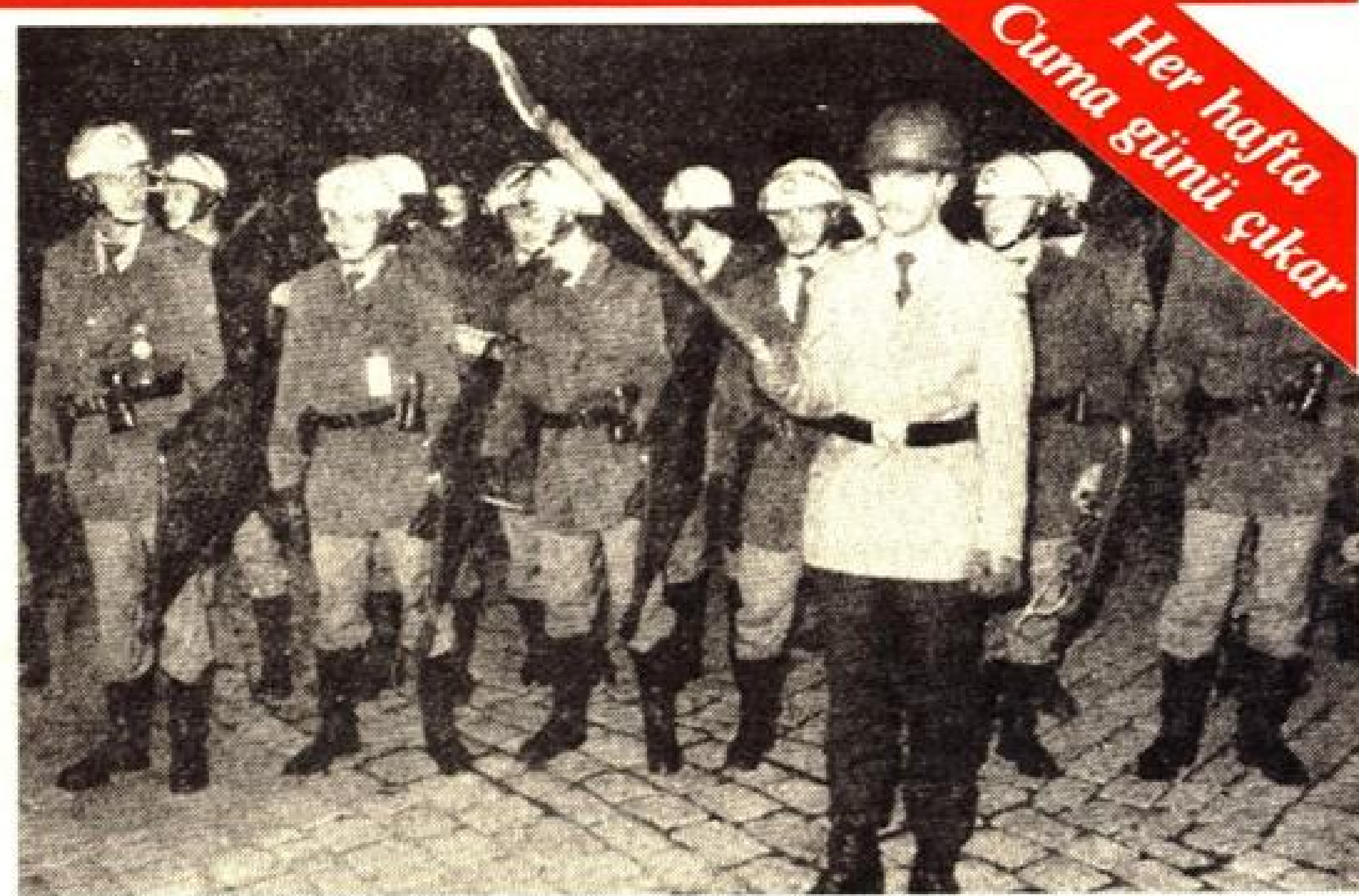
Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayi: 23 5 Haziran 1981 Yil: 15 1 DM

Her hafta Cuma günü çıkar



Korkuyorlar! **Anti-militarist yürüyüşler gericiliğin gözünü korkutuyor. Bundan dolayı askeri gövde gösterileri (resim) düzenlendiğinde her taraf polisle dolduruluyor. Würzburg'da 600 polis askeri gösteriyi (Zapfenstreich) çember altına almıştı. Buna rağmen 600 anti-faşist militarizmi ve savaş hazırlığını protesto etti. Strauss'da bu fırsattan yararlanarak savaş kırkırtmalarına devam etti.**

Türk faşistleri kitlenin üzerine araba sürdü: 3 ağır yaralı

Faşist cinayet şebekeleri kanlı terör estiriyor

Alman faşistleri bir bekçiyi keserek katlettiler

KİEL/HAMBURG. — Bir ölü, üç yaralı ve yedi kişi hafif yaralı: Faşist cinayet şebekelerinin bir hafta sonunda estirdikleri terörün raporu. Aynı hafta sonunda Alman kamuoyunda faşist "Bozkurtlar" olarak bilinen faşist çete, Kiel'de anti-faşistlerin üzerine araba sürerek, üçü ağır toplam on kişiyi yaralıyor; diğer taraftan Hamburg yakınlarındaki Barsbüttel'de "ANS" adında faşist bir Alman katliam çetesi genç bir bekçiyi 21 yerinden bıçaklıyor ve sonunda da boynunu keserek katlediyor.

Faşist cinayet çetesi "Bozkurtlar", İstanbul'un fethini kutlama gerekçesiyle Kiel'deki bir okulda Hauptmann-Schule'de bir gece düzenlemek istemişlerdi. Ama, Türkiyeli ve Alman anti-faşistler bu geceyi engellemeye kararlı idiler. 200'e yakın anti-faşist Pazar günü saat 14.00'te toplantının yapılacağı salonun önünde toplandılar. Faşistler daha önceden her şeyi planlamış ve pusuda bekliyorlardı. Anti-faşistlerin protestoya başlamasıyla, kana susamış faşistler 80 km hızla birden bire bir arabayı kitlenin üzerine sürdüler. Bu vahşi ve kanlı saldırı sonucu 3 anti-faşist ezilerek, ağır yaralandılar.

Bunun üzerine anti-faşisler, faşistlerin kitlenin üzerine sürdüğü arabayı ters çevirdiler, arabayı süren Kiel Ülkü Ocakları Derneği Başkanı Ahmet Güner ve diğer üç faşisti ve toplantı salonunun önünde sopalar ve zincirlerle saldırıya geçen faşistleri hastahanelik edecek şekilde dövdüler. Yaralı olan anti-faşistlerin hastahaneye kaldırılmasıyla, kitle toplu bir şekilde yürüyüşe geçti. Ama olay yerine gelen polis, faşist katilleri tutuklayacağına, demokratların peşinden koşuyordu. Bu ana kadar faşist canilerin tutuklanıp, tutuklanmadığı bilinmemektedir. Demokratlar, devrimciler ve anti-faşistler, Pazartesi günü bir basın toplantısı yaparak, olayı kamuoyuna açıkladılar.

"Nasyonel Sosyalistlerin Eylem Cephesi" (ANS) üyesi Friedhelm Eck ve bu örgüte üye diğer üç Alman faşisti, Barsbüttel'de Johannes Bügner adında genç bir bekçiyi keserek, vahşi bir biçimde katlettiler. Faşist ANS cinayet şebekesi bir çok silahlı soygun gerçekleştirmekte, çeteden ayrılanları öldürmekle, bir çok yere bomba atmakla ve kitlesel zehirlemeyi planlamakla beraber henüz legal olarak varlığını sürdürebilmektedir. Bütün bunlar bilindiği halde, faşist çetenin üyeleri elini kolunu sallayarak dolaşmakta ve yeni katliamlar planlamaktadırlar.

Türk Alman faşist çetelerinin katliamları her gün geniş boyutlar kazanmakla, her gün daha vahşileşmekle beraber, bu cinayet çetelerinin yasaklanması resmi makamlar tarafından gündeme gelmemektedir. Papa'nın vurulmasıyla dünyayı velveleye veren burjuva politikacıları, bugün bu vahşi cinayetler karşısında susmakta ve yeri geldiğinde Türkiyeli ve Alman anti-faşist örgütleri yasakamak için çaba göstermektedirler.

Türkiyeli ve Alman anti-faşistler, devrimciler; faşist cinayet çetelerinin yasaklanması ve dağıtılması için bir cephede mücadeleyi yükseltelim!

Bütün faşist örgütler yasaklanmalıdır!

Türkiye

Cunta: İşçilerin ve sendikal hareketin azılı düşmanı

Tariş direnişçileri 2-28 yıl arasında hüküm giydi

İZMİR. — Geçen yıl Şubat ayında Tariş işçileri Türkiye işçi sınıfının tarihinde şanlı bir mücadele örneği vermişti. Faşist Demirel Hükümeti, binlerce devrimci demokrat işçiyi işten atarak, bunların yerine faşist zorbaları yerleştirmek istemişti. Tariş işçileri grev ve işgallerle bunu engellemek isteyince, faşist devlet güçlerinin saldırılarıyla karşı karşıya kalmışlardı. Ama işçiler bu saldırılara boyun eğmediler, barikatlarla, mahalelerde ve alanlarda faşist güçlere karşı günlerce direndiler. Ve bugün askeri askeri faşist mahkemeler, Tariş'in direnişçi işçilerine ve onları destekleyen anti-faşistlere onlarca yıl ceza vererek, işçi sınıfına gözdağı vermek istemektedirler.

Faşizmin en önemli hedefi, işçi sınıfının mücadelesini ve onun sendikalarını yok etmektir. 1933 yılında Hitler faşizmi iktidara gelir gelmez, ilk işi sendikalara ve onların yöneticilerine saldırmak olmuştu. Ve faşist cunta Türkiye'de iktidara el koyduktan hemen sonra, daha önceden faaliyetleri oldukça sınırlanan sendikaları yasakladı. Yasaklanmayan tek sendika TÜRK-İŞ idi ki, bu sendika sadece bir tabele olarak varlığını sürdürmekte ve dün olduğu gibi, bugün de faşizmin yedeğinde işçilere saldırmaya devam etmektedir.

Faşist cunta, emperyalistlerin ve onların yerli uşaklarının milyarlarına milyarlar katabilmek için, fabrikalarda işçileri dipçik zoruyla çalıştırmakta, direnen işçileri hapishanelere doldurmaktadır. Ve dün işçiler, ücretlerini artırabilmek için aylarca greve giderken, bugün cunta Yüksek Hakem Kurulu vasıtasıyla 1,5 ayda 279 işyerinden 160 bin işçiyi kapsayan toplu sözleşmeleri yenilemektedir.

İşçi sınıfının ve onun sendikal hareketinin azılı düşmanı olan faşist cunta, yürürlükten kaldırdığı iş yasalarının yerine yeni faşist yasalar getirerek, işçilerin sendikal örgütlenmesini, grev ve toplu sözleşme hakkını sürekli olarak yasak tutmak istiyor. Ama, Türkiye işçi sınıfı buna boyun eğmeyecek, o şanlı tariş direnişi gibi yüzlerce mücadele örneği verecek, tüm haklarını söke söke alacaktır.

Bugün Federal Almanya'da ve "Türkiye-Yardımı"na karşı yükselen mücadele, aynı zamanda Türkiye'de işçi sınıfının sınıf örgütlerinde birleşmesine konulan yasak zincirine karşı da özel olarak yükselmelidir.

Türkiye'de sendikalar üzerindeki yasak zincir kaldırılmalıdır!
Faşist cunta işçi sınıfının mücadelesini susturamaz!

Klöckner patronları toplu işten atmakla tehdit ediyor

BREMEN. — Demir-çelik sanayiinde kriz giderek derinleşiyor ve bunun yanısıra tekeller arasındaki rekabet mücadelesi de alabildiğine sertleşiyor. Batı Avrupa'nın demir-çelik tekellerinin, her tekelin üreteceği demirin miktarını tespit etmek ve bunu anlaşmaya bağlamak üzere bir araya gelmeleriyle Klöckner patronları toplu işten atmalarla tehdit etmeye başladılar.

Klöckner demir-çelik işletmesinin patronları, tekeller arasında imzalanacak bir anlaşmayla Klöckner'in üreteceği demir miktarının düşürüleceğini iddia etmekte ve bu durumda Bremen'deki Klöcknenhütte'nin yüksek fırınlarından birini kapatacaklarını ve bunun sonucu 2000 işçiyi işten atacaklarını söylemektedirler. Tekelin yönetim kurulu üyesi Bogdany, Bremen'deki bir günlük gazetede hatta şöyle diyordu: "Eğer AED Komisyonu'nun planları gerçekleşirse, Bremen'deki Hütte'nin ölümü proglamlanmıştır demektedir."

Geçen hafta Çarşamba günü yapılan protesto mitinginden sonra, bu hafta Cuma günü de Klöckner demir-çelik işçileri yeniden protesto eylemlerine gitmeye hazırlanıyorlar. Cuma günü yapılacak yürüyüşten önce, fabrikada olağanüstü işyeri toplantısı yapılacak.

Tekel patronları ve işyeri işçi ve sendika temsilciliğindeki sağcı bir SPD kliği, demir-çelik işçilerinin protestolarını sosyal ortaklığın çıkmaz sokağına sokmaya çalışmaktadırlar. Sendika ağaları toplu işten atılmaları engellemek için, işçilerin kapitalistlerle dayanışmaya gitmesini istemektedirler.

RGO işçi temsilcileri ve diğer ilerici sendikacılar, buna karşı çıkmakta ve Klöckner işçilerinin Hoesch, Krupp, Mannesmann ve Thysen işçileriyle beraber işyerlerinin koruması için mücadele vermesini savunmaktadırlar. İşyerlerinin korunmasında tam ücret karşılığı 35 saatlik iş hatasının ve emeklilik yaşının 55'e düşürülmesinin hayata geçirilmesi büyük bir rol oynamaktadır.

Polonya:

Revizyonistler işçi hareketini kana boğmak istiyor

Moskova'ya yardım çağrısı hazırlanıyor

KATTOWİCE. — Polonya'da işçi sınıfının düşmanları, emekçi halkın sömürüye ve baskıya karşı gelişen mücadelesini bastırabilmek için çeşitli çabalar içine girmiş bulunmaktadırlar. "Kattowice Formu" denilen ve içinde revizyonist partinin siyasi bürosundan da iki kişinin yer aldığı bir grup, Wojwodschaft bölgesi parti sekreterliğinde yaptığı bir toplantıda, diğer revizyonist ülkelerde "karşı devrimin" nasıl engellendiğini tartıştılar ve basında açıkladıkları mektupta revizyonizmin giderek geliştiğini ve engellenmesi gerektiğini açıkladılar.

"Form"u oluşturan revizyonistler, parti yönetiminin, parti düşmanı bir tavır takınan parti yayın organlarına karşı sustuğunu ileri sürmekte ve ona karşı mücadeleye çağrı yapmaktadır. Ama, bu kampanyayı dikkatlice izlediğimizde son günlerde diğer revizyonist ülkelerde gelişen kampanyadan farklı olmadığını görürüz.

Revizyonizm, sağ oportunizmin ve sabotajların giderek geniş boyutlar aldığı söylenmekte ve buna karşı, aynı zamanda anti-sovyetizme karşı mücadeleye girişmek için kaçınılmaz zamanın olmadığı söylenmektedir. Dikkate değer bir durum, Form'u oluşturan revizyonistlerin basına açıkladıkları mektuplarında kilise papazlarına ve bunların başını çeken gericilere karşı en ufak bir laf söylememeleridir. Ama onların saldırısı ülkede gelişen milliyetçi sloganlar ve sosyalizmin düşmanı açıklamalara da değildir. Özünde bu gerici ve revizyonist güçlerin tek bir düşmanı vardır: İşçi sınıf hareketini ve onun sendikal eylemini yok etmek.

Bu Formu oluşturanlar kesinlikle anti-revizyonist olmadığı gibi, Polonyada revizyonizmin temellerini atanlar ve bugün de Sovyetler'in yeminli uşaklığını yapanlardır. Onlar, Çekoslovakya örneği Moskovalı dostlarına "yardım çağrısı" yapmak hazırlığı içindedirler.



Polonya'da bütün revizyonistlerin asıl düşmanı işçi sınıfdır.

HAFTANIN YORUMU!

Olaylar ve öğrendiklerimiz

Biz, okulda da öğretildiği gibi, demokrasinin olduğu bir ülkede yaşıyoruz ve buna inanmak zorundayız. Ve bu demokrasi bizim ülkemizde şu görünümde: Seçim günü geldiğinde politik partiler programlarıyla seçmenlerin önüne çıkarlar ve seçmenler bunlardan birini seçerler. Buraya kadar iyi.

Ama, bir gün gelir ki, kısa bir zaman içinde bu demokrasi görünümüyle tamamen çelişen bir çok olay meydana gelir ve o zaman insan geçmişte söylenenleri düşünmeye koyulur.

Bir örnek olarak Hamburg Belediye Başkanı Klose'yi alalım. Klose, Hamburg'un Brokdorf'tak i atom enerji santralıyla (AKW) ilişkisinin kesildiğini garanti altına alabilmek için Hamburg elektrik işletmesini bütünüyle devletleştirmek istemişti. O, burada şu soruyu soruyordu: Bu devlet içinde asıl politik kararları veren kim? Bunun cevabı sert ve açık oldu: Asıl kararı verenler, söz uygun düşerse, ikinci halkayı teşkil edenler ve iktidar posizyonuna gerçekten sahip olanlardır. Ve Klose gibi Belediye Başkanları onların yapmak istediklerine terş düşerlerse, istifa etmeye zorlanırlar. Sonuç: O'nun seçmenlerin büyük çoğunluğunun oyunu aldığı kesinlikle önemli değildir.

Bir başka örnek, Batı Berlin'deki FDP. Bu partinin Eyalet Kongresi, CDU'nun hiç bir şekilde desteklenmeyeceğine dair çok açık bir karar almıştı. FDP, bu kararla bir kaç hafta önceki seçimlere katılmış ve seçmenlerden oy istemişti. FDP içindeki pek çok üye ve partisi görevlisi, çoğunluğun aldığı bu kararı muhafaza etmekten başka bir şey istememektedirler. Gerçi böyle bir durum FDP içinde pek az rastlanmaktadır. Ama, buna karşın normal bir istektir denilebilir. Ve Parti Kongresinin aldığı bu kararlara bağlı kalanlar şimdi bir küfür kampanyasıyla karşı karşıya kalmış durumdadırlar. Hem de kendi partisi tarafından. Sonuç: Seçimlerde vaadettiklerini gerçekleştirmek isteyen bir kişi, "demokrasinin" yıkıcısı olarak suçlanmaktadır.

Ve bunların yanı sıra, bir de istifa tehditi savuranlar vardır: Schmidt, Genscher, Börner, Batı Berlin FDP Yönetim Kurulu ve önümüzdeki günlerde daha birçokları. Bu kişiler politik etkinliğe sahip olduklarını ileri sürerek, meydanı rakiplerine (CDU/CSU) bırakmakla tehdit etmektedirler. Ve bu politikacılar, dün söylediklerini bugün tehlikeli olarak göstermektedirler.

Dün nükleer silahların tehlikeli olduğunu savunan Schmidt, bugün bunların kaçınılmaz olduğunu söylüyor; daha geçen gün CDU Batı Berlin'de iktidara gelmemelidir diyen FDP, bugün onunla birleşmeye çalışıyor; silahlanma, sosyal hakların kısıtlanması ve emekçilerin daha da sömürülmesi, sözkonusu olan budur. Ve göze çarpan tek şey, gerek Hamburg, Bonn ve Frankfurt'ta olsun, gerekse de Batı Berlin'de olsun belirleyici olanın tekellerin, bankaların, kısacası sermayenin çıkarlarının olmasıdır; yani önemli olan tekellerin en büyük kârlar elde etmesidir.

Ve sermayeye en iyi şekilde hizmet edebilmek için bu baylar; burjuva partilerin üst yöneticileri, perde arkasındaki yetkili bürokratlar mafiası, gerek parlamentoda olsun, gerek parti içinde olsun görünürdeki bu demokrasiyi çiğnemekte, tehditler savurmakta, zorlamaya ve yalanlara başvurmaktadırlar.

Bu gelişmelerde anlaşılması gereken asıl şey buydu ve bu birincisi idi. Buna ilişkin olarak KPD'nin parti programında şöyle denilmektedir: Burjuva demokrasisinin karanlık perdesi arkasında, parlamenterizmin arkasında her ne pahasına olursa olsun hedefine ulaşmak isteyen ve bunun için devlet organlarını bir araç olarak kullanan kapitalist sınıfın bir diktatörlüğü vardır ve bu bir gerçektir.

Ama bu olaylarda ortaya çıkan ikinci bir gerçek daha vardır: Tek tek gelişmelerde de görüldüğü gibi, burada sözkonusu olan sadece anonim bir mekanizma değil, aynı zamanda onu idare eden insanlardır da.

Ve bunlar, tekellerin idare meclislerinde sağlam bir koltuğa veya bürokratik mekanizmada önemli bir kariyere sahip olan Hamburg'daki SPD senatörleridir. Bunlar Batı Berlin'deki bütün kirli oyunlarda parmağı olan ve bu durumda aynı oyunları devam ettiren ve CDU'lu Weizsäcker'in emekçilerin sosyal haklarını kısıtlamak isteyen programını ilgiyle izleyen FDP'nin Berlin'deki yöneticileridir. Ve bunlardan birisi, SPD içinde silahlanma uzmanı olarak göklere çıkarılan, NATO silahlanma kararlarıyla düşüp, kalkacağını açıklayan Schmidt'tir veya aynı sözler sarfeden bir Genscher'dir.

Bu kişiler, burjuvazinin iktidarında bir kaldıraç görevi görmekte, baskı ve sömürü aygıtını hareket ettirmekte, eti ve kemiğiyle sermayenin çıkarlarıyla kaynaşmış durumdadırlar. Çünkü onlar da sermayenin sağladığı kârlardan küçük bir pay almaktadırlar.

İtalya'da politik direktifleri veren burjuvazinin gizli örgütleri vardır. Ülkemizde ise, görüşme turları (bu görüşmelerde kapitalistler ve politikacılar bir araya gelmekte), işveren birlikleri ve komisyonlar vardı. Ve her şey burada kararlaştırılmaktadır.

Bütün bu gerçekler burjuva demokrasinin işlerliğini çok açık bir biçimde göstermektedirler. Partimiz bu somut gelişmelerden hareket ederek, sömürü ve baskı aygıtının iç yüzünü emekçilere kavratmak zorundadır.

Helmut Weiss

(„Lehrstücke" RM/Nr. 23, S. 2)

Klose'nin sorusu: "Karar veren kim?"

HAMBURG. — Geçen hafta sonu istifa eden Hamburg Belediye Başkanı Hans-Ulrich Klose, Hamburg SPD Yönetim Kurulu'na gönderdiği bir mektupta kendi kendine bu soruyu soruyordu: "Karar veren kim!". Gerçi, Klose, bu sorunun cevabını ilk olarak öğrenmiş değil. Burjuva demokrasisini birazda olsa bilen bir kişi, kapitalist sistemde asıl karar vereni̇n burjuvazi olduğunu bilir. Halkın çoğunluğunun oylarıyla Belediye Başkanlığına seçilen bir kişi, sermayenin çıkarlarına biraz da olsa ters düştüğü için perde arkasındakiler tarafından istifaya zorlanmaktadırlar.

Aşağıda, Klose'nin Hamburg SPD Yönetim Kuruluna gönderdiği mektuptan alıntılar veriyoruz: "Hamburg SPD Eyalet Örgütü Yönetim Kurulu Başkarı Werner Staak'a.

Senin, Ulrich Hartmann ve diğer bir kaçı için Brokdorf kararında söz konusu olan bir vicdan kararıdır. Eğer bir halk oylaması yapılmış olsaydı siz, Brokdorf'a karşı değil, aksine, Brokdorf için oy verirdiniz. Bundan ötürü (...) bir halk oylamasından vazgeçmemi bekliyorsunuz, çünkü başka türlü parti içideki barış sağlanamıyormuş.

Bu beklenenleri yerine getiremem. Gerçi benim için Brokdorf kararı bir vicdan sorunu değil ama, onun temel bir önemi vardır. Çünkü her zaman belirttiğim gibi, sözkonusu olan toplumsal yarar mı, veya — pazar yasalarına uygun olarak — (sözde) tekniğin ve ekonominin rasyonelleştirilmesi midir? Kör mü, yoksa bilinçli olarak mı karar veriyoruz? Ve karar veren kim?"

Uzun yıllar Belediye Başkanlığı yapmış bir belediye başkanın ağzından bu sözleri duyduğumuz zaman, burjuvazinin demokrasi güldürüsünü daha da yakından tanımış oluyoruz. Ve bu demokrasinin emekçi halk kitleleri için değil, burjuvazi için demokrasi olduğunu da bu şekilde kavramış oluyoruz. Çünkü: Karar veren burjuvazidir.

POLİTİK SÖZLÜK

Sevgili okurlar,

Kızıl Şafak'ın bundan sonraki sayılarında Türkiyeli okurlarımız için "politik sözlük" başlığı altında düzenli olarak yayınlanan bir yazı yer alacaktır. Küçük bölümler halinde yayınlayacağımız bu sözlükle amaçladımız, Türkiyeli arkadaşların ve yoldaşların Federal Cumhuriyet'teki politik gerçeği görebilmelerine katkıda bulunmak ve ülkemizdeki politik gelişmeleri kavrayabilmeleri için gerekli olan temel bilgileri aktarmaktır.

Bu yazı dizimizde, diğer şeylerin yanı sıra anayasa üzerine, devletin yapısı üzerine, politik partiler üzerine, ülkemizdeki toplumsal sınıflar üzerine, sendikal hareket ve sınıf mücadelesinin tarihi üzerine konular yer alacaktır.

Burada değineceğimiz konular Alman okurlarımız açısından bilinmeyen şeyler değildir. Ama, uzun süreden beri Almanya'da yaşamayan veya Almancayı pek iyi bilmeyen arkadaşlar için burada değineceğimiz konular özellikle bilinmeyen konulardır. Çünkü, buradaki somut koşulları pek iyi tanımamaktadırlar.

Biz, bu yazılarla "Kızıl Şafak"ın Türkiyeli okurlarının Almanya'daki güncel sınıf mücadelesi içinde karşılaştıkları sorunları çözebilmelerinde ve politik olarak doğru yönde hareket edebilmelerine yardımcı olmak istiyoruz.

Buna ilişkin olarak öğrenmek istediğiniz konuları mektupla bize bildirirseniz seviniriz. Çünkü, üzerinde en çok durmak istediğimiz, okurlarımız tarafından eksik bilinen konulardır. Ve bu şekilde bizi destekleyeceğinizi umuyoruz.

Kızıl Şafak

Sosyal hakların "sırf kısıtlanması artık yeterli gelmemektedir"

Yeni yasalarla sosyal haklarımız gaspedilmek isteniyor

İşsizlik parası yüzde 8 kısıtlanacak

BONN. — Bugünlerde Federal Parlamentoda devam eden ve hazırlanmakta olan bütçe tartışmaları gelecek yıldaki bütçeyi de kapsayacak şekilde aralıksız devam etmektedir. Parlamentoda temsil edilen bütün partilerin sözçüleri, önümüzdeki yılda emekçilerin sosyal haklarının sadece büyük ölçüde kısıtlanmasıyla bütçenin düzelemeyeceğini ortaklaşa tespit ediyorlardı. Sosyal hakların kısıtlanması oranı yasalarla sınırlı olduğu için bu yasaların kaldırılıp, yerine başka yasaların getirilmesinde bütün partiler birleşmektedir.

SPD bütçe sözcüsü Walter, devlet yardımlarının kısıtlanması için özellikle yeni bir yasanın çıkarılmasını talep ettiği bir sırada, FDP sözcüsü Hoppe, bunun doğru olduğunu ama, yeterli olmadığını açıklıyordu. Ve ağırlık noktasını finansmanların yeniden düzenlenmesini getiren bir yasa; bütçe onarım yasasının çıkarılmasın öneriyordu.

Bu konuda iki hükümet partisinin de özünde görüş birliğinde oldukları görülmektedir. Federal Parlamento'nun bütçe komisyonunda yer alan SPD ve FDP milletvekilleri yaptıkları ortak açıklamada, Federal Hükümet'in bütçede acil değişiklikler yapmak zorunda olduğunu talep etmektedirler.

Aynı şeyi CDU'nun sözcüsü olarak Stoltenberg de öneriyordu. CDU sözcüsü, bugün hükümet partilerinin bütçeyle ilgili olarak savundukları her görüşün bundan dokuz ay önce, seçimlerde CDU ve CSU'nun savunduğunu vurguluyordu. Devletin finansman durumunu düzeltmek için bütçe planlamasında temel değişikliklerin yapılması kaçınılmazdır — Strauss'un seçimlerde savunduğu bu idi. Stoltenberg, emekçi halkın sosyal haklarının gaspedilmesi konusunda hükümet partilerinin sözcülerinden de bir adım ileri giderek, Federal Hükümet'e sosyal haklar yasalarını yürürlükten kaldırma yetkisi veren bir cins olağanüstü hal yasası; bütçeyi güvenceye alma yasasının çıkarılmasını öneriyordu.

Tabii ki, O, F. J. Strauss'un seçim kampanyasında propagandasını yaptığı somut önerileri de getiriyordu. Kapitalistlerin kârlarını artırabilecek bir biçimde konut politikasında reforma gidilmesi, atom enerjisi programının gerçekleşmesinin hızlandırılması, işyeri koruma yasalarının kaldırılması veya kısıtlanması vs.



Eğitim giderleri, öğrenci bursları, işsizlik parası, sosyal yardım vs. vs. giderek artan bir şekilde düşürülmekte ve böylece silahlanma bütçesi; silah tekelleri giderek şişirilmektedir. Öyle ya, "sosyal devlet" dedin mi böyle olmalı.

CDU'nun arzu ettiği kısıtlamalar şunlar: İş ve İşçi Bulma Kurumu'nun giderlerinin kısıtlanması, yani işsizlik parasının düşürülmesi; sosyal yardımların genel olarak kısıtlanması; kamu işletmelerinde emekliye ayrılanlara ödenen yüksek maaşların düşürülmesi — tabii ki, bu yüksek bürokratları kapsamamakta vs.

Genscher'in FDP parti Kongresi'nde yaptığı konuşma, FDP'nin bu konuda CDU ile bütünüyle görüş birliğinde olduğunu açıkça göstermektedir. O, işsizlik parasının yüzde 68'den yüzde 60'a indirilmesini önermekte ve bu şekilde Bonn partilerinin emekçilerin sosyal haklarını kısıtlama arzularını en açık ve en saldırgan biçimde dile getirmektedir. FDP içindeki tartışmalar ve ileri sürdüğü öneriler, ülkemizdeki emekçilerin azgınca sömürülmesine yönelik sert bir çizginin izlenmesi gerektiğini açıkça göstermektedirler. Böylece işsizlerden 900 milyon DM kesilecek ve bu bir hafta içinde silahlanma için harcanacak. Yani silah tekellerinin kârlarına kârlar eklenecek.

Ama, bu gibi önlemlerin en iyi şekilde gerçekleşebilmesi için, başında da belirttiğimiz gibi, bütçe politikasıyla ilgili yeni yasaların çıkarılmasına ihtiyaç duyulmaktadır. Bu gibi yeni yasaların çıkarılmasıyla Bonn partileri, anayasadaki bir sosyal hakkın (örneğin işsizlik yardımı yasasının) üzerine bütünüyle çizgi çekme olanağına sahip olabilmektedirler.

Sözde emekçilerin partisi olduğunu söyleyen SPD, Bugüne kadar olduğu gibi, bundan sonra da silahlanma yararına sosyal ve kültürel giderlerin kısıtlanmasının başını çekecektir. SPD'nin bir başına hükümette olduğu ve 1982 yılı bütçe hazırlık çalışmalarının başladığı Nordrhein-Westfalen Eyaleti'nde, sadece kısıtlamalar değil, aynı zamanda bütçe politikasında yapılacak temel değişikliklerle "büyük dönüşümler" yapılması isteniyor. Örneğin eğitim giderlerinin daha da kısıtlanması, okul servislerinin bütünüyle kaldırılması, 1982 yılından itibaren Kindergartenların (Çocuk yuvaları) parasız olacağı vaadinin kaldırılması vs. Ama, bu da yeterli gelmemekte ve vergilerin yükseltilmesi talep edilmektedir.

"Toplumun bütün tabakaları dayanışma içinde fedekârlık yapılmalıdır" sloganı altında — ki propaganda amacıyla olsun bile kapitalistlerin ne şekilde "fedakârlık" yapacağı söylenmemektedir — 1982 yılında emekçilerin belirli kesimlerini doğrudan etkileyen sosyal hakların kısıtlanması politikası, emekçilerin bütün kesimlerini etkileyecek bir biçimde genişletilmek istenmektedir.

Gerici burjuva partileri, emekçi halkımızın sosyal haklarını silahlanmanın ve sermayenin yararına son 15 yıl içinde en büyük ölçüde kısıtlayacak olan 1982 yılı bütçesinin propagandasına başlamış bulunmaktadırlar. Ve bununla amaçladıkları, bu durumdan etkilenen emekçilerin direnişlerini kırmaktır.

Partimiz, emekçi halkımızın uzun mücadeleler sonucu kazandığı sosyal ve ekonomik haklarının en kararlı savunucusudur. Tüm milliyetlerden emekçiler; aşımıza, ekmeğimize uzanan bu elleri kırabilmek için bir cephede mücadele etmek zorundayız.

(„Der Bundeshaushalt 82 soll die grosse Wende bringen" RM/Nr. 23, S. 2)

Faşistler yeni darbe hazırlıkları içinde

Kahrolsun Franko faşizmi!

Faşistler 200'den fazla insanı rehine aldı

MADRİD. — Faşistlerin geçen hafta İspanya'nın Barcelona şehrindeki Merkez Bankası'nda 200'den fazla insanı rehine almasından sonra ülkede durumlar yeniden gerginleşti. Geçici bir süre için hiç bir İspanyol bakanı başkenti terketmeyerek, ordu ve polis birlikleri olağanüstü alarma geçirildi. Hükümet, baskından sorumlu faşistlerin cezalandırılmasını ve olayın teşhir edilmesini engelliyor. Rehine alma olayında geçen Şubat ayında darbe girişiminde bulunanlar da yer alıyordu. Baskından önceki haftalarda İspanya basını ve bazı kuruluşlar, ABD'nin 23 Şubat'taki darbe girişiminde parmağı olduğunu açıklamışlardı.

Rehine alma olayından hemen sonra bunu gerçekleştirenlerin anarşitler olduğu söylendi, sonra faşistler tarafından satınalınmış caniler ve daha sonra rehine alanların başını anarşist gruba dahil bir polis şefinin çektiği söylendi. Ama, bu baskını düzenleyen faşistler 23 Şubat'taki darbe girişiminden dolayı tutuklanan subayların serbest bırakılmasını istiyorlardı. Ve bir çoğu darbe girişiminde yer almışlardı. Bunlardan biri Capitano Sanchez Valient idi. Bu faşist, darbe girişiminin boşa çıkarılmasından sonra Londra'ya kaçmış ve orada prens Juan Carlos'un darbe hazırlıklarına katıldığını belgelemişti. Bir taraftan tanınmış faşistlerin bu baskında yer almadığı iddia edilirken, diğer taraftan tanınmış olayı gerçekleştiren 27 faşistten 14'ü "sıkı güvenlik önlemleri alındığı" halde kaçabiliyorlar. Rehineler, baskın sırasında "Guardia Civil" (faşist bir polis örgütü) tarzında emirler verildiğini söylüyorlardı. Bu olay, bugün İspanya'da devletin önemli kilit noktalarını elinde bulunduran faşistlerin, yeni bir darbeyi başarıyla sonuçlandırmak için giderek ülkedeki durumu karıştırmaya çalıştıklarını açıkça göstermektedir.

Polisin son haftalardaki katliam dalgasında, geniş sansür önlemlerinden ve 23 Şubat darbecilerinin açıkça korunmasından sonra faşist provokasyonlar giderek azgınlaşmaktadır. Yeni bir faşist diktatörlüğün ayak seslerinin yükseldiği sırada — ki bunun asıl güçleri "Guardia Civil" ve Ordu Birlikleri olacaktır — İspanya'daki gerici hükümet sadece susmakla kalmıyor, faşist "Guardia Civil"in yasalara sadık kaldığını yeminle onaylamaktadır. Ve hükümetin bu çabaları sosyalist partinin yöneticileri tarafından desteklenmektedir. Diğer taraftan başını Carillo'nun çektiği revizyonist İKP, ölü suskunluğunu sürdürmekte, her hangi bir açıklama yapmamakta, gelişen cunta tehlikesine karşı mücadeleye çağrı yapmamaktadır.




Faşist polis örgütü Guardier Civil'in Barcelona'da estirdiği terör

CUNTA GİRİŞİMİNDEN SONRA Kİ GELİŞMELER

1 Mayıs şafağında başta Madrid'de olmak üzere İspanya'nın her tarafında polis birlikleri harekete geçirildi: Bir basım evi, dağıtım işletmeleri ve büfeler baskına uğradı. O gün Şubat darbesinde işaret veren Tejero'nun tuttuğu protokol "Diario 16" gazetesinde yayınlanmaya başlanmıştı. Tabii ki, gazetenin bütününe ülke çapında el kondu. Tejero Prens Carlos'un darbeden haberi olduğunu belirtiyordu ve onu ihanet etmekle suçluyordu.

Tabii ki bu iddialar şimdi dünya basını tarafından gülünç olarak belirtilmektedir. Ve buna gerekçe olarak da Prens'in yasalara sadık ordu birlikleri vasıtasıyla darbe girişimini boşa çıkardığı söyleniyor. Ama, darbe girişinden sonra gün yüzüne çıkan gerçekler, daha değişik bir dilden konuşmaktadırlar.

Darbeci Tejero ve diğer üç general tutuklu olmakla beraber, en nefis yemeklerle beslenmekte ve günde dört saat ülkenin her tarafından gelen faşistlerle görüşmekte ve onlara direktifler vermektedirler. Darbeciler, sözde tutuklu olmakla beraber, gazetelerde ve dergilerde açıklamalar yapmakta ve makaleler yazmaktadırlar. Gerici basın ise, darbecileri haklı göstermeye çalışmakta ve serbest bırakılmaları için çaba göstermektedir. Bugüne kadar beş defa darbe girişiminde bulunulduğu halde, ordu ve polis içindeki faşist unsurların temizlenmesine gidilmemekte aksine, "Guardi Civil" gibi bütünüyle faşist bir polis örgütünün yasalara sadık kaldığı gösterilmektedir. Şubat darbesinden önceki dört darbenin planlayıcıları — ki bunlar geçen darbe girişimiyle de işbirliği yapmışlardı — askeriyede ve orduda kilit noktalarda bulunmaktadırlar. İspanya'daki faşist güçler kitle yürüyüşleri düzenlemekte, fasit basın, gerici basının da desteğini alarak, azgın bir kışkırtma kampanyası sürdürmekte ve yeni bir darbe girişi için ortam hazırlamaya çalışmaktadır.

DARBE GİRİŞİMİNDE ABDE'NİN PARMAĞI VAR

İsanya Hükümeti'nin başı Calvo Sotelo, darbe sırasında ve sonrası ABD'nin takındığı tavrı "büyük bir hayal kırıklığı" olarak nitelendiriyordu. Darbe girişiminden hemen sonra ABD Dış İşleri Bakanı Haig, Amerika'nın İspanya'nın iç işlerine karışmak istemediğini açıklamıştı. Bundan sonra tam 24 saat susuldu. Darbe girişiminin boşa çıkarıldığı kesinlik kazandıktan sonra, Reagan ve tayfası İspanya Hükümeti'ne bir kutlama mesajı göndermişlerdi.

Bu arada gün yüzüne çıkan gerçek, darbe girişiminin Reagan ve Haig için bir sürpriz olmaması idi. İspanya'da yayınlanan liberal "El Pais" gazetesi, darbecilerin bu girişimlerinden önce ABD Hükümeti'nin iki önemli bakanıyla ilişki kurduklarını ve muhtamelen bir darbeyi destekleyip, desteklemeyeceklerini sorduklarını yazıyordu. Gerçi, ABD faşist darbecilere doğrudan bir yardımda bulunmadı, ama onlarla işbirliği yaptığı "ihtimal dışı bırakılamaz" diyordu.

Bu gerçeği sosyal demokrat partinin başkanı Gonzales de Mart ayında onaylamış ve şöyle demişti: İspanya'da Türkiye'de yapılan cuntanın örneğinde bir cunta gerçekleşmiş ve Reagan Hükümeti'nin buna karşı alacağı tavır sorulmuş olsaydı, şu cevap alınırdı: Böyle bir darbeden yana değiliz ama, buna karşı da değiliz. Ve yine İspanya'da yayınlanan bir diğer, "Cambio 16" Şubat ayındaki darbe girişiminin planlanmasında Amerikan gizli servisi CİA'nın da yer aldığı yazıyor.

ABD Hükümeti'nin darbe gecesi takındığı resmi tavır, bu gerçekleri daha da açıklığa kavuşturmaktadır. Amerikan emperyalistleri, son aşamada kimin galip geleceğini açıkça beklemek istemişti. Bu darbe girişiminin açık olarak teşhir edilmeyişi, darbecilerin, darbeyi gerçekleştirdikten sonra ABD'nin desteğini hesapladıklarını ve ABD'nin de buna hazır olduğunu göstermektedir.

ABD ÜSLERİ VE İSPANYA'NIN NATO ÜYELİĞİ

Gerek ABD emperyalistleri, gerek diğer batılı emperyalistler, gerekse de İspanya Hükümeti; İspanya'nın NATO'ya girmesi için büyük bir çaba harcamaktadırlar. Ama, bu gerçekler ABD ile ittifağın ve İspanya'nın ABD'nin savaş paktı NATO'ya girmesinin ne denli tehlikeli olduğunu İspanya halkının gözleri önüne sermektedir. Bugün ABD emperyalistleri İspanya topraklarında dört üsse ve bir çok radar istasyonuna sahiptirler. ABD'nin İspanya'daki askeri varlığına karşı halk hareketinin yükselmesi sonucu, bundan iki yıl önce üsler anlaşması yeniden görüşüldü ve bu üslerde ABD'nin nükleer silahları bulundurmaması kararlaştırıldı.

Bu yıl içinde anlaşması yeniden görüşülecek ve ABD emperyalistleri, üslere nükleer silahların yerleştirilmesi için çaba gösterecekler. Reagan Hükümeti'nin cuntaya karşı çıkmayışının sebeplerinden biri da mutlaka budur. İspanya halkı, ülkenin NATO'ya girmesine karşıdır ve bu yönde gelişen büyük bir halk hareketi vardır. Ama, bu halk hareketi aynı zamanda ABD askeri varlığının İspanya'dan çıkarılmasını da hedeflemektedir.

Amerikan emperyalistleri, bugünkü Hükümet'in varlığıyla bu hareketi bastıramayacaklarının bilincinde olduğundan, Türkiye örneği faşist bir cuntayla engellemeye çalışacaklardı. Fakat bugün, faşist darbecilerin ABD emperyalistleriyle olan ilişkilerinin açığa çıkmasıyla, İspanya'da ABD ve İspanya'nın NATO'ya girmesine karşı mücadele daha da gelişecektir.

İspanya halkı, zor mücadeleler sonucu elde ettiği demokratik haklarını savunacak, darbe hazırlıkları içinde olan faşistlerin çabalarını boşa çıkaracak ve ülkesini emperyalizmden ve onun yerli işbirlikçilerinin elinden kurtaracaktır.



İşkence denilince sadece Türkiye aklımıza gelmemeli. İspanya'da bugün bile, işkence sistemli bir biçimde devam etmektedir. "Guardia Civil" faşistleri, Garcia, Mier ve Morales adındaki anti-faşistleri tutukladıktan sonra uzun bir süre işkenceye tabii tutar, daha sonra kurşuna dizer (ki üçünün vücudunda otopsi sonucu 32 kurşun bulunmuştu) ve cesetleri bir arabanın arka koltuğuna yerleştirerek, tenha bir yerde arabayı ateşe verip, bu katliama kaza süsü vermek istemişlerdi. Resimde binlerce kişinin katıldığı ve anti-faşist bir gösteriye dönüşen cenaze töreninin görüyorsunuz.

İtalya'da "P 2" skandalı:

Tekellerin gizli hükümeti

Forlani Hükümeti istifa etti

ROMA. — İtalya'da gizli hükümet veya masonlar locası olarak adlandırılan "P 2" adında gizli bir örgüt ortaya çıkarıldı. "Devlet içinde devlet" diye basında yer alan bu skandalın dalgaları her gün daha geniş boyutlara ulaşmaktadır. 1000'e yakın üyesi olan bu örgütte, devletin en üst kadrolarında yer alan kişilerin yanı sıra, ülkenin en tanınmış faşistleri ve generaller de yer almaktadır. İtalyan Hükümeti, olayı gizli tutma çabalarında başarılı olamayınca geri çekilmek zorunda kaldı.

Son onbeş yıl içinde İtalya'da faşist ve gerici bir diktatörlük kurmayı hedefleyen iki örgüt ortaya çıkarıldı. Ama, bu örgütler içinde yer alan kişiler sıradan unsurlar veya faşistler değildir. Aksine bu gizli örgütlerin içinde ordunun, polisin, burjuva partilerinin ve tekellerin en üst organlarında yer alan faşistler ve gericiler bulunmakta idi. Bu örgütlerin ilki 1968 yılında ortaya çıkarılmıştı. "NATO Komplosu" diye bilinen bu örgüt, Amerikan gizli servisi CİA ve İtalyan generallerin işbirliğiyle oluşturulmuştu.

Ve uzun süreden beri İtalya'da bu cinsten daha büyük, daha önemli yeni bir örgütün olduğu söylentileri ortalıkta dolaşıyordu. Örgütün izini bulan bir gazeteci ve iki hakim esrarengiz bir şekilde yok edilmişlerdi. Özellikle son iki yıldaki mali skandallarda da yer aldığı bilinen örgüt, bir çok terör olaylarına da katılmıştı. Son olarak mali bir skandaldan (vergi kaçakçılığı vs.) ötürü 7 bankacının tutuklanmasıyla — ki bunların içinde örgütün başı Lici Gelli de vardı — örgütün belgeleri ve üye listesi ele geçirildi.

İtalyan Hükümeti, bu belgelerin ve üye listesinin açıklanmaması için elindeki bütün araçlarla haftalarca çaba gösterdi. Çünkü üye listesinde hükümetin en önemli bakanları da yer alıyordu ve bunların açıklanması sonucu istifa etmek zorunda kalacaktı. Hükümeti perde arkasından yöneten örgütün üyelerinin ortaya çıkmasıyla, hükümette istifa etmek zorunda kaldı.

"Devlet içinde devlet" denilen gizli örgütte yer alan en önemli kişiler şunlar: 4 bakan, 12 Devlet Sekreteri, 17 general, 8 Amiral, 9 polis generali (carabinieri), 4 Mali Polis Generali, 43 Milletvekili, tanınmış hiristiyan demokrat partilerden 6 parti sekreteri ve Mailand Bankası'nın en üst yöneticilerinden 24 kişi ve ayrıca bu örgütün üyeleri arasında "terörist avcısı" olarak bilinen Dalla Chiesa, faşist MSİ partisinden en tanınmış faşistler, Hiristiyan Demokrat Partisi'nin yanı sıra, "sosyalist" ve Sosyal Demokrat Partilerin önemli kanatlarının temsilcileri olan politikacılar da yer almaktadırlar.

İtalyan basınında "mason kardeşler birliği" olarak da nitelendirilen bu örgüt, uzun süreli bir darbe hazırlıkları içinde olmakla, 10 milyar DM'lık mali skandallara katılmakla, örgütün, izini bulan bir çok kişinin katledilmesiyle suçlanmaktadır. Bugün basında, İtalyan Hükümeti'nin aldığı bir dizi önlemin bu örgütün tavsiyesiyle veya ön hazırlığıyla alındığı açıktan açığa yazılmaktadır. Burjuvazinin bu gizli örgütü, sürekli hükümet değişikliği zamanlarında istikrarın ve devletin işlerinin sağlıklı yürümesinin bir faktörü olmuş.

Bugün derin bir kriz içinde bulunan İtalyan tekelci burjuvazisi, bugünkü yasalarla, parlamento ve var olan burjuva partileriyle sömürüsünü rahat bir şekilde sürdürememekte; ekonomik krizin yükünü bütünüyle emekçilerin sırtına yükleyememektedir. Faşizmin yenilgisinden sonra kabul edilen bugünkü İtalyan Anayasa'sı, emekçilere sıkı bir dizi demokratik haklar tanımakta, sermayenin işlerliğini sıkı bir kontrol altında tutulmasını öngörmekte ve bu cinsten örgütleri kesinlikle yasaklamaktadır.

Ama, burjuvazi, kitleleri azgınca sömürebilmenin, hayali kârlar sağlayabilmenin yollarını aramaktadır. Ve bugünkü yasalar, bunu kısmen de olsa engelleyebilmekte veya buna engel teşkil etmektedirler. Bu örgütün ortaya çıkması, bize burjuva demokrasisinin işlerliğini, parlamentonun ve hükümetin özelliğini, burjuva parlamentolarında günlerce yapılan tartışmaların ve meydana gelen sürtüşmelerin özelliğini açıkça göstermektedir.